Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 172 / 173 8. *April 1977*
Redaktionsschluß : donnerstag 16 uhr



D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

HAUS UND HOF MITTEILUNG

Angesichts verstärkter Osterfreude ist uns auch was eingefallen : wir lassen den nächsten ID ausfallen und melden uns wieder am 23. April mit der Nummer 174. Die jetzige, in Händen gehaltene Nummer, wird als Doppelheft 172/173 bezeichnet.

Kennern der letzten Seite wird aufgefallen sein, daß dort jetzt ein Hinweis steht : "Posteinlieferung des letzten ID dann und dannnn..." Damit könnt ihr zuhaus überprüfen, wielang der ID jeweils unterwegs war. Mit dem Versandtermin bei uns hat es folgendes auf sich : Am Freitag wird der ID gedruckt, gefalzt, zusammengelegt, geschnitten, etikettiert und verschickt. Wenn alles gut geht. Die Post nimmt Masseneinlieferungen bis abends 22 Uhr entgegen. Somit können schon die ersten IDs am Samstagmorgen neben den Brötchen liegen. Geht aber irgendwas schief, was bei der Vielzahl der Geräte schon mal vorkommt, kann sich der Versand (oder ein Teil desselben) bis Samstag früh verzögern, und wenn es ganz dick kommt, bis Montag. Auf jeden Fall könnt ihr jetzt sehen, ob Unregelmäßigkeiten bei der Zustellung an uns oder an sonstwas gelegen haben.

Was jetzt kommt, krigen leider die nicht zu lesen, die es am ehesten trifft : 826 Abonnenten, die trotz mehrfachem Hinweis mit den magischen Runen !? ! ihr Abo NICHT verlängert haben, bekommen jetzt keinen ID mehr, oder erst dann wieder, wenn neues Geld eingezahlt wurde. ***Wer REGELMÄSSIG beliefert werden will soll doch mal schnell auf das AdresseEtikett schauen, ob noch genügend Nummern im Voraus bezahlt sind. Wenn nicht, dann geschwind zum Postamt.***

kapazitäten

Es hat sich in den letzten Monaten erwiesen, daß der ID regelmäßig 32 Seiten stark ist. Dünner oder dicker können wir nur im 8-Seiten-Rhythmus produzieren : 16, 24 oder 32 Seiten, weil der Druckladen eine große Maschine hat und damit der Umfang festgelegt ist (was andererseits kürzere Produktionszeiten bedeutet). Das hat zur Folge, daß manchmal die Artikel locker und luftig gelay—outet werden, wenn wir genügend Platz haben, und daß manchmal einige bearbeitete und getippte Sachen herausfliegen, weil wir sie nicht mehr unterbringen können. Zu dieser technischen Kapazitätsbegrenzung kommt noch diejenige unserer Arbeitsbedingungen und unsere Unsicherheit, im hektischen Produktionswind nach verschiedenen Kriterien entscheiden zu müssen, was noch reinkommt und was nicht. So wird manches nach ganz'unpolitischen' Gesichtspunkten entschieden : es ist zu spät, es ist niemand mehr zum Tippen da, usw. Irgendwie sammelt sich jede Woche ein Berg von unerledigten Sachen, was den Absendern der Nachricht natürlich argen Verdruß bereitet. Unsere Arbeitsorganisation und die Diskussion und Kommunikation im Kollektiv soll und will da immer wieder was verändern - haut bloß nicht immer hin, wir haben da unsere Grenzen.

Die Schreiber der unterbliebenen Nachrichten an der Basis können da auch was tun. Was wir zum Beispiel gar nicht mögen, sind dicke Briefumschläge mit tausend Flugblättern, Zeitungsausschnitten und dem lapidaren Hinweis „Maucht was drauß". Wichtig ist, DASS IHR SELBST EINE NACHRICHT DRAUS MACHT, die vermittelt worum es geht, was vorgefallen ist, wie es die Leute erlebt haben, was der politische Hintergrund ist, denn das sollen die Betroffenen einschätzen und nicht wir. Spekulationen, der ID habe dies und das zensiert, weil er jetzt die und die Linie vertrete, erreichen uns oft auf Umwegen mit den dazugehörigen Verzerrungen. Wir werden versuchen, auch über die Produktion des ID nach und nach was zu veröffentlichen.

alternativ presse mal herhören

Für den zweiten und letzten Rundbrief vor dem nächsten Gegenpressetreffen am 22. April in Frankfurt erwarten wir von Euch noch Reaktionen auf den ersten Brief samt Ergänzungen und Kritiken. Die Sache eilt, schickt das Zeug am Dienstag nach Ostern ab, dann kann es noch berücksichtigt werden.

Meldet Euch bitte frühzeitig für das Treffen an (beim ID, schriftlich oder telefonisch), sagt wieviel Personen ungefähr zu erwarten sind, damit wir Übernachtungsmöglichkeiten & Essen planen können. Natürlich sind auch alle Zeitungs-, Foto- und Medieninitiativen eingeladen, die bisher noch an keinem Treffen teilgenommen haben.

Das Eröffnungsplenum ist am Samstag vormittag, abends ein Fest mit kulturellem Programm & Musik. Einige Medienmitarbeiter haben sich bereits für Freitag angemeldet und werden an der ID-Produktion teilnehmen.

frankfurter mal herhören

Für Übernachtungen der Medienmenschen aus der BRD (und dem Ausland) suchen wir noch eine Reihe Möglichkeiten in Frankfurt. Ruft bitte an (70 43 52), wenn ihr Übernachtungsmöglichkeiten von Samstag auf Sonntag, evtl. auch von Freitag auf Samstag habt. Wenn ihr schreibt, teilt bitte mit, wieviele beu euch übernachten können, und vergeßt die Adresse, Namen (und Telefonnummer) nicht.

PFINGSTMARSCH DER AKW-GEGNER KAISERAUGST

BASEL
5. April

Am 5. April 77 um 20.00 Uhr findet im Büro des Pfingstmarschkomitees Ch-4054 Basel, Laupenring 135, Tel.: 061/394520 eine Koordinationssitzung für den geplanten Pfingstmarsch (28.-30. Mai) von Kaiseraugst über Wabrig, Leibstadt nach Gösgen statt. Eingeladen sind alle BIs, die in ihrer Ortschaft eine Vorveranstaltung machen wollen. Film, Projektor, Tonbildschau, Flugblätter, Plakate, Kleber usw. stellt das Büro zu Verfügung.

KKW PLAKATWÄNDE ÜBRIG, GREIFT ZU !

ECKERNFÖRDE
5. April

Die BI „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht" hat noch einige Plakatwände — 12 DIN A 3 Blätter, zeitlos und aktuell — billig abzugeben. Sehr gut geeignet für andere BIs im Raum . Wendet euch an : **Axel Steg, Strandweg, 2301 Lindhöft.**

FLUGBLATT DES ANTIMILITARISTISCHEN KOMITEES KLÄRT DIE SOLDATEN ÜBER IHRE RECHTE AUF

MÜNSINGEN
5. April

Durch Zusammenarbeit vieler Antimilitaristischer Komitees und Soldatengruppen ist ein gemeinsames Soldatenflugblatt entstanden. Darin wird gezeigt, wie Soldaten sich gemeinsam wehren können und welche grundsätzlichen Rechte sie haben bzw. wie diese durchgesetzt werden müssen. Besonders für die neuen Wehrpflichtigen wichtig!
Bezugsadresse und Lieferbedingungen:
Antimilitaristischer Arbeitskreis, Postfach 12 22, 7420 Münsingen



RADELT, WENN EUCH DAS LEBEN LIEB IST – KEIN KKW IN BIBLIS!

FRANKFURT
6. April 77

Ein völlig neues Demonstrationsgefühl erlebten am Samstag, 2. April, etwa 300 Frankfurter KKW-Gegner und ihre Zuschauer:

Sie radelten klingend und singend 3 Stunden durch's lebensfeindliche Frankfurt, um dort die Betriebe (zumindest von außen) kennenzulernen, die an der Entwicklung von KKWs beteiligt sind: BATELLE INSTITUT, KWU (Kraftwerksunion), SIEMENS, AEG, HOCHTIEF - alle gut bewacht von „Staatsschützern". Nach längerer Besichtigung des KWU-Gemäuers, das durch's stürmische Wetter oder sonstwas ein Stück Fassade verlor und einigen Schlußrunden um die Hauptwache - die Autofahrer kamen mal einige Zeit nicht zum Rollen - wußten wir, was wir wollen:

Auf nach Biblis, wenn Euch der Arsch noch lieb ist! Weil, damit gabs nach 30 km Radelei arge Probleme. Es gab eine Menge neuer Erfahrungen mit dieser Art, zu demonstrieren; so, wenn einzelne Bullen plötzlich von einem Haufen strampelnder Radler eingekreist wurden, wenn um spalierstehende Polizisten im Slalom geradelt wurde usw. Die Wachmänner waren jedenfalls mit der neuen Lage überhaupt nicht vertraut und verhielten sich eher zurückhaltend. Die meisten fuhren in Bussen hinterher und wären bei „gegebenem Anlaß" rausgelassen worden. Direkten Kontakt gab es nur mit den frechen Motorradpatroullien, die überall kreuz und quer fuhren. Für die beteiligten Leute war es mal sehr erfreulich, daß man von Demonstrant zu Demonstrantin und umgekehrt radeln konnte und vielmehr mit den Leuten zu tun hatte, als beim klassischen Formationsdemonstrieren.

Weiter gehts mit der Bewegung der radelnden Stadtindianer (- wir haben nichts zu verlieren, als unsere Kette -) am Ostermontag nach Biblis.

****

EINIGE ÖSTERLICHE AKTIVITÄTEN IN SACHEN „ATOM–EIER, NEIN DANKE"

West-Berlin: Die Bürgerinitiativen (BIs) gegen das Riesenkohlekraftwerk im Spandauer-Forst haben ein ansprechendes Programm auf die Beine gestellt. Am Ostersonntag findet an der Freundschaftshütte am vorgesehenen Bauplatz um 10.00 Uhr ein Ostereiersuchen statt. Um 14.00 Uhr startet vom Olivaer-Platz ein Autokorso (? ? ? !!!? ? ?) zur Hütte im Forst und gleichzeitig vom Rathaus Spandau eine Fahrraddemo (na also). Fürn Nachmittag ist dann mitten im waldlichen Forst ein Kinderfest vorgesehen.

Ostermontag ab 13.00 Uhr ein festliches Work-In im Tiergarten, was eine große Parkanlage im Zentrum Westberlins ist, und zwar nahe dem Cafe am neuen See. Es spielen und informieren wache Berliner und wohl auch ein Straßentheater und Musiker und Zauberer und und und . . . !! Sehn se dat is Berlin!!

AKW Essensham: Sonntag, 15.00 Uhr Osterspaziergang vom Marktplatz Rodenkirchen zum Bauplatz mit einigen festlichen Aktivitäten. Mobilisiert haben die Bürger Aktion Küste, Bremerhaven, Oldenburg, Bremen.

AKW Altenbruch: Ebenfalls am Ostersonntag soll eine Demonstration zum AKW Altenbruch stattfinden. Die Demonstration soll um 11 Uhr auf dem Marktplatz von Altenbruch beginnen und dann zum Bauplatz gehen. Ein Bauer hat dort eine Wiese für ein Fest, evtl. auch ein Osterfeuer, zur Verfügung gestellt.

AKW BORKEN: Aus der näheren und weiteren Umgebung reisen, reiten, fahren, laufen, fahrradfahren und schwimmen bereits am Samstag die Umweltschützer ein. Dorten sind etliche große Zelte aufgestellt und es soll ein drei Tage Anti-Atomenergie-Rausch stattfinden direkt neben dem Bauplatz. Es gibt zwei Kinderfeste und Theater und Musik und Malen und Spiele und die Leute, die noch länger dableiben, haben vor, ein Freundschaftshaus zu bauen. Denn mal los.

Die Ostereier sollen auf dem Weg dorthin bei den Bauern gesammelt werden. Ach ja: die Kasseler treffen sich am Bahnhof in Wabbern am Samstag, um 10.30 Uhr und tigern dann los nach Borken.

AKW REMERCHEN (LUXEMBURG): Dort an der Mosel ist ein AKW geplant, an der die RWE (Rheinisch-Westphälische-Elektrizitätsgesellschaft) zu 50% beteiligt ist. Genau dort soll am Montag (Ostern) eine Kundgebung plus Fest abgehen, das von der BI Moseltal vorbereitet wird. Wer eine Klampfe oder ein Klavier hat, soll sich schnellstens dorthin

auf die Beine bzw. auf die Räder machen, Treffpunkt Schengerwiese um 16.00 Uhr. Besucht eure Nachbarn!!

SCHNELLER BRÜTER KALKAR: Die nordrhein-westphälischen Bürgerinitiativen wandern zum Schnellen Brüter nach Kalkar am Niederrhein. Treffpunkt Ostersonntag, 10. April, um 10 Uhr morgens auf dem Marktplatz in Kalkar. Dort finden sich sicher auch etliche AKW-Gegner aus den Niederlanden ein. (s. auch S. 19)

AKW HAMM–UENTROP: Einige weitere BIs wollen diesen Bauplatz besuchen, wo das AKW gerade fertiggestellt und betriebsgereit ist.

ATOMMÜLLAGER ASSE: Der Arbeitskreis Umwelt in Wolfenbüttel fand die Idee eines Osterspaziergangs so gut, daß er alle interessierten Atom-Gegner aus der Region zu einem Wandertag nach Asse einlädt. Noch kann man dort das Wandern genießen, den die „Mittel-hochradioaktiven" Kugeln aus dem Kernreaktor Jülich sind dort noch nicht angekommen. Bitte Luftballons und Ostereier in Form von bunten Tennisbällen mitbringen, die nur vor Farbe strahlen und einen Haufen Ideen. Eins steht schon fest, und zwar der Treffpunkt: 15.00 Uhr am Ostersonntag am Bahnhof Wendessen und dort wird losspaziert.

AKW KRÜMMEL: Ostersonntag um 14.30 Uhr Kundgebung vorm Bauplatz des AKW Krümmel in der Nähe von Geesthacht auf den Elbwiesen. Das Rahmenprogramm läuft ab 13.00 Uhr. Da wollen die Hamburger hin.

GROSSFLUGHAFEN MÜNCHEN II: Osterspaziergang im Erdinger Moos, wo der neue Großflughafen München II geplant ist. „10.4.77, 13. 00 Uhr, Ostersonntag, Franzheim soll leben. Wir machen Musik, pflanzen Bäume, essen, trinken, und feiern den Widerstand in Franzheim.

Der Großflughafen ist nicht die einzige Bedrohung; er wird auch Auswirkungen auf das ganze Umland haben:

das ganze Gebiet wird durch Straßen und S-Bahn-Linie zerschnitten.
Der Grundwasserspiegel wird gesenkt.
Die Einflugschneise des Nato-Flughafens wird gedreht, so daß sie direkt über Erding führt.
Die Vögel im Moos sollen vergiftet werden, da sie die Flugzeuge gefährden.
Ein Kernkraftwerk ist geplant.

Ausgangspunkt: Für Freisinger und Münchner Hallbergmoos vor der Kirche
Für Erdinger und Freisinger Schwaig, Gasthaus zur Kantine.
Abmarsch ab 13.00 Uhr, der Weg ist beschildert.
(Ihr könnt euch auch einen eigenen Weg suchen oder mit dem Rad fahren, vergeßt's de Brotzeit net.)"
Der Spaziergang wird in Zusammenarbeit durchgeführt von: Vereinigte Bürgerinitiativen, Erdinger Spontis, Freisinger Stadtzeitung und der KKW-Nein-Gruppe München.

AKW BIBLIS: OSTERMONTAG, 11.4.77: Treffpunkt: Groß-Rohrheim-Riedhalle, 13.30. Uhr. Kundgebung, anschließend Marsch auf Atomkraftwerk Biblis, dort wird ein Volksfest stattfinden mit:
- Informationsständen
- Theater
- Goulaschkanone, heißer Äpfelwein, Kuchen
- Gruppen-Spaziergänge zur Besichtigung der schon durch das Atomkraftwerk verursachten Umweltschäden
- Kinderhort
- Spaziergang um das AKW Biblis
- Abschlußkundgebung auf dem Parkplatz des AKW und des Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerkes

Sammel-Abfahrten in Frankfurt:
- 9.30 Uhr, PKW-Fahrer, Rebstock
- 9.00 Uhr, Fahrrad-Fahrer, Hauptbahnhof Südseite

Und so weiter und so fort in jeder Stadt, in jedem Ort.

Fröhliche O-  stern

SCHNELLER BRÜTER KALKAR – GROSSKUNDGEBUNG

KREFELD 30. März

Am 23. April 77, 18 Uhr, findet im „Alten Brauhaus", Moers, Neustr. 40, eine erste Vorbesprechung zu einer für Mai vorgesehenen Großkundgebung statt (der genaue Termin wird erst noch festgelegt).

Der bisherige Rahmen der geplanten Aktion sieht folgendermaßen aus:

1. Informationstage: in allen Städten sollen wenige Tage vor dem Termin Informationstage stattfinden, bei denen auf die Kundgebung hingewiesen wird (Die Planung soll dezentral von den einzelnen BIs übernommen werden).

2. Kundgebung: Auf einer Wiese nahe dem KKW-Gelände bei Kalkar-Hönnepel (Die Planung dazu soll am 23. April gemeinsam erarbeitet werden).

Für die Zeit der Durchführung dieser Aktionen soll eine überregionale Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen am Niederrhein und anderswo errichtet werden.

Aus organisatorischen Gründen (Platzmangel) ist es notwendig, daß jeweils nur 2 Vertreter nach Moers kommen. Ebenso bitten wir darum, AB- bzw. Zusagen an folgende Adresse schriftlich mitzuteilen:

G. Degen, Zahnstraße 23, 413 Moers

MEINUNGSFREIHEIT BEI INTERATOM – FÜR FREUNDE DER ATOMKRAFTWERKE

FRANKFURT 24.März

Am Vorabend der Demonstration von Brokdorf und Itzehoe (18. Febr.) verkündete Bundeskanzler Schmidt im Fernsehen, erhabe von Betriebsräten 30 000 Unterschriften von Bürgern erhalten, die aus Sorge um die Arbeitsplätze für Atomkraftwerke einträten.

Im folgenden bringen wir Dokumente, die darüber aufklären, wie Geschäftsleitung und bestimmte Betriebsräte vor allem denjenigen Kollegen Sorgen um ihre eigenen Arbeitsplätze beibringen, die vielleicht gegen Atomkraftwerke sein könnten.

1. ZUR GESINNUNGSLAGE BEI INTERATOM (von einem Belegschaftsmitglied)

Maulhalten für den Schnellen Brüter

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ..."
So steht es vordergründig im Artikel 5 Absatz 1 des Grundge-

setzes für die Bundesrepublik Deutschland und es soll hierzulande Leute geben, die daran noch glauben ....

Weniger bekannt ist jedoch, daß die freie Meinungsäußerung in der „freien" Industrie so frei nie gewesen ist. Nur ist es hier nie so recht aufgefallen, denn nach allgemeiner Überzeugung fand Politik in Bonn, aber nicht am Arbeitsplatz statt, bot daher auch keinen Gesprächsstoff. Außenseiter spielten keine Rolle. Wurden sie einmal unbequem, brachte man sie rasch zum Schweigen, wobei das von den Unternehmern in die Welt gesetzte und von der Arbeitsjustiz kräftig unterstützte Prinzip, daß das Recht auf ungestörte Ausübung des eingerichteten Gewerbebetriebs allemal höher zu bewerten sei als das Recht auf freie Meinungsäußerung, gute Hilfe bot.

Bis vor kurzem war im Bereich der Atomindustrie das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährleistet, äußerten doch die Beschäftigten keine andere Meinung als die Unternehmungsleitung. Selbst Wyhl brachte da keine Änderung. Seit Brokdorf bahnt sich da ein Wandel an, zaghaft zwar, aber nicht zu überhören. Der Zweifel am uneingeschränkten Segen der Atomindustrie findet Zugang zu den Konstruktionsbüros und Entwicklungsabteilungen. Noch sind es nur wenige, die, vorsichtig in sachliche Fragen eingekleidet, ihre Bedenken am allzuschnellen Fortgang des Baus eines die ganze BRD überziehenden Netzes von Atommeilern und Wiederaufbereitungsanlagen äußern.
In den Konzernetagen reagiert man schnell mit dem Einsatz aller vorhandenen Machtmittel. Wie das im einzelnen vor sich geht, soll exemplarisch an einem Vorfall bei Interatom, der für den Bau des SNR 300 (Prototyp eines Schnellen Brüters mit 300 Megawatt Leistung; siehe ID 156/157) in Kalkar zuständigen Firma geschildert werden.

Während einer öffentlichen Veranstaltung, auf welcher für den Bau von Atomkraftwerken geworben wurde, kam die Sprache auch auf die Eintrittswahrscheinlichkeit des Super-Gau („größter annehmbarer Unfall"). Der Referent erklärte dazu, diese Eintrittswahrscheinlichkeit sei so gering, daß man praktisch nur einmal in einer Million Jahren damit zu rechnen habe. Hier wandte ein anwesender Mitarbeiter von Interatom ein, daß diese Aussage über den Zeitpunkt des Eintritts nichts aussage, das Ereignis könne in hunderttausend Jahren, aber ebensogut morgen eintreten.

Obwohl diese Einlassung fachlich völlig zu recht bestand, entsprechende Aussagen sind in der einschlägigen Fachliteratur zur Wahrscheinlichkeitsrechnung nachzulesen, passierte folgendes:

Der Diskussionsteilnehmer wurde, nach Denunziation bei der Unternehmensleitung, von dieser vorgeladen und darauf aufmerksam gemacht, daß er mit der zitierten Äußerung dem Interesse der Firma geschadet habe, man ihn aufforderte, dergleichen in Zukunft zu unterlassen, widrigenfalls er mit Entlassung und evtl. einer Schadensersatzklage zu rechnen habe. Auf die Einlassung des Mitarbeiters, er habe nur sein im Grundgesetz verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen, bekam er zu hören:
„Die in den anerkannten Grundsätzen des Arbeitsrechts, die zu den allgemeinen Gesetzen gehören, postulierte Treuepflicht schränkt die Meinungsfreiheit insoweit ein, daß der Arbeitnehmer den Zwecken und Interessen des Betriebes nicht zuwiderhandeln darf."

Doch damit nicht genug. Da es sich um eine Verlautbarung fachlicher Art handele, zitierte man zusätzlich eine Passage aus der Betriebsordnung, in welcher es heißt:
„Jeder Mitarbeiter ist gehalten, bei mündlichen und schriftlichen Verlautbarungen fachlicher Art, soweit sie betriebliche Interessen berühren (.....) und für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, die vorherige Zustimmung der Geschäftsführung einzuholen. Die Zustimmung wird erteilt, wenn solche Verlautbarungen dem Betriebsinteresse nicht widersprechen."

Was ist eigentlich das Firmeninteresse? Niemand weiß es so recht. Der auf der Betriebsversammlung vom Vorsitzenden des Betriebsrates schüchtern vorgebrachten Bitte, mal zu definieren, wie sich denn ein Mitarbeiter in Zukunft verhalten solle, um nicht anzuecken, ist die Geschäftsführung bisher ausgewichen, wohlweislich.

Maulhalten ist aber auch nicht die richtige Methode, könnte die Öffentlichkeit doch auf die Idee kommen, man habe etwas zu verbergen. Man bleibe also besser zuhause, wie in dem entsprechenden Fall auch geraten wurde.

Nach Traube: Blankoscheck für Schnüffelei?

Am besten wäre es freilich, alle Mitarbeiter von Interatom samt Familien zu internieren. Begründen kann man dieses Vorgehen auf grandiose Weise mit der Fürsorgepflicht des Unternehmers, der auf diese Weise verhindern will, Mitarbeiter wegen des Verdachts des Kontakts zu Personen aus Terroristenkreisen entlassen zu müssen, wie es ja mit Dr. Traube - übrigens: Traube äußert sich zur Atomenergie im „Berliner Extra-Dienst" vom 22. März 77 - geschehen ist. Platz ist auf dem Gelände der Firma Interatom reichlich vorhanden, mit Widerstand ist bei dem größten Teil der Belegschaft nicht zu rechnen, der Rest wird vorsorglich in Untersuchungshaft genommen, besteht doch der Verdacht, sie wollten von ihren Freunden aus Terroristenkreisen nicht lassen.

Daß bei einem solchen Vorgehen die Verfassung endgültig zur Fiktion wird, kann von niemandem, dem ernsthaft die Sicherheit dieses Staates am Herzen liegt, als Argument vorgebracht werden.

Kritiker werden einwenden, dieser Vorschlag sei doch etwas aus der Welt. Keineswegs. Wurden doch in Zusammenhang mit der Affaire Dr. Traube Mitarbeiter von Interatom seitens der Geschäftsführung fast ultimativ aufgefordert, sich, wenn die Not es gebiete, jederzeit abhören und belauschen zu lassen, also Verfasssungsrechte preiszugeben. Und als einer der Anwesenden sich weigerte, diesem Ansinnen auch nur im Ansatz beizustimmen, wurde er gefragt: „ Was würden Sie denn sagen, wenn sich der Verdacht irgendwann als wahr erwiesen hätte, bewiesen durch die Sprengung eines Kernkraftwerkes durch Terroristen, denen Dr. Traube die notwendigen Kenntnisse vermittelt hat. Würden Sie dann nicht beklagen, daß nicht rechtzeitig alle Mittel angewandt wurden, einschließlich ungesetzlicher, um die Katastrophe zu verhindern? "

So deutlich ist noch nie von einem Vertreter der Kernindustrie dargelegt worden, daß man (wegen des immensen Gefährdungspotentials in den Atomreaktoren, welches durch einen Anschlag durch zu allem bereite Terroristen jederzeit freigesetzt werden kann) die Aufhebung der letzten im Grundgesetz verbliebenen Freiheitsrechte nicht nur billigend in Kauf nimmt, sondern die Schaffung des totalen Polizeistaates für unumgänglich hält.

Klarer hat noch kein Vertreter des Kapitals geäußert, daß für ihn der von Borgs-Maciejewski (Assistent des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, 1973) in enger Anlehnung an das Bundesverfassungsgericht aufgestellte Grundsatz nicht gilt, wenn es die Interessen des Kapitals durchzusetzen gilt, der Grundsatz:
„ Der engste Bereich privater Lebensgestaltung ist der Einwirkung der öffentlichen Gewalt gänzlich entzogen. Vor diesem absolut geschützten Kernbereich muß selbst der Gesetzgeber haltmachen."

Sollte die Aufhebung dieses Grundsatzes der Preis dafür sein, daß wir den Strom, der aus den Steckdosen kommt, zukünftig vermehrt aus Atomkraftwerken beziehen? Dann ist, unabhängig wie sicher die Atomreaktoren von der technischen

Anlage her sind und wie sorgfältig die Abfälle vergraben werden, nur noch festzustellen, daß sich George Orwell, als er seinen Roman „1984" schrieb, um sieben Jahre geirrt hat.

Wollen wir diesen Preis nicht zahlen, so bleibt nur eins:
- sofortiger und endgültiger Baustop für weitere Atomkraftwerke
- sofortige Stillegung und unverzüglicher Abbruch bereits in Betrieb befindlicher Kraftwerke auf Atombasis
- sichere Beseitigung des schon entstandenen Abfalls.

Noch ist der Schaden klein, er sollte nicht größer werden. Das Interesse von 100 000 an der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze hat zurückzustehen gegenüber dem Interesse von 60 Millionen an einer menschenwürdigen Zukunft.

Der Betriebsrat sammelt Unterschriften: AKW's jaaaa!

Was zu alledem unternimmt nun der Betriebsrat? Daß er nicht auf die Seite der Gegner der Kernindustrie überlaufen kann, ist klar. Verhält er sich wenigstens zurückhaltend, versucht er denn zumindestens, eine nicht nur an den Interessen des Kapitals, sondern auch an den Interessen der Beschäftigten und der Bevölkerung orientierte Politik zu machen? Wehrt er sich gegen die Versuche der Unternehmensleitung, die Meinungsfreiheit einzuschränken? Kämpft er gegen das Verlangen, sich bei Verdacht freiwillig bespitzeln zu lassen?
Nichts von alledem. Was die Meinungsfreiheit anging, so beließ man es bei der schon genannten Anfrage auf einer Betriebsversammlung. Und wegen der Zumutung, sich bespitzeln zu lassen, erhob nur ein Mitglied von insgesamt 15 des Betriebsrates lautstarken Protest.

Doch damit nicht genug. Es wäre ja schon viel gewonnen, hielte der Betriebsrat sich ganz aus der Sache heraus. Statt dessen ist er aktiv beschäftigt, mittels einer Unterschriftenaktion

2. DIE UNTERSCHRIFTENAKTION DER FIRMA INTERATOM

Der Betriebsrat und die Mitarbeiter der Firma Interatom haben mit ihrer Demonstration im November 1976 (s.ID 152) bereits ihre volle Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der KWU zur Frage der Kernenergie öffentlich bekundet.

Mit der folgenden Unterschriftenaktion teilen die Unterzeichner die Sorgen aller im Kernkraftwerksbau Beschäftigten um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und wehren sich gegen die unsachliche Ablehnung der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Die Unterzeichner halten den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken zur Energieversorgung für ökonomisch erforderlich und die Sicherheit der hierfür notwendigen kerntechnischen Anlagen für so groß, daß durch den Ausbau dieser Technik keine unverantwortlichen Risiken für die Bevölkerung entstehen. Außerdem ist die Umweltbelastung bei Energiegewinnung durch Kernkraftwerke insgesamt niedriger als z.B. bei Energiegewinnung durch Öl- und Kohlekraftwerke.

Die Unterzeichner appelieren mit ihrer Unterschrift an die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern, sich zu dem als notwendig bekannten Bau von Kernkraftwerken öffentlich zu bekennen und sich aktiv dafür einzusetzen.

3. DER KOMMENTAR EINES BETRIEBSRATS AM SCHWARZEN BRETT

„ Ungewohntes geschieht. Am Arbeitsplatz tauchen Mitglieder des Betriebsrates auf und fragen - nein, nicht, ob man mit Arbeit und Arbeitsplatz zufrieden ist und was man gern ge-

BETRIEBSVERSAMMLUNG OPEL RÜSSELSHEIM: „MAN STELLE SICH VOR, SOWAS MACHT SCHULE"

FRANKFURT 31. März 77 *Ein Opel-Kollege berichtet:*
Das war die längste Versammlung bisher - bis 21.20 Uhr in der Nachmittagsschicht; die dritte, die über die Pause hinausgegangen ist (seit Oktober 1976 dauern die Versammlungen so lang). An die 50 Leute hatten sich für die Diskussion gemeldet, es kamen gar nicht alle dran.

Die ‚Opel-Post' (Werkszeitung) hat bereits in ihrer Januar/Februar-Ausgabe 1977 gewarnt: In einem Artikel über Betriebsversammlungen schrieb sie:

‚Doch wer auch die Dauer einer Versammlung grundsätzlich nicht gern festgelegt sieht, kann sich seit einiger Zeit des Eindrucks nicht erwehren, als werde von gewisser Seite versucht, die Zeit der Aussprache über das sachlich Gebotene hinaus zu ‚strecken' - absichtlich zum Schaden der Firma, wie manche in ihren Flugblättern ja auch ganz offen zugeben. Und das ist der Fall, wenn die Versammlung sich über eine volle Schicht erstreckt, was in Bochum (ausführlich darüber ID 140/41) die Regel ist, in Rüsselsheim sich abzuzeichnen beginnt.

Man stelle sich vor, sowas macht Schule: vier Mal im Jahr in allen Betrieben der Bundesrepublik, jeweils acht Stunden Betriebsversammlungen! Mathematiker mögen einmal den volkswirtschaftlichen Schaden errechnen.'

Wichtig ist, daß es drei Versammlungen gab: die eine für Deutsche zusammen mit den Spaniern und Griechen, die andere für Türken und Italiener. (Die Italiener beschlossen diesmal, die nächste Versammlung ebenfalls mit den Deutschen, Spaniern und Griechen zusammen zu machen.) Die Versammlung der Türken hat sogar noch etwas länger gedauert als die

Rafael zustande zu bringen; er wollte offensichtlich erreichen, daß Rafael sich sein Recht für ein paar Mark abkaufen ließ. Der Opel-Vertreter war mit dieser Taktik natürlich einverstanden, obwohl er in der 1. Instanz von einem Vergleich noch nichts wissen wollte.

Also bot der Richter schließlich an, Opel solle Rafael 1.700 DM = 1 Monatslohn als Abfindung zahlen und damit sei die Sache dann erledigt. Dazu muß man wissen, daß normalerweise als Abfindung pro Jahr Betriebszugehörigkeit nur 1/2 Monatslohn angeboten wird. Rafael war aber nur fünf Monate bei Opel gewesen, nach den üblichen Maßstäben hätte der Richter ihm also höchsten 1/4 Monatslohn anbieten dürfen. Daß er dennoch einen vollen Monatslohn anbot, zeigt, daß er die politische Bedeutung dieser Kündigung sehr genau erkannt hatte und mit dem Köder des relativ hohen Vergleichsangebots den Kollegen Sanchez zum Verzicht für den Kampf auf sein Recht und das Recht der gesamten Opel-Belegschaft bewegen wollte.

Darauf ließ sich Rafael aber nicht ein: er lehnte das Vergleichsangebot strikt ab und sagte:

, Meine Entlassung ist nicht wegen irgendwelcher Krankheiten erfolgt, sondern wegen meiner Rede auf der Belegschaftsversammlung. Meine Rede war aber richtig, ich habe die Probleme der Opel-Kollegen, der gesamten Opel-Belegschaft angesprochen, weil ich als Belegschaftsmitglied das Recht habe, diese Probleme aufzugreifen. Am Ende habe ich Abstimmungen über unsere Forderungen gemacht, und 70 % der Kollegen haben zugestimmt. Ich verkaufe das Vertrauen der Kollegen nicht für lumpige 1.700 DM. Wenn ich nicht wieder nach Opel reinkomme, werden die Kollegen merken, was hier mit der Rechtssprechung los ist; wenn ich aber wieder reinkomme, werden die Kollegen merken, daß wir ein Recht zu verteidigen haben.

(siehe 2.) das Geschäft des Unternehmers zu betreiben, ohne sich zuvor überlegt zu haben, was er denn da eigentlich behauptet.
Da schreibt man doch allen Ernstes, durch den Betrieb der kerntechnischen Anlagen entstünden keine „unverantwortlichen Risiken". Verantwortliche also doch wohl, oder?

Hier sind folgende Fragen nicht nur erlaubt, sondern zwingend, nämlich:
- Wie sehen die Risiken aus?
- Wer hat die Risiken festgelegt?
- Wer hat die Leute dazu legitimiert?
- Wie sieht die Verantwortung aus?

Antworten hierzu sind von den Mächtigen aus den Konzernetagen nicht zu bekommen, vom Betriebsrat ebenso nicht.
Man sieht in üblicher Kurzsichtigkeit nur die Arbeitsplätze, um den Rest mögen sich andere scheren.

Doch weiter:
Als das Mitglied des Betriebsrates, welches seit November vorigen Jahres sowohl in internen Sitzungen als auch öffentlich gegen einen wie dargestellt vorgetragenen Optimismus protestierte, sich mit einem Kommentar (siehe 3), veröffentlicht an schwarzen Brettern der Firma Interatom, gegen die Art, in welcher die Unterschriftensammlung durchgeführt wurde, an die Betriebsöffentlichkeit wandte, wurde es am 22.2.77 aller seiner Funktionen im Betriebsrat enthoben.
Begründung: „Mit diesem Papier (gemeint ist der Kommentar) wird gezielt die Diffamierung der Betriebsratmitglieder gegenüber die Belegschaft betrieben, sowie eine nicht gerechtfertigte Ausnutzung des BR-Mandats vorgenommen."
Aufgrund dieser Maßregelung konnte sich die Unternehmensleitung damit begnügen, den Verfasser aufzufordern, „in Zukunft private Veröffentlichungen an den schwarzen Brettern und sonstigen Wandflächen im Firmengelände zu unterlassen."

ändert sane – sondern ob man nicht durch Unterschrift einen Aufruf unterstützen will, in dem allerlei Positives zum steigenden Energieumsatz allgemein und zur Kernenergie im besonderen gesagt wird.

Nicht gegen den Inhalt des Aufrufs wird hier polemisiert. In aller Schärfe verurteile ich die Art, in der diese Aktion durchgeführt wird. Die vor einiger Zeit von Mitgliedern des Deutschen Atomforums aus ähnlicher Motivation heraus durchgeführte Unterschriftenaktion war dagegen ein Musterbeispiel demokratischer Gesinnung.

Hat man sich eigentlich überlegt, welche Lawine man hier losgetreten hat?
- War man sich nicht im klaren, daß hier der erste Schritt in Richtung Gesinnungsschnüffelei getan wird, ein Schritt, den zu tun sich die Geschäftsleitung aus naheliegenden Gründen gescheut hat?
- Hat man nicht gesehen, daß der Zwang zur auch für Vorgesetzte und Kollegen erkennbaren Entscheidung, die, welche aus durchaus achtbaren Gründen nicht unterschreiben wollen, aus der gern zitierten Solidarität ausstoßen kann?
- Was ist das für eine Politik, welche die in der letzten Betriebsversammlung selbst aufgestellte Forderung auf das Recht, ja die Notwendigkeit offener Diskussion zum Für und Wider der Kernenergie als hohles Pathos erkennen läßt?
- Wie will man verhindern, daß Mitarbeiter, die nicht unterschreiben wollten, Nachteile hinnehmen müssen, bis hin zu der Aufforderung, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen?

Nochmal: nicht gegen den Inhalt des Aufrufs richtet sich dieser Kommentar. Aber ein Verfahren, welches in einer solch kontroversen Thematik die Mitarbeiter regelrecht unter Druck setzt, eine ganz bestimmte Meinung zu haben und auch zu äussern, konnte von mir nicht unwidersprochen hingenommen werden."

15. Febr. 1977

fung der Türken hat sogar noch etwas länger gedauert als die anderen.

Wichtigster Punkt war die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung: 35-Stunden-Woche. Die Verwaltungsstelle Darmstadt der Industriegewerkschaft Metall, deren größter Betrieb der Opel ist, hat die Forderung übernommen und macht Propaganda dafür, gerade auch im Hinblick auf den Gewerkschaftstag (18. - 24. Sept.). Seit der letzten Tarifrunde (vgl. ID 154), als die Opel-Forderung von 120 DM plus 6 % in der Verwaltungsstelle Darmstadt übernommen wurde, zeichnet sich überhaupt so etwas wie eine linke Fraktion im Tarifbezirk Hessen ab, in der Opel Rüsselsheim und einige Darmstädter Betriebe die Vorreiter sind.

OPEL GEWINNT BERUFUNGSPROZESS GEGEN RAFAEL SANCHEZ

BOCHUM
25. März 77

Den folgenden Bericht schrieb das Opel-solidaritätskomitee:

Wie in den IDs Nr. 140/41 berichtet, war der spanische Opel-Kollege Rafael Sanchez wegen seiner kämpferischen Rede auf der Belegschaftsversammlung am 24. Juni 1976 gekündigt worden, und zwar ca. 1 Monat (!) später, während der Werksferien, als er sich im Urlaub befand.

Im ID Nr. 149 berichteten wir von dem Prozeß, den Rafael gegen diese Entlassung angestrengt hatte. Das Arbeitsgericht Bochum hatte die Kündigung am 15.10.1976 für unwirksam erklärt, weil Opel gegen formale Vorschriften verstoßen habe. Opel war gegen dieses Urteil natürlich in die Berufung zum LAG Hamm gegangen. Dort fand nun am 24.3.1977 die Berufungsverhandlung statt.

Etwa 20 Opel-Kollegen und Mitglieder des Opel-Solidaritätskomitees waren mit nach Hamm gefahren, um Rafael zu unterstützen. Von Anfang an wurde klar, daß der Richter es darauf abgesehen hatte, einen Vergleich zwischen Opel und

Allein die Tatsache, daß hier 1.700 DM geboten worden sind, was bei 5 Monaten Betriebszugehörigkeit sonst nie angeboten wird, zeigt die Bedeutung dieser Kündigung. Am Betrag, den Opel zu zahlen bereit ist, kann man sehen, wieviel sich Opel die Unterdrückung der Wahrheit kosten läßt.'

Daraufhin meinte der Richter: ‚Sie würden also für gar kein Geld in der Welt einem finanziellen Vergleich zustimmen? Auch nicht, wenn Opel 50.000 DM bieten würde? !'

Darauf Rafael: ‚Wenn Opel 50.000 DM anbieten würde, dann würde ich das annehmen, aber nicht, um mir das Geld privat einzustecken, sondern ich würde damit einen Fonds gründen zur Unterstützung aller Kollegen, die bei Opel rausgefeuert werden, weil sie für ihre Rechte und Forderungen kämpfen.'

Trotz dieser klaren Aussagen versuchte der Richter weiter, Rafael zu einem Vergleich zu bewegen, indem er meinte, man solle doch die Verhandlung noch einmal um 2 Wochen vertagen, in der Zwischenzeit könne Rafael ja noch einmal mit Opel verhandeln. Rafael lehnte das aber antschieden ab.

Nach einigem juristischen Hin und Her schloß der Richter dann die Verhandlung, ohne mit einem Wort auf den Grund der Kündigung - Rafaels Rede - einzugehen. Ergebnis der Verhandlung war dann, daß das Gericht das Urteil der 1. Instanz aufhob zugunsten von Opel, daß also die Kündigung für wirksam erklärt wurde. Eine nähere Begründung liegt noch nicht vor, aber man kann davon ausgehen, daß das Gericht der Meinung ist, formal sei alles in Ordnung gewesen und in den ersten 6 Monaten eines Arbeitsverhältnisses könne eben der Arbeitgeber kündigen, wann es ihm passe; der Richter hatte nämlich dieses ‚Argument' schon einmal in der Verhandlung anklingen lassen.

Dies Urteil bestätigt sehr genau unsere Einschätzung, die wir bereits nach dem ersten Prozeß gewonnen hatten: man kann sich in keinem Fall auf die Arbeitsgerichte verlassen,

auch wenn man noch so willkürlich rausgeschmissen wird. Selbst wenn man in der 1. Instanz noch Erfolg hat, weil z.B. die Richter dort den Druck der Kollegen bzw. die Empörung in den betroffenen Betrieben noch eher zu spüren kriegen, so rückt doch die 2. Instanz meistens alles wieder gerade (natürlich im Sinne der Kapitalisten!) und hebt die erstinstanzlichen Urteile wieder auf. (In diesem Zusammenhang sei auch an das Verfahren der Opel-Kollegen Schaumberg, Schmitz und Aufermann gegen ihren Ausschluß aus der IGM erinnert: dort hatte auch die 1. Instanz den Ausschluß für unwirksam erklärt, während die 2. Instanz der IGM voll Recht gegeben hatte und den Ausschluß für rechtens, ja sogar für notwendig erklärt hatte; vgl. dazu Artikel im ‚Arbeiterkampf' Nr. 69 vom 11.11.75 und im ‚Gewerkschafter' = Funktionärsorgan der IGM vom Dezember 1975.

Dennoch: Rafael wird gegen dieses Urteil Revision beim Bundesarbeitsgericht in Kassel einlegen, denn Ruhe lassen sollte man den Kapitalisten nicht einmal auf einem Gebiet, auf dem sie normalerweise (zu Recht!) zu Hause sind.

Kontaktadresse: Opel-Solidaritätskomitee, c/o ESG, Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum

SPANISCHES ZENTRUM CONTRA EDUSCHO

ESSEN 3. April *Das Spanische Zentrum soll raus – es geht aber nicht, unter dieser Überschrift stand im ID 164 ein Artikel über die drohende Kündigung der Räume Kibbelstraße 12, in denen das Spanische Zentrum zu finden ist. Die Kaffeefirma Eduscho als Vermieterin bemängelte „die Verschandelung" der Außenfassade, Vernachlässigung des Treppenhauses und der Mieträume und den Mietrückstand von angeblich DM 15.523,54. Das Spanische Zentrum hatte dazu aufgerufen, sich mit einem freundlichen Schreiben an Eduscho zu wenden, um mitzuteilen, was man von der Kündigung halte und daß das Zentrum im Kampf um das Haus nicht allein dastehe. Über die Reaktionen darauf schreiben die Genossen des Spanischen Zentrums folgendes:*

„Inzwischen sind Verhandlungen und Gespräche gelaufen, von denen wir alle Freunde informieren wollen bzw. müssen, wenn sie nicht weiterhin böse Antworten von der Firma Eduscho erhalten wollen. Es haben auf die ID-Nachricht hin wohl mehrere Einzelpersonen und auch Gruppen an Eduscho geschrieben und sich für uns und unsere Arbeit ausgesprochen. Eduscho hat darauf uns und den entsprechenden Genossen gegenüber sehr sauer reagiert und immer betont, daß solche Proteste einer gütlichen Einigung nur schaden könnten. Nun, im Moment sieht es so aus, als würden wir uns gütlich einigen, und das heißt, daß wir momentan keine offene Unterstützung in Form von Schreiben und Anrufen brauchen. Wir werden uns aber schnell und laut melden, sofern dies wieder nötig würde. Kurz der momentane Verhandlungsstand:

Wir werden einen Saal im Haus (den Veranstaltungsraum) an Eduscho abgeben, wodurch die Miete verringert wird. Gleichzeitig werden wir, um den Verlust wettzumachen, die Kneipe zu einer Saalkneipe umbauen: also mit Bühne und Umbaumöglichkeiten sind jederzeit größere Veranstaltungen möglich. Wir haben auch angefangen, unsere bunte Außenfassade zu reinigen, was zu unserem großen Erschrecken noch nicht einmal vielen Genossen aufgefallen ist. Ein Zeichen dafür, daß man auch darauf verzichten kann."

ALS BETRIEBSRÄTIN TELEFONIERT – WEGEN „FORTGESETZTEN BETRUGS" ENTLASSEN

EDENKOBEN 5. April Rede der Betriebsrätin Ruth Schaub bei einer Kundgebung der Industriegewerkschaft Metall in Edenkoben am 23. März:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst möchte ich mich vielmals für Euer Kommen und die damit bewiesene Solidarität bedanken.

Dies zeigt mir, daß ich nicht alleine stehe, wenn es darum geht, die Rechte der Arbeitenden in den Betrieben zu verteidigen.

Ich war bis zu meiner fristlosen Entlassung am vergangenen Donnerstag Betriebsratsmitglied bei der Fa. Gillet. Gewählt von 49% der dort beschäftigten Angestellten. Diese 49% haben mir nicht nur mit ihrer Stimme das Vertrauen ausgesprochen, sie haben mir gleichzeitig den Auftrag erteilt, mich für ihre Interessen und Probleme einzusetzen. Ich habe diese AUfgabe ernst genommen und immer versucht zu helfen, wo es nur ging und soweit es in meiner Möglichkeit lag. Betriebsratsmitglied zu sein bedeutete für mich, mit aller Kraft und mit allen Mitteln die das Betriebsverfassungsgesetz vorsieht, für eine Belegschaft da zu sein.

Man kann mir glauben, daß ich dabei sehr oft auf ganz massiven Widerstand gestoßen bin, auch von Seiten des Betriebsrats.

So auch, als ich von einem ausländischen Kollegen gebeten wurde, nachzuforschen, wieso er noch keine Mitteilung über die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland erhalten habe, wo diese doch in den nächsten Tagen ablaufen müßte.

Gerade als Betriebsratsmitglied in einem Betrieb wie Gillet, wo die Hälfte ausländische Mitarbeiter sind, ist man doch einfach verpflichtet, diesen Kollegen Hilfestellungen zu geben, wann immmer sie deren bedürfen, ohne großes Aufsehen zu erregen. Ich habe für diesen Kollegen, der nur brockenweise Deutsch spricht, die entsprechenden Behörden angerufen, um ihm dann mitteilen zu können, was geschehen muß. Dies habe ich in meiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied getan, aus der Verpflichtung heraus, den Kollegen im Betrieb jederzeit mit Rat zur Seite zu stehen.

Die Fa. Gillet wirft mir nun vor, ich hätte mit diesen Behörden Privatgespräche geführt und die Firma um die Gebühren betrogen.

Ich habe dem gesamten Betriebsrat, als er über meine fristlose Kündigung abgestimmt hat, mitgeteilt, daß dies kein Privatgespräch war, sondern daß ich lediglich meine Aufgaben als Betriebsratsmitglied wahrgenommen habe für einen Kollegen aus unserem Betrieb.

Dies hat der Betriebsrat jedoch völlig ignoriert und dieser meiner fristlosen Kündigung zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

alles, was ich in dieser Firma verbrochen habe, ist, daß ich versucht habe, mich für die Kollegen einzusetzen und ihnen zu helfen.

Das Blatt hat sich jedoch nun gewendet, jetzt bitte ich Euch um Eure Hilfe und Eure Unterstützung für meine Wiedereinstellung, damit wir unser gestecktes Ziel, eine wirkliche Interessenvertretung im Betrieb Gillet zu Gunsten der dort Arbeitenden, verwirklichen können."

Bis zu dieser Kundgebung hatte sich folgendes ereignet:

Ruth Schaub ist im 15-köpfigen Betriebsrat der Fa. Gillet die einzige gewerkschaftlich Organisierte und die einzige Frau. Die Belegschaft (ca. 1100, davon 50% Ausländer,



Photo: Demonstration und Kundgebung in Edenkoben am 23. März 77. Während der Arbeitsgerichtsprozeß auf den 19. April vertagt wird, laufen Meister und Abteilungsleiter auf Anweisung der Geschäftsleitung mit folgender Unterschriftenliste durch den Betrieb: „Wir, die Heinrich Gillet KG, wehren uns ganz entschieden gegen die von außen organisierten Angriffe und Bedrohungen unserer Arbeitsplätze."

davon die Mehrzahl Türken) ist nur zu 20% organisiert. Unter diesen Bedingungen ist es der Geschäftsleitung immer wieder gelungen, einen Betriebsrat in ihrem Sinn zu züchten, so daß der Versuch, offensiv den Kampf für gewerkschaftliche Minimalbedingungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen, sofort auf erbitterten Widerstand von Geschäftsleitung und Betriebsratsmehrheit stieß.

Die Angriffe gegen Ruth Schaub begannen mit einer „Versetzung" im April 76, weil sie nach Ansicht der Personalleitung angeblich vertrauliche Informationen weitergegeben hatte und als sie dies bestritt, natürlich das Vertrauensverhältnis zu ihrem Vorgesetzten zerstörte. So wurde sie auf einen Hilfsarbeitsposten abgeschoben, der nicht ihrer Qualifikation entsprach. Entsprechend wurde ihr eine Gehaltskürzung angekündigt, was allerdings noch die IGM-Ortsverwaltung verhindern konnte.

Am 17. Februar wurde Ruth Schaub gekündigt mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit. Offizieller Grund: „fortgesetzer Betrug". Gemeint ist der in der Kundgebungsrede dargestellte Vorgang. Für einen ausländischen Kollegen bei Behörden nach dem Ausbleiben der Aufenthaltsgenehmigung zu fragen, ist für die Geschäftsleitung schon Privatangelegenheit, d.h. die Gespräche sind auf Kosten der Firma geführt worden. Es spricht für die Haltung der Betriebsratsmehrheit, daß sie bei diesem Kündigungsgrund ihre Zustimmung erteilt hat. In diesem Zusammenhang sei noch gesagt, daß von der Angestelltenliste, mit der Ruth Schaub gewählt wurde, jetzt keiner mehr im Betrieb ist. Von den sechs Kollegen und Kolleginnen, die sich zur Wahl stellten, waren bis Anfang Februar 77 schon vier „ausgeschieden" und zugleich mit Ruth Schaub erhielt auch das letzte Mitglied der Liste 1 seine Kündigung zugestellt.

****

HAUSBESETZUNG IM SCHWABENLÄNDLE – FORTSETZUNG –

STETTEN/REMSTAL 2. April *Das Jugendzentrum Stetten, das von der Gemeinde im November letzten Jahres geschlossen worden ist, wurde am 18. März von den Jugendlichen besetzt (siehe ID 170). Was ist nach der Besetzung passiert?*

„Die Besetzung selbst verlief bis auf einige kleinere Pannen reibungslos – ein Ergebnis der guten Vorbereitung. Es dauerte fast zweieinhalb Stunden, bis die ersten Bullen auftauchten – ein Streifenwagen, der von Nachbarn alarmiert worden war. Die sahen allerdings keinen Grund zum Eingreifen. Sie meinten, sie seien selber noch jung und hätten Verständnis für unser Anliegen. Die Meinung vertraten dann auch die restlichen Bullen, die sich im Laufe der Nacht auf die stattliche Zahl (für Stettener Verhältnisse) von sechs Streifenwagen anhäuften. Nach den Bullen kamen zwei Hilfssheriffs von der Gemeindeverwaltung und ein CDU-Gemeinderat. Nachdem sie uns zugesagt hatten, daß kein Polizeieinsatz erfolge, ließen wir sie zu „Verhandlungen" ins Haus. Nach über einer Stunde gaben sie es auf, uns vom „friedlichen demokratischen Weg" zu überzeugen. Gegen 50 Jugendliche hatten sie keine Chance.

Danach begannen wir dann das ganze Haus aufzuräumen. Die Gemeinde hatte das Haus total verkommen lassen, fast alle, die draußen geblieben waren, verteilten Flugblätter an alle Haushalte und klebten Plakate. Die Stimmung im Haus war großartig, siegessicher. Die Bullen waren wieder abgezogen. Obwohl der Bürgermeister die Räumung verlangt hatte, war die Polizei nicht bereit dazu. Die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" sei nicht gewahrt.

Am Morgen, nach dem gemeinsamen Frühstück, gings dann raus an die Schulen, Flugblätter verteilen. Im Dorf machten wir einen Informationsstand und sammelten Unterschriften. Als wir mittags gerade am großen Familientisch saßen und Spaghettis aßen, kamen zwei Gemeinderäte von den Freien Wählern; auch sie waren stinkfreundlich und meinten auf einmal, über den Vertrag könne man doch noch mal reden, blablabla. Von ihnen erfuhren wir dann, daß die Gemeinde im Haushaltsplan 60.000 Mark für den Ausbau des Jugendzentrums bereitgestellt hat – allerdings mit Sperrvermerk. Wenn wir den Vertrag der Gemeinde unterschrieben, bekämen wir das Geld. Aber wir lassen uns nicht kaufen.

Sonntags ging dann der große Ansturm los. Im Kreis hatte sich inzwischen unsere Besetzung herumgesprochen und die Leute kamen haufenweise, um sich die „Hausbesetzung auf dem Lande" anzuschauen. Abends waren die Leute von der Alexanderstraße in Stuttgart mit ihrem „Tribunal" da. Die Stimmung wurde noch besser. Allerdings gab es jetzt die ersten Ausfälle. Die Leute, die zum Teil schon zwei Nächte durchgemacht hatten, schliefen im Stehen ein.

In der Nacht beschlossen wir dann, die Besetzung auch die Woche über fortzusetzen, trotz der damit verbundenen Risiken (die meisten von uns sind berufstätig). Montagnachmittag lud uns unser Bürgermeister zu einer Aussprache ein, zu der er als „Vermittler" Jugendprominenz aus dem Kreis (Kreisjugendpfleger, Sozialarbeiter, Kripp vom Jugendhaus Fellbach) eingeladen hatte. Das war allerdings sein großer Fehler, denn die sprachen sich alle für unsere Besetzung aus. Wir konnten fast bildlich verfolgen, wie der Bürgermeister sich wie ein gefällter Baum immer weiter zur Seite neigte und schließlich voll auf den Boden krachte. Er sagte zu, sich im Gemeinderat für alle unsere Forderungen einzusetzen, den Punkt „Jugendzentrum" am Freitag als erstes auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen und uns am Dienstag den Schlüssel fürs Haus zu geben. Am nächsten Tag wollte er von diesen Zusagen allerdings nichts mehr wissen, nachdem er sich bei den Gemeinderatsfraktionen Rückendeckung geholt hatte. Dienstagabend war Elternabend. Die anwesenden Eltern unterstützen fast voll unsere Aktion. Sie hatten in dem halben Jahr seit der Schließung den gleichen Lernprozeß durchgemacht wie wir. Sie sind auch — abgesehen davon, daß sie uns ständig mit Essen und Material versorgen — ein sehr wichtiger Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit, denn die „öffentliche Meinung" im Dorf ist überwiegend gegen uns. So nach dem Motto „do sitsch obends vr deim Fernseher ond no kommt do a Horde von Jonge ond will dr dei Wohning wegnemma".

Am Freitag, dem 25.3., marschierten wir dann mit 200 Leuten in einem Schweigemarsch zur Gemeinderatssitzung, sangen bei der Abschlußkundgebung unser JZ-Lied, das in den Nächten der Besetzung entstanden war, und gingen dann geschlossen in den Gemeinderat. Doch der hatte vor so viel Öffentlichkeit das Hosenscheißen bekommen und ließ nur eine Erklärung verlesen, daß mit uns erst verhandelt wird, wenn wir unsere „illegale Aktion" beenden. Aber den Gemeinderäten war sichtlich unwohl in ihrer Haut, denn Fernsehen und Rundfunk waren da und nahmen das ganze auf. Das hatte Stetten noch nicht erlebt!

Wir haben inzwischen beschlossen, die Besetzung geht weiter, bis das Haus legalisiert ist, wir den Schlüssel haben und die 60.000 Mark für den Ausbau ohne Vorbedingungen freigegeben werden.

Am Dienstag, dem 29.3. fand ein Gespräch statt mit Bürgermeister und Vertretern der Gemeinderatsfraktionen, bei dem allerdings keine Annäherung der Standpunkte erzielt werden konnte.

Liebe Leitla, wir brauchen weiterhin eure Solidarität.
Schickt Solidaritätsadressen an:
Gemeinderat Kernen, Bürgermeisteramt, 7053 Kernen im Remstal
mit einem Durchschlag an uns!

Die Besetzung übrigens hat uns an die 1.000 Mark gekostet. Für Spenden sind wir deshalb dankbar: Spendenkonto bei der **Kreissparkasse Waiblingen, Nr. 32 99 32**

JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG
Klosterstr. 20a
Postfach 1101
7055 Stetten im Remstal

BRENNELEMENTE-FABRIK IN HEITERSHEIM ABGELEHNT .

FREIBURG
29. März

Heitersheim — zwischen Freiburg und Basel — sollte eine Brennelementefabrik bekommen. Die Babcok-Brown-Boveri-Reaktorgesellschaft (BBR) bedrängte seit drei Jahren den Heitersheimer Gemeinderat, einer Ansiedlung der Fabrik zuzustimmen. Im Sommer 1975 wurde ein Vertragsabschluß abgelehnt, weil die Firma nicht vertraglich ausschließen wollte, daß auch Plutonium verarbeitet werde. Durch die damaligen Platzbesetzungen im nur 40 km nördlich gelegenen Wyhl und im ebensoweit südlich gelegenen Kaiseraugst (Schweiz) war im ganzen südlichen Oberrhein-Gebiet die Diskussion um die Atomenergie soweit fortgeschritten, daß die örtliche SPD-Fraktion die Ablehnung der Plutoniumfabrik im Gemeinderat durchbringen konnte. Die BBR war empört über die geforderte Plutonium-Klausel im Vertragsentwurf:

„... daß der Stadt Heitersheim über die Verwendung von Plutonium die letzte, endgültige und unanfechtbare Entscheidung zusteht."

So zogen die „Brennelementler" grollend wieder nach Mannheim in den Stammsitz zurück, sie wollten sich doch nicht von einem Gemeinderat in ihre Produktionspläne hineinregieren lassen.

Im Herbst letzten Jahres wurde der Heitersheimer Bürgermeister wieder mit BBR-Vertretern gesehen. Der alte Vertragsentwurf wurde erneut hervorgezogen und der Öffentlichkeit im Dezember '76, jedoch mit folgender Änderung, vorgelegt:

Im Punkt 1 wird ausdrücklich auf Plutonium verzichtet.
Im Punkt 2 allerdings wird das Verfahren geregelt, mit dem die BBR später doch an Plutonium gelangen kann.

Eine schon vor drei Jahren aktive Bürgerinitiative reaktivierte sich; die AGUS Müllheim und eine aus Mitgliedern der Nachbardörfer gebildete BBR-Nein-Gruppe erhöhte mit vielen Veranstaltungen den Wissensstand der Region über die drohende Gefährdung und damit auch den Widerstand. Man dachte schon laut über Platzbesetzung nach. Eine unter anderem mit folgender Begründung versehen Unterschriftenliste brachte über 5.000 Unterschriften bei dem zwar mißtrauischen oder nicht gerade unterschreibfreudigen Menschenschlag:

Eine Brennelementefabrik in Heitersheim begünstigt die Häufung von Kernkraftwerken und umweltfeindlicher Nachfolgeindustrie am Oberrhein; sie bedroht damit Wein- und Obstbau sowie den Fremdenverkehr und die Thermalbäder des Markgräflerlandes als wichtigste Erwerbsquellen der Bevölkerung.

Die Interventionen des ungeliebten CDU-Landtagsabgeordneten G. Fleischer für die BBR, und damit zugleich für seinen dort beschäftigten Parteifreund MdL Bugl, waren enorm. Eine von den Gegnern gut vorbereitete Bürgerversammlung (Landesregierungsvertreter und BBR-Vertreter einträchtig auf einer Bank) brachte den Umschwung. Der Gemeinderat lehnte dieses Mal noch entschlossener die Fabrikansiedlung ab (zwei Stimmen dafür), weil die Gefahrlosigkeit der Brennelementefabrik nicht erwiesen sei.

Die südbadische Bevölkerung ist zur Zeit ohnehin schon genug verunsichert durch die bekannt gewordenen Störungen bei der Inbetriebnahme des nur 8 km von Heitersheim entfernten Atomkraftwerks Fessenheim/Elsaß. Nach dem letzten Wyhl-Urteil von Freiburg und nach diesem Gemeinderatsbeschluß ist jetzt Luft da, um mit voller Fahrt die Stillegung des Fessenheimer Atomofens anzuvisieren.

ZEUGENBERICHTE ZUR GROHNDE-DEMONSTRATION

FRANKFURT
4. April

Bürgerinitiativen aus Hamburg, Kiel, Bremen, Hannover und Kassel sammeln Zeugenberichte und Fotos sowie die Namen von Leuten, die auf der Demonstration in Grohnde festgenommen wurden. In einem Aufruf schreiben sie dazu:

„Am Samstag, dem 19. März, wurden auf der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde Demonstranten durch die Polizei verletzt und verhaftet.

Uns sind bislang 26 Festgenommene namentlich bekannt. Wir gehen aber davon aus, aufgrund verschiedener Berichte von Festgenommenen und anderen Personen, daß noch mehr Menschen festgenommen worden sind. Die Ermittlungsausschüsse rufen alle Festgenommenen auf, sich bei ihnen zu melden.

Wir wollen verhindern, daß Einzelne isoliert der Polizei ausgeliefert sind und ohne rechtlichen Schutz dastehen. Schreibt bitte einen detaillierten Bericht über eure Festnahme, eine genaue Schilderung der Situation, Ort und Zeitpunkt, Beschreibung der Polizeibeamten, Angabe von Zeugen usw.

Wie bereits deutlich geworden ist, versuchen Polizei und Landesregierung die Festgenommenen zu isolieren und als 'kriminelle Gewaltverbrecher' aufzubauen, in zwei Fällen sogar als Totschläger herauszustellen. Diese Kriminalisierung wird betrieben, indem Vorwürfe konstruiert werden und angebliches Tatwerkzeug untergeschoben wird.
So wurde einem Demonstranten nach seiner Festnahme ein Spaten in die Hose gesteckt und so fotografiert. Mit diesem Spaten soll er, nach Aussage von Polizeibeamten, Polizisten bedroht und geschlagen haben. Vor solchen Praktiken können wir uns nur schützen, wenn wir diesen Vorwürfen viele Zeugenberichte entgegenhalten können, die deutlich machen, daß diese Vorwürfe bewußt gefälscht sind.

Deshalb ist es dringend notwendig, daß jeder, der Festnahmen gesehen hat, Zeugen nennen kann oder andere wichtige Vorfälle gesehen hat (nicht nur zu Festnahmen) oder Fotomaterial besitzt, uns das Material zuschickt.
Wir bitten jeden, uns umgehend Berichte zur Entlastung festgenommener Demonstranten zu senden und möglichst auf folgende Punkte einzugehen:

1. Wo wurde die Festnahme durchgeführt und wann (Skizze)?
2. Beschreibung der Situation
3. Beschreibung der Festgenommenen und der Polizeibeamten (Aussehen, Kleidung, besondere Merkmale)
4. Können Zeugen genannt werden?
5. Wann sind die Festgenommenen zuletzt gesehen worden (Alibi)?

WIR SAMMELN ENTLASTUNGS- UND KEIN BELASTUNGSMATERIAL!!!

Eure Namen werden anwaltsmäßig behandelt!!!

Kontaktadressen:

Hamburg:	Klaus Dieter Romeikat Rappstraße 13, 2000 Hamburg 13
Kiel:	Axel Galette Iltisstraße 33, 2300 Kiel
Bremen:	Manfred Läpple Seemannstraße 9 A, 2800 Bremen
Hannover:	Atom-Info-Zentrum im UIZ Kornstraße (Ermittlungsausschuß) Kornstraße 28 – 30, 3000 Hannover
Kassel:	BI Kassel (Ermittlungsausschuß) Emmerichstraße 20 A, 3500 Kassel

Rechtshilfekonto der BUU:
Vereins- und Westbank Hamburg,
BLZ 200 300 00, Konto-Nr. 11/18413"

HAUSDURCHSUCHUNGEN IN EMDEN

EMDEN 6. April — *Presseerklärung der Initiative gegen Atomenergie, Emden:*

„Am Mittwochmorgen, dem 23. März 77 um 7 Uhr wurden die Wohnungen von 5 Mitgliedern und Sympathisanten der Initiative gegen Atomenergie, aufgrund eines richterlichen Durchsuchungsbefehls von bewaffneter Polizei und Kripo durchsucht. Grund für diesen Übergriff auf die vom Staat garantierte „Unversehrtheit der Wohnung" war die Behauptung, das in diesen Wohnungen ca. 50 Molotowcocktails und 5 Maschinenpistolen gelagert sein sollten. Diese Untersuchungen stehen im Zusammenhang mit den am 19.2.77 und 19.3.77 in Brokdorf und Grohnde stattgefundenen Demonstrationen gegen Atomkraftwerke. Schon am 19.2. wurde der Bus der Emder „Initiative" von 50 mit MPIs bewaffneten Polizisten nach Waffen durchsucht. Sowohl damals als auch heute früh fand die Polizei keine Waffen.

Die Durchführung der Hausdurchsuchungen hatte nicht den Anschein, daß die Polizei ernsthaft damit gerechnet hat, bewaffnete Atomgegner, oder wie Albrecht sie nennt, „Verbrecher", vorzufinden. Schwerpunktmäßig beschäftigten sie sich damit, in Akten, Büchern, persönlichen Briefen rumzuschnüffeln und dieses Material teilweise zu beschlagnahmen. Im weiteren Zusammenhang dieser Polizeiaktion wurden Wohnräume von Personen durchsucht und Material beschlagnahmt, für die kein richterlicher Befehl vorlag. Ferner wurden 3 Wohnungen, Keller und Bodenräume gewaltsam aufgebrochen, ohne Zeugen durchsucht und Material beschlagnahmt.
Die Bewohner dieser Räume waren nicht anwesend."

NICHT NUR DAS SCHLAMMLOCH MUSS WIEDER ZUM FELD WERDEN:
Gespräch mit Grohnder Bauern „danach".

BERLIN 5. April — *Eine Gruppe der Fachhochschule für Sozialarbeit in Berlin:*

"Genau da, wo die Berichte im letzten ID über Grohnde aufhörten, gings bei uns noch weiter.
In Grohnde selbst hatten wir gesehen, wie die Leute, kaum nachdem wir vorbeigegangen waren, ihre Vorgärten und die Straße saubermachten. Wenn das deren einzige Sorgen waren, dann hätten wir auch ein Picknick machen können! Und in Gesprächen vor der Kneipe haben dann auch manche vom Dorf gesagt: da kommt ihr immer und demonstriert und den Dreck wegmachen können wir. Ach, da läuft die übliche Scheiße bei denen ab, haben wir erst gedacht, bis uns auffiel, daß wir uns total unvermittelt verhalten.

Als wir dann auf der Rückfahrt nochmal an der Festung vorbei mußten, zog sich uns der Magen zusammen: auf der einen Seite waren die Löcher im Zaun fast schon wieder zugeschweißt, auf der anderen das verlassene Schlachtfeld, mit dem ganzen Dreck auf dem zertrampelten Acker, darauf die Schilder des Bauern „Frische Saat, bitte nicht zertreten". Wir haben uns dann zum Aufräumen auf Sonntagmorgen geeinigt, denn jedem/jeder von uns war klar, daß wir noch bleiben mußten, denn mit so'ner versuchten Besetzung und mit dieser Art der Auseinandersetzung mit den Bullen und einer-scheinbar-verständnislosen Bevölkerung ist nichts — gar nichts — erreicht.

Am Feld trafen wir den Bauern, dem das zertrampelte Feld gehört. Er war ziemlich fertig, noch am Morgen mußte er miterleben, wie ein Wasserwerfer nochmal seine Chemiesuppe auf seine Felder ausleerte und ihn mit der Antwort „Er müsse das Zeug doch irgendwie loswerden" stehenließ. Der Bauer erzählte uns, wie damals am 6. Juli — der Termin der Nacht-und-Nebel-Aktion in Grohnde — die Preussag ihn vom Frühstückstisch wegholte und ihm das Feld zeigte, daß sie zum Bauplatz auserkoren hatte und wo tags zuvor sein halbhoher Weizen gestanden hatte. Jegliche Unterstützung oder Entschädigung hatte der Bauer dann verscherzt, als er auf seinem Feld einen Protestgottesdienst erlaubte. Er erklärte uns ziemlich offen den Zwiespalt, in dem er seitdem steckt: durch die Gefährdung seiner

wirtschaftlichen Existenz zum KKW-Gegner geworden zu sein, und doch bei jeder Aktion am Bauplatz Angst zu haben, wieder der Geschädigte zu sein. Wir denken, daß wir ihn und andere da nur rausholen können, wenn wir zeigen, daß wir zusammen für jeden in der Bewegung einstehen. Dafür und für andere Schäden, die bei der Demo entstanden sind, hat die BI Hameln ein Spendenkonto eingerichtet, wobei sie auch kontrolliert, daß keine persönliche Bereicherung läuft.

Dresdener Bank Hameln
Konto-Nummer: 4362548
Kennwort: „Flurschäden"

Wir meinen halt, daß der Bauer nicht das gleiche Scheißgefühl kriegen soll, wie damals bei der Nacht-und-Nebelaktion der Preussag. Er ließ sich dann auch durch einen aufgebrachten Gemeindevertreter (auch CDU) davon überzeugen, daß die Provokation eindeutig von den Bullen ausging (der Albrecht soll sich da mal hinwagen). Und alles sollen Radikale gewesen sein, dann wäre er wohl auch radikal, und die Familie soundso und soundso wohl auch, und der Bürgermeister wär auch da gewesen, und seine Jungs hätten alle in der ersten Reihe gestanden. Der Bauer ... fast hätte er seinen Traktor geholt!! Jungs die grade vom Bund gekommen wären, Offiziere (!!) hätten mitgekämpft – an was sollen die denn noch glauben, nachdem sie erlebt haben wie man Gleichaltrige in Uniform gegen sie gehetzt hat? ! Ein paar Bauern kommen dazu und meinen, die das Ding bauen wollen, sollten es auch verteidigen. Verdammt, jetzt fühlen wir uns schon viel besser wie vorher! Aber es bleibt auch noch viel zu erklären und Einwände gegen uns abzuwägen. Immer mehr Leute waren gekommen, während wir aufgeräumt hatten. Der Bauplatz war das Ausflugsziel Nr. 1 der Umgebung, nur von den Demonstranten sind noch wenige da. Dabei war es für uns unheimlich wichtig und gut mit den ansässigen Leuten zu reden und zu hören, was sie am Samstag ausgecheckt haben oder wo sie Schwierigkeiten haben und Kritik. Und für sie war es sicher auch gut, mal mit diesen „jungen Leuten" zu reden, sie mal aus der Nähe zu sehen, diese „Radikalen und Militanten".

Für die Zukunft haben wir uns vorgenommen, daß wir bei 'ner nächsten bundesweiten Aktion mindestens 1 oder 2 Tage eher hinfahren und auch auf jeden Fall länger bleiben.

ZUR DISKUSSION UM BROKDORF, ITZEHOE, ECT.

Die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen (BBA), Stadtteilgruppe Vahr, verteilte folgendes Rundschreiben an alle anderen Stadtteilgruppen der BBA. Der Anlaß dazu war das Extrablatt der KVZ (Kommunistische Volkszeitung) des KBW vom 21. Februar, das zur Demonstration gegen das KKW in Brokdorf verteilt wurde. (Die dabei auftauchenden Namen wurden vom ID durchgestrichen.)

„ Wir von der Stadtteilgruppe Vahr sind erschrocken und empört über das Extrablatt der KVZ des KBW vom 21.2.77, in dem es unter anderem heißt:

> „ In solchen Fällen muß man unbedingt Namen nennen, damit der fällige Orden der Bourgeoisie auch an den richtigen Hals kommt. Auch dafür, daß zum passenden Zeitpunkt die Massen wissen, um welchen Hals sie den Strick über den Orden ziehen müssen. Es handelt sich also bei diesen Kettenhunden der Polizei nicht nur um Leute wie   aus dem „leitenden Gremium" des KB Nord, sondern auch um nahmhafte Mitglieder der Gruppe Rote Fahne, z.B.   von der Regionalleitung Westberlin und   , der einmal völlig zu Unrecht wegen Wehrkraftzersetzung vor einem bürgerlichen Gericht stand und den man unbedingt für Freispruch empfehlen muß."

Hier werden Personen angeprangert und bedroht, weil sie die politische Einschätzung des KBW nicht teilen. Diese ausdrücklich als prinzipielles Vorgehen gekennzeichnete Form von Politik, Personen mit vollem Namen, deren Organisationszugehörigkeit und Funktion und deren Vorstrafen öffentlich zu nennen und sie damit bewußt dem Verfassungsschutz, der Justiz und der Polizei auszuliefern, lehnen wir ab und sehen in dieser Vorgehensweise den eindeutigen Bruch jeder solidarischen Zusammenarbeit. Wir bitten Euch als BBA-Stadtteilgruppen, alle KBW-Mitglieder, die in der BBA arbeiten, aufzufordern, sich von dieser Politik zu distanzieren. Wir halten diese Distanzierung für unbedingt notwendig, weil sonst die Gefahr besteht, daß jeder von uns der nächste sein kann, den der KBW seiner politischen Einschätzung wegen öffentlich denunziert und damit dem Verfassungsschutz meldet."

BERICHTIGUNG

Im ID 170 war unter der Rubrik „Diskussionsbeiträge zu Brokdorf und Itzehoe" eine Stellungnahme von Lars Hennings ,Pressesprecher der BUU/Marschen, abgedruckt. Dazu ist zu ergänzen, daß es sich um eine persönliche Einschätzung von Lars handelt, nicht um eine Verlautbarung dieses Teils der BUU. Der Artikel wurde direkt nach dem 19.2. und eigentlich für die Hamburger Stadtzeitung „Große Freiheit" geschrieben. Außerdem soll es im ersten Abschnitt heißen: „Jene mißverstandene Formel (der DKP, Anm.): kein AKW gegen den Willen der Bevölkerung . . .". Im ID fiel fälschlicherweise die Klammer um die redaktionelle Anmerkung weg.

TODESSCHUSS AUF JUGENDLICHEN–DEMONSTRATION

HANAU
6. April

Am 9.2. wurde in Niederrodenbach bei Hanau der 14jährige Schüler Peter Lichtenberg aus ca. 1 m Entfernung von einem Polizisten in angeblicher Notwehr niedergeschossen. Nachbarn hatten die Polizei wegen Lärms alarmiert. Der Polizei war bekannt, daß dieses Haus ein Spielplatz für Kinder war, erst einen Monat zuvor hatten sie 50 Kinder bei einer Razzia aus dem Haus geholt.

Ohne Vorwarnung gab der Polizist den Todesschuß auf den 14jährigen ab. Eine Jugendliche, die direkt neben Peter stand, wurde sofort verhört, obwohl sie unter schwerem Schock stand. Sie wurden gedrängt, :„Der Polizist habe doch sicher gerufen: stehen bleiben!", doch sie blieb dabei: „Ich habe nichts gehört."

Der Schütze, Polizist Lorcher, wurde dagegen zum Ausschlafen nach Hause geschickt. Fünf Tage später ist seine STellungnahme zum Schuß noch nicht bei den Justizbehörden eingetroffen.

Wie in vielen anderen Fällen in den letzten Jahren, wo Kinde und Jugendliche von der Polizei niedergeschossen wurden, soll nach Bestrebungen der Polizeiführung und Justiz auch in diesem Fall der Todesschütze wieder straffrei bleiben.

Nach einem Kurzurlaub versieht der Polizeibeamte wieder seinen Dienst; von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen den Polizisten ist nichts zu hören, außer daß dem Rechtsanwalt von Peters Vater, der auf Mord klagt, bisher jegliche Akteneinsicht verweigert wurde, ebenso die Freigabe der Kleidung von Peter. In der „Neuen Revue" kann man dafür einen POlizisten über seinen Kollegen Todesschützen sagen hören: „Bald ist er wieder da, selbstverständlich mit Pistole."

Ein „Peter Lichtenberg Komitee" veranstaltet am 23.4. um 11.30 Uhr in Hanau, ab Hertie-Freiheitsplatz, eine Demosntration. Gefordett wird:
– sofortige Anklageerhebung und Verurteilung des Todesschützen;

— sofortige Suspendierung vom Dienst;
— Bestrafung aller Verantwortlichen;
— keine Einführung des neuen Polizeigesetzes, das u.a. den Todesschuß straffrei macht;
— weg mit dem Todesschuß in BRD und DDR.

Bereits bei Peters Beerdigung zogen 200 Schüler durch Niederrodenbach. Auf einem Transparent stand zu lesen: „Der Polizist mit loser Hand, verschafft dir gratis ein Stück Land."

Kontakttreffen des Komitees: Freitags 18.30 Uhr, Gaststätte „Zum Freigericht", Freigerichter Straße 69, Hanau. Eine Broschüre: „Peter Lichtenberg, 14 Jahre, von der Polizei erschossen — kein Einzelfall" ist zu bestellen über: P. Lichtenberg, August Schärtner Str. 17, 6450 Hanau. (Gegen 1 DM plus Porto).

PROZESS.GEGEN K.H. ROTH UND ROLAND OTTO

KÖLN 4. April

25. Prozeßtag, am 1. April

Zu Anfang wurden zwei Anwohner des Parkplatzes in Köln-Gremberg vernommen, an deren Wagen Beschädigungen durch die Schießerei aufgetreten waren. Sie beschrieben genau den Standort ihrer Fahrzeuge in der Nacht des 9. Mai und die Stellen der Beschädigung.

Im Anschluß daran wurde der Polizeibeamte vernommen, der am Morgen nach dem Tatgeschehen im Hof des Kölner Polizeipräsidiums die Spuren in den beschädigten Fahrzeugen gesichert hatte. Bei allen Fragen, die die geradezu verdächtige Nachlässigkeit der Spurensicherung offenlegten, mußte der Zeuge leider immer wieder passen und ausweichend erklären, er könne sich nicht erinnern. Besonders auf die Frage, warum er zwar bei dem NSU Einschußlöcher in seinem Spurensicherungsbericht erwähne, die dazugehörigen Ausschüsse vernachlässige, konnte er keine Antwort geben. Ebenso erklärte er auf die Frage, ob er mit dem am letzten Verhandlungstag vernommenen anderen Spurensicherungsbeamten vorher über das Beweisthema gesprochen habe, — nein — auf keinen Fall, er habe nur mit diesem Beamten über das Wetter geredet, obwohl er diesen in dessen Urlaub auf dem Kölner Polizeipräsidium „rein zufällig" getroffen habe.

Danach stellte Verteidiger Hannover zwei Beweisanträge. Er forderte das Gericht auf, die Polizeibeamten zu laden, die am 9. Mai 1975 in der Einsatzleitstelle der Kölner Polizei Dienst gehabt hätten, und die somit „Ohrenzeugen" der Schießerei in Gremberg geworden wären. Dies vor allem deshalb, weil die vernommenen Polizeibeamten sich in Widersprüche verwickelt hätten, was den Beginn der Auseinandersetzung betrifft und was die Frage betrifft, ob sie vorher wußten, ob es sich bei den Tätern um „anarchistische Gewalttäter" handele.
Nachmittags wurde der Polizeibeamte Büchtel vernommen. Er hatte sich am 25. März 1977 bei der Kripo Köln gemeldet, nachdem er in der Zeitung gelesen habe, daß die Kölner Staatsanwaltschaft in Beweisnöten sei. Er sei der erste gewesen, der die Waffe Roth's gesehen habe. Denn, nachdem das Hilfeersuchen von den Beamten auf dem Parkplatz über Funk ergangen sei, sei er zusammen mit drei anderen Beamten zum Tatort gefahren. Er habe dort liegende Hülsen mit Kreide markiert, sei dabei um das Täterfahrzeug gegangen und sei dabei durch einen Reflex von Roth aufgeschreckt worden. Dann habe er diesen auf den Rücken gedreht und dabei sei die Waffe, die zwischen Beckenknochen und Rippenansatz gelegen hat, sichtbar geworden. Dieser Beamte war ebenfalls am frühen Morgen mit der Innensicherung im Krankenhaus Holweide betraut und erklärte hierzu, daß Polizeibeamte bei der Untersuchung und Operation bewaffnet anwesend waren und auch K.-H. Roth direkt nach der Operation Fragen gestellt wurden.

„ERKLÄRUNG ZUR SACHE" IM OTTO/ROTH-PROZESS

KÖLN 5. April

Am 4. April 1977 haben Roland Otto und Karl-Heinz Roth ihre 'Erklärungen zur Sache' abgegeben. Karl-Heinz berichtet, daß bei der Schießerei am 9. Mai 1975 zunächst erst mal mehrere Beamte den Wagen von Karl-Heinz, Roland und Werner Sauber untersuchten und ihre Papiere überprüften. Bis dahin ist noch kein Schuß gefallen. Offensichtlich auf eine Funkdurchsage hin ('Vorsicht, zwei Leute gehören zur Anarchoszene!') änderte sich das Verhalten der Polizeibeamten schlagartig. Hierzu Karl-Heinz wörtlich:

„Der zweite Zivilbeamte kam mit gezogener Pistole in die Richtung des NSU zurück und machte eine kurze winkende Handbewegung, die offensichtlich dem uniformierten Beamten neben der Fahrertür galt und bedeutete, nach hinten zu gehen. Dieser Zivilbeamte stand dann noch kurz vor dem Bug des NSU, dann verlor ich ihn aus den Augen. Entweder ging er zwischen den beiden Polizeifahrzeugen nach hinten weg oder er duckte sich vor dem NSU; ich weiß es nicht. Auch der erste Zivilbeamte, der zuletzt im VW-Kombi gesessen hatte, war nicht mehr zu sehen. Gleichzeitig sah ich, wie der uniformierte Beamte, der mit gesenkter Pistole neben der Fahrertür gestanden hatte, die Pistole hob, auf mich anlegte und an der Fahrerseite meines NSU entlang nach hinten trat, so daß ich auch ihn aus dem Gesichtsfeld verlor.

Die nun folgenden Sekunden erschienen mir länger als die vergangenen zehn Minuten seit Beginn der Kontrolle. Dann kam von vorn das Kommando: 'Aussteigen!' Ich hatte weiter die Hände auf dem Steuer.

Nach kurzem Zögern stieg mein Beifahrer als erster aus. Ich sah ihm zu. Er öffnete die Tür zu etwa zwei Dritteln und blieb etwas gebückt, schräg dem Wageninnern zugewandt, stehen, wobei er mit der rechten Hand den oberen Türrahmen umfaßte und mit dem linken Ellbogen an der Karosseriefassung der Tür lehnte. So stand er etwa zwei bis drei Sekunden, höchstens zwei Meter von einem Beamten schräg vor ihm entfernt, den er teilweise verdeckte. Dann machte er eine Drehung, er nahm dabei die Hände nicht nach unten. In diese Bewegung fiel ein trockener, heller Knall, auf den nach einer kurzen Pause weitere helle Knälle in kurzem Abstand folgten. Weder unmittelbar vor noch während dieser Schüsse hörte ich Stimmen, es wurde ohne Vorwarnung geschossen, und zwar nicht etwa, wie die Anklage unterstellt, vom Beifahrer, sondern von den Polizeibeamten.

Beim ersten hellen Knall zuckte ich zusammen, rutschte mit dem Gesäß auf dem Wagensitz nach vorn und versuchte mich querzulegen, um mich in Sicherheit zu bringen. Ich bekam einen heftigen, schneidenden Schlag von hinten in den linken Rücken. Ich verlor für Augenblicke das Bewußtsein. Ich kam ganz kurz wieder zu mir, als ich — über die Körperhaltung, die ich in dieser Situation einnahm, weiß

ich nichts – einen weiteren Schlag von hinten in die linke Lendengegend erhielt, er mich innerlich zerriß. Ich wurde nach vorn und seitlich geschleudert. Ich fand mich auf dem Pflaster des Parkplatzes wieder, ich fühlte mich auf ihm wie plattgewalzt, ich war völlig bewegungsunfähig. Dann war ich wieder bewußtlos. Ich kam erneut wieder zu mir, als sich ein Hund in meiner rechten Schulter festbiß. Ich schrie. Erneut verlor ich das Bewußtsein. Dann nahm ich wahr, wie jemand über mich weggetragen wurde. Nach einer weiteren Phase der Bewußtlosigkeit wurde ich aufgehoben, sehr viel später noch einmal. Ich geriet in zunehmende Atemnot. Schließlich lag ich in einem Fahrzeug, das endlos lange fuhr. Die Luftnot war schrecklich geworden, ich wußte, daß ich bald sterben würde. Am Ende sah ich einen Ambulanzeingang. Ich hörte aus weiter Ferne Stimmen: 'Na, daß ihr überhaupt noch kommt', 'Ihr habt Euch ganz schön Zeit gelassen'. Jetzt wußte ich, daß ich wieder eine Chance hatte, mit dem Leben davonzukommen.

Ich stelle folgendes fest:
Es gab keinerlei Schießabsprache zwischen den Autoinsassen, weder ausdrücklich noch stillschweigend. Ich wußte nicht einmal, daß meine Mitfahrer bewaffnet waren.
Ich persönlich habe keinerlei Versuch unternommen, die Waffe, die ich bei mir trug, zu benutzen. Ich habe die Waffe auch nicht in die Hand genommen."

HUNGERSTREIK SOLL GEBROCHEN WERDEN

STUTTGART
5. April

Der Stammheimer Anstaltsleiter Nusser bat in einem Schreiben vom 30. März 1977 das Stuttgarter Oberlandesgericht um eine Entscheidung, „ab welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen die Zwangsernährung erfolgen soll". Nusser wies auf „das Problem der Zumutbarkeit für die Beamten, die eine Zwangsernährung durchzuführen haben" hin. Da die Gefangenen Widerstand gegen eine Zwangsernährung angekündigt haben, könne dieser Widerstand „nur im Wege täglicher massivster Gewaltanwendung durch eine sehr große Zahl von Bediensteten gebrochen werden. Dies ist aber den Beamten, die dabei selbst erheblich gefährdet werden, nicht zuzumuten. Aus diesem Grunde sollte für den Fall des Widerstands gegen eine etwaige Zwangsernährung schon jetzt die Frage der Trennung der Gefangenen geprüft werden." (Anm.: Trennung bedeutet keinen Umschluß mehr!)

Für den Fall, daß die Gefangenen in Stammheim getrennt werden, haben die Gefangenen aus der RAF in Stammheim einen Durststreik angekündigt.

35 politische Gefangene befinden sich im Hungerstreik:

Hamburg: **Brigitte Asdonk, Christa Eckes, Inga Hochstein, Annerose Reiche, Magrit Schiller, Ilse Stachowiak, Eberhard Becker, Wolfgang Beer, Bernd Geburtig, Werner Hoppe, Helmuth Lülf, Helmut Pohl;**

Berlin: **Monika Berberich, Ilse Jandt, Waltraut Siepert, Wolfgang Wesslau;**

Hannover: **Ronald Augustin**

Werl: **Heinrich Jansen**

Essen: **Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer**

Köln: **Hanna Krabbe, Roland Mayer, Bernd Rossner**

Frankfurt: **Klaus Dorff, Jürgen Tauras, Peter-Felix Keblys, Tofe Shaker, Jürgen Ortmann, Peter Milberg, Wernfried Reimers und ein weiterer;**

Frankenthal: **Siegfried Haag**

Zweibrücken: **Manfred Grasshof, Klaus Jünschke**

Stammheim: **Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Irmgard Möller, Ingrid Schubert;**

Aichach: **Sabine Schmitz**

Colmar (Frankreich): **Detlef Schulz**

DIE ANGEHÖRIGEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN IM HUNGERSTREIK

STUTTGART
3. April

„An den Justizminister und Innenminister der Bundesrepublik Deutschland

An alle Justizminister und Innenminister der Länder der BRD und an die zuständigen Richter

Wir Angehörigen der sich zur Zeit im Hungerstreik befindenden politischen Gefangenen haben auf unserem Treffen am 2./3. April 1977 beschlossen:

Wir unterstützen die Forderungen des Hungerstreiks der politischen Gefangenen.

Nach Auskunft des Arztes in Stuttgart-Stammheim, Dr. Henck, besteht bereits jetzt akute Lebensgefahr für die Gefangenen in Stuttgart, wenn nicht sofort die Haftbedingungen verändert werden. Nach unserer Erfahrung müssen wir davon ausgehen, daß für alle Gefangenen, die im Hungerstreik sind, die gleiche Lebensgefahr besteht.

Die politische und juristische Verantwortung für das Leben der Gefangenen liegt bei Ihnen.

Nachdem Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof in deutschen Gefängnissen umgekommen sind, fordern wir ausländische Organisationen auf, gegen die Vernichtungshaft in der BRD einzuschreiten.

Da nicht zu erwarten ist, daß die Forderungen aus der Hungerstreikerklärung erfüllt werden, sondern eher der Tod von politischen Gefangenen in Kauf genommen wird, fordern wir Sie auf, alle Gefangenen, die im Hungerstreik sind, freizulassen.

Anders kann ihr Leben nicht gerettet werden."

Helmut Ensslin
Traubenstraße 61
7000 Stuttgart 1

WERNER SCHLEGEL NOCH IMMER IM HUNGERSTREIK

RHEINBACH
5. April

Wie bereits im letzten ID(171) berichtet, befindet sich Werner Schlegel seit dem 21. März 1977 in einem unbefristeten Hungerstreik. Sein Gewicht beträgt 53 kg bei einer Größe von 1,78 m.

Mit seinem Hungerstreik protestiert Werner gegen die mehr und mehr liquidierte Informationsfreiheit drinnen im Knast. Werner schreibt hierzu: „*Entzug der Information ist e i n Mittel, e i n Moment der faschistoiden Kriegsführung gegenüber politischen Gefangenen.*"

Werner solidarisiert sich mit dem Hungerstreik der RAF und anderer politischer Gefangener: „*Sollten die in meinem 'offenen Brief' an Justizminister Vogel* (siehe ID 171 – Red.) *gestellten Forderungen zwischenzeitlich erfüllt werden, führt dies nicht zum Abbruch meines Hungerstreiks, solange die kollektive Aktion fortgesetzt wird. Sollte der kollektive*

Hungerstreik v o r Erfüllung der von mir gestellten Forderungen beendet werden, bleibe ich mit der ursprünglichen Stoßrichtung (Kampf um die Informationsfreiheit 'drinnen') im Hungerstreik."

Werner Schlegel
Aachener Straße 47
5308 Rheinbach

HUNGERSTREIK IN DER JVA WERL

WERL
27. März

Vom 23. bis zum 27. März waren in der JVA Werl (s. ID 164, 168) 15 Gefangene im Hungerstreik; sie forderten die sofortige Abschaffung der Station B I, der psychiatrischen Sonderstation. Die Knastgruppe Ossendorf hat dazu ein Flugblatt gemacht und zusammen mit dem Dortmunder Volksblatt in Dortmund verteilt. Wir zitieren daraus:

„Konkreter Anlaß für den Hungerstreik war die erneute Verlegung eines Gefangenen auf die Station B I. Der Grund dafür: dieser Gefangene hatte Informationen über die menschenvernichtenden Maßnahmen in diesem Trakt weitergegeben und mit anderen Gefangenen eine Petition gegen die Zustände in der B I verfaßt. Das war der Anstaltsleitung Ihle, Mühle und Anders mehr als nur ein Dorn im Auge, denn sie sahen die Sicherheit und Ordnung ihrer Anstalt, d.h. den reibungslosen Ablauf ihres Unterdrückungsapparates gefährdet. Zuerst versuchten sie, den Gefangenen zu bestechen, damit er seine Aussage für unwahr erklärt; sie boten ihm eine Verlegung in einen anderen Knast an, mit offenem Vollzug und schließlich sogar die Verkürzung seiner Haft auf die Hälfte! Der Gefangene ließ sich aber nicht kaufen und blieb bei seiner Forderung:
Die B I muß weg und sonst nichts!

Daraufhin fiel der Anstaltsleitung nichts anderes ein, als in altbekannter Weise zu reagieren, wie immer, wenn sie sich einen Gefangenen, der noch einen eigenen Willen hat, gefügig machen will: erneute Verlegung auf die psychiatrische Station B I.

SONDERSTATION B I – ODER WIE MAN AUS EINEM NORMALEN MENSCHEN EINEN KRÜPPEL MACHT.

Die psychiatrische Abteilung der JVA Werl dient als Isolationsstation/Strafstation für ‚Querulanten', d.h. Leute, die die Arbeit verweigern, stark fluchtverdächtig oder ‚nicht gruppenfähig' sind. Hier werden unbequeme Gefangene diszipliniert. Der Gefangene Ernst Hilscher wurde wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Anstaltspersonal (darunter 4 NPD-Mitglieder) auf die Abteilung B I verlegt. Durch Verabreichung medikamentöser Mittel wurde der vorher völlig normale Hilscher zum geistigen Krüppel. Nach Verbüßung seiner Strafe sollte er aufgrund dieser Foltermethoden in das Landeskrankenhaus Eickelborn eingeliefert werden.

Der Gefangene Hans Lattner ist seit mehreren Jahren schizophren. Er befindet sich seit 9 Jahren in ‚Sicherheitsverwahrung' auf der Station B I, anstatt, wie gesetzlich vorgesehen, im LKH behandelt zu werden. Er ist bis auf 45 kg abgemagert, halluziniert, ißt sehr selten und ist nicht in der Lage, seine Notdurft selbst zu verrichten. Auf B I befindet sich auch z.Zt. der lebenslängliche Johann Jansen, der am 1.10.76 in einer Verzwiflungstat den Leiter der JVA Rheinbach mit einem Messer angriff.

Die Zellen der B I sind nur 22 Kubikmeter groß, teilweise bestehen die Fenster aus Glasbausteinen mit insgesamt vier fünfmarksgroßen Löchern.

Die Gefangenen versichern, daß die Berichte wahr sind. Wir haben diese Berichte in der Broschüre ‚ZUSTÄNDE UND EREIGNISSE IN DER JVA WERL' zusammengestellt.

Es geht uns darum, die Verhältnisse in der JVA Werl, die Erinnerungen an den Mannheimer Gefängnisskandal hervorrufen, aufzudecken, zu veröffentlichen und deutlich zu machen, daß es sich hier nicht um einzelne Skandale handelt, sondern um Knastalltag!

Durch einen massiven Druck der Öffentlichkeit haben die Gefangenen die Möglichkeit, ihre Situation zu ändern.

UNTERSTÜTZEN SIE DEN KAMPF DER GEFANGENEN GEGEN DIE MENSCHENUNWÜRDIGEN ZUSTÄNDE IN DER JVA WERL!

Schreiben Sie an die Anstaltsleitung der JVA Werl, an die Herren Mühle, Ihle, Anders,
Postfach 301, 4760 Werl
oder rufen Sie einfach dort an!!!

Knastgruppe Ossendorf."

Durch den Hungerstreik erreichten die Gefangenen, daß der „Querulant", gegen dessen Verlegung auf B I sie sich gewandt hatten, in den Normalvollzug zurückverlegt wurde. Alle 15 brachen daraufhin den Hungerstreik ab.

Hier noch ein wichtiger Hinweis der Knastgruppe Ossendorf:

„LIEBE LEUTE!
Totaler Mist ist passiert: die zahlreichen Spenden an uns sind infolge von widrigen Umständen nie angekommen; d.h. ohne Benachrichtigung ist unser Postscheckkonto aufgelöst worden. Eure Spenden sind entweder an Euch zurückgegangen oder liegen bei der Post. Fragt auf jeden Fall dort nach!

Besonders übel ist es, daß auch die Bezahlung unserer Broschüre über die Zustände in Werl über dieses Konto lief. Wir ärgern uns selbst schwarz!
Macht Ihr einen neuen Versuch?

Unser neues Konto:
Franziska Güssen, Weishausstraße 42, 5000 Köln 4,
Stadtsparkasse Köln, Bankleitzahl 37050198,
Kontonummer: 151003175, Knastgruppe Ossendorf."

ALLTAG IN FRANZÖSISCHEN KASERNEN

SPEYER
20. März

Die zwei französischen Soldatenkomitees des 10. Pionierregiments und des 1. SPAHI hielten kürzlich eine geheime Pressekonferenz ab. Acht Soldaten, davon die Hälfte in Uniform, stellten sich maskiert der französischen Presse und beschrieben das Alltagsleben in ihrer Kaserne. Diesmal gab es keine spektakulären Geschichten von Widerstand oder massiven Verhaftungen.

Die 1. SPAHI ist eine Eliteeinheit, die drei Tage gegen den „Feind aus dem Osten" standhalten soll. Besonders bemerkenswert war der trostlose Zustand des fahrbaren Materials der zwei Regimenter. Die 27 Tonnen schweren Gillois, fahrbare amphibische Brücken, die seit 1949 eingesetzt werden, sind überaltert und am Ende ihrer „Laufbahn". Es ist unmöglich, die dauernd von einem Ölfilm überzogen, sie sind rutschig und selbst in der kleinsten Verletzung, die den Soldaten während der Arbeit entsteht, bildet sich eine Infektion.

Am 3. März wurde bei dem Manöver „Eximars" auf dem Rhein auf einem einzigen Gillois ~~zwi~~ Leute schwer verwundet. Der erste, Soldat Fabrice Rossez der 25. Kompagnie des 10. Pionierregiments, fiel vom Deck und verletzte sich am Rückgrat und am Becken. Hauptmann Forney: „Er bewegt sich noch, er lebt doch noch." Rossez war kaum abtransportiert, als dem absolut untrainierten Ersatzmann, dem Lastwagenfahrer Kochard, zwei Fingerglieder abgeschnitten wurden. „Heute

abend können wir Würfel spielen", sagten die Unteroffiziere. Wie üblich waren trotz Befehls des Kommandeurs Genet keine Krankenwagen vorhanden. Die zwei Verwundeten mußten mit gewöhnlichen Lastwagen abtransportiert werden.

Am 9. März wurde die Abfahrt des 1. SPAHI Regiments ins Manöver „Paquerette" von der deutschen Polizei bis nach Mitternacht verhindert. So wenig Vertrauen hatte die Polizei in die Verkehrssicherheit der Fahrzeuge. Hintergrund dazu stellt der Unfall am 8. Januar in Speyer dar, wobei nach einem Zusammenstoß mit einem französischen Lastwagen drei junge Leute in ihrem Auto verbrannten. Die Soldaten wiesen bei der Pressekonferenz darauf hin, daß der französische Unimog ohne Feuerlöscher unterwegs war.

Dann berichteten die Soldaten von einem typischen Scherz mit Rekruten: Hauptfeldwebel Ferre der Ausbildungskompanie des 10. Pionierregiments zündete eine Rauchbombe im geschlossenen Lastwagen, wobei der Soldat Richards schwere Verletzungen seiner Stimmbänder erlitt und ins Krankenhaus mußte. Auf Richards wurde Druck ausgeübt, er solle über sein durch die Rauchbombe teilweise verbranntes Gewehr angeben, es sei bei einem Lagerfeuer verbrannt. Richards weigerte sich und Ferre bekam vier Tage einfachen Arrest. Verschwindend wenig, wenn man bedenkt, daß allein der Besitz einer der linken Soldatenzeitungen z.B. der Speyerer Soldatenzeitung „Spirate Rouge" 60 Tage strengen Arrest einbringt.

Weiter sagten die Soldaten, daß die Anwesenheit dieser beiden Regimenter in Deutschland völlig sinnlos sei. Ihnen gegenüber würde ihre Anwesenheit damit begründet, daß sie am Rhein Frankreich gegen den Osten verteidigen sollten. Und zweitens, wenn es in Frankreich „Schwierigkeiten" gäbe, sei es sinnvoller, die Regimenter vorher in Deutschland zu stationieren, als in Frankreich, wo sie infiziert werden könnten. Man erinnerte an den Mai 1968, wo de Gaulle nach Baden Baden flog, um seine letzte Karte, die Reservearmee aus Deutschland, zu spielen.

PROVOKATION DURCH DIE NAZIGRUPPE ROEDER GEGEN THEATERSTÜCK

UELZEN 23. März *Mitglieder der Theater-Arbeitsgemeinschaft am Herzog-Ernst-Gymnasium und am Lessing-Gymnasium in Uelzen schickten uns einen Bericht über folgenden Vorfall:*

„Im Uelzener „Theater an der Ilmenau" stand die Wiederholung des Theaterstücks „Sie nannten ihn Leo, oder: Der erste Sohn des Dritten Reiches" auf dem Programm. Die Theater-AG der Uelzer Gymnasien spielte damit das überarbeitete Schauspiel „Schlageter" von Hans Johst.

Zur Historie: Albert Leo Schlageter kämpfte im Ruhrkampf 1923 gegen die Franzosen, von den einen als Terrorist, von den anderen als heroischer Widerstandskämpfer bezeichnet. 1932 schrieb Johst das Schauspiel und stellte darin Schlageter als Kämpfer für das deutsche Volk dar. Nach der Uraufführung 1933 wurde „Schlageter" zu einem der gefragtesten Propagandastücke des Nationalsozialismus. Werte wie Vaterlandsliebe, Opferbereitschaft und Treue werden stark verherrlicht. Johst selber war einer der führenden Köpfe der Nazi-Zeit, u.a. Präsident der Reichsschriftumskammer.

Die Theater-AG „verfremdete" das Stück durch die Schaffung eines Polit-Clowns, einiger Songs, das ganze in einer Multi-Media-Show dargeboten. Mit diesen Mitteln wurden die Aspekte herausgearbeitet, die „Schlageter" zu einem Propagandastück haben werden lassen.

Während die erste Aufführung „nur" durch eine Bombendrohung unterbrochen wurde, traten diesmal Rechtsradikale dazwischen. Gleich beim ersten Auftritt des Polit-Clowns wurden Eier auf die Bühne geschmissen, die Zwischenrufe der Nazis nahmen zu. Als diese die Bühne zu besetzen versuchten, kam es zu Schlägereien. Das inzwischen wieder eingeschaltete Licht ließ eine Nazi-Schlägertruppe erkennen, fanatisch mit „Freiheit"-Rufen agierend. Der als Faschist bekannte ehemalige Rechtsanwalt Roeder konnte sich auf der Bühne soweit durchsetzen, daß ihm von Oberstudiendirektor Uskurat eine Redezeit von 5 Minuten eingeräumt wurde, „nach den Spielregeln der Demokratie" und nach der die Gruppe sich im Theater ruhig zu verhalten hätte. Ein großer Teil der Besucher ließ sich nicht dazu zwingen, der faschistischen Propaganda zuzuhören und verließ solange den Saal, denn eine Diskussion war nach dem Stück angesetzt. Die herbeigerufene Polizei nahm einige der Faschisten fest, so daß die Veranstaltung doch noch ruhig zu Ende geführt werden konnte.

Dieses Stück zur Vergangenheitsbewältigung — so die Intention des Verantwortlichen, Dr. Blohm — brachte erneut zutage, daß es doch noch viele Menschen mit faschistischem Gedankengut gibt."

NEOFASCHISTEN–TREFFEN IN AACHEN

AACHEN 28.März Am 5. und 6. März traf sich der „Stahlhelm-Kampfbund für Europa" in Aachen, um mit einer Kranzniederlegung der gefallenen Frontsoldaten zu gedenken. Anwesend war auch der französische Faschistenverband „Union nationale des combattants" (UNC).

Das Vorgehen des Stahlhelms wurde erst drei Tage vorher in der Öffentlichkeit bekannt. Ein Zeitungsartikel in den Aachener Nachrichten verharmloste die ganze Sache. Nach dem Bekanntwerden trafen sich einige Gruppen (Verfolgte des Naziregimes, Bund der Antifaschisten, Hochschulgruppen). Sie verfaßten ein Flugblatt und wollten am darauffolgenden Tag bei der Kranzniederlegung und einem Fahnenmarsch durch die Innenstadt eine Gegendemonstration veranstalten.

Samstagabend traf sich der Stahlhelm im Haus des deutschen Ostens (allgemein bekannter Faschisten-Treff in Aachen), um in einer Veranstaltung internationale Kontakte zu festigen. Vor dem Haus versammelten sich die Gegner der Veranstaltung. Unter ihnen waren viele ältere Leute, viele ehemalige KZ-Häftlinge.

Durch Spruchtafeln und Sprechchöre wie: „ Faschisten raus aus Aachen" versuchten sie die Veranstaltung so gut wie möglich zu stören. Ab und zu zeigte sich einer der „Stahlhelme" und schrie, daß die Demonstranten Affen seien, dann „Heil Deutschland" und streckte die Hand zum Hitlergruß.

Sonntags um 10.30 Uhr trafen sich dann ca. 400 Leute. Sie schafften es, durch Sprechchöre und antifaschistische Lieder die geplante Kundgebung auf das schnelle Niederlegen der Kränze zu reduzieren

Natürlich beschützte eine Hundertschaft „uniformierter Freunde" die Faschisten bei der Kranzniederlegung. Anschließend formierte sich ein Fahnenzug mit Blaskapelle und zog durch die Innenstadt. Vor und hinter dem Zug ging jeweils eine Gruppe Demonstranten und verteilte Flugblätter. Am Anfang

und am Ende des Zuges marschierte jeweils eine Hundertschaft Bullen und reichlich zivile Spitzel. Es war ungefähr eine halbe Stunde vergangen, als plötzlich die Bullen ohne Vorwarnung auf die erste Gruppe von Demonstranten einschlugen. Nachrückende Faschisten beteiligten sich an dieser Aktion. Dabei wurde ein Teilnehmer so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Zwei Leute wurden verhaftet und im Präsidium erkennungsdienstlich behandelt. Ein wild prügelnder Faschist wurde, als er sich ausgetobt hatte, vor den aufgebrachten Leuten mit vielen Bullen in Sicherheit gebracht. Daraufhin eilten kleine Gruppen zum Haus des deutschen Ostens, wo ca. 200 Bullen standen. Die Faschisten brauchten ziemlich lange, ehe sie durch die Reihen der Bullen in den Saal gelangen konnten. Das war auch das Ende der Aktion.

Der CDU-Stadtrat von Aachen genehmigte das Treffen bereits 14 Tage im Voraus, wie man später erfuhr. Diese Herren kennen das Grundgesetz nicht, denn der Artikel 139 verbietet nämlich sämtliche nationalsozialistischen Organisationen und ihre Nachfolger. Aber wann hat schon mal eine Krähe der anderen ein Auge ausgehackt?
(leicht gekürzter Bericht eines Teilnehmers)

POLITISCHER KONTROLLE TÜRKISCHER LEHRER

FRANKFURT
April 77

Die GEW Frankfurt informiert in einer Pressemitteilung zum Treffen türkischer Lehrer, das am 31. März in Frankfurt stattfand, über einen neuen Schachzug der türkischen Regierung, der politisch mißliebige Lehrer ausschalten soll. In dem Schreiben heißt es unter anderem:

„Mitte März 1977 hat das türkische Generalkonsulat in Frankfurt türkische Lehrer im hessischen Schuldienst angeschrieben, die nicht von den türkischen Behörden entsandt worden sind, sondern vielmehr von den hessischen Behörden nach persönlicher Bewerbung eingestellt wurden.

Das Schreiben enthält die Aufforderung an diese Lehrer, die „Rückführung in das türkische Beamtenverhältnis" zu beantragen, mit der Begründung, damit wolle man „den bestehenden Unterschied zwischen direkt aus der Türkei abgeordneten und den von den ausländischen regionalen Schulbehörden angestellten Lehrern aufheben, um diese im Ausland qualifizierten Lehrkräfte nicht zu verlieren, sondern sie wieder in das türkische Ausbildungswesen zu integrieren..

Versprochen wird diesen Lehrern, gegebenenfalls in eine „offene Stelle beim türkischen Kultusministerium" aufgenommen zu werden, dabei aber „zugleich in ihrer bisherigen Stelle" weiterarbeiten zu können.

Damit wird klar, worum es geht: nicht darum, diese Lehrer unmittelbar in die Türkei zurückzuholen, sondern vielmehr darum, die politische Kontrolle über diese Lehrer in der BRD herzustellen. Möglicherweise soll diese administrative Erfassung auch den Anspruch begründen, Leistungen aus der deutschen Sozialversicherung für die türkische Staatskasse zu beanspruchen....

Die Lehrer aus der Türkei erkennen weder die jetzige türkische Regierung noch ihre sogenannten Kulturbeauftragten als zuständig an für Angelegenheiten der türkischen Kinder und Lehrer im hessischen Schulwesen.
Die sogenannten türkischen Kulturbeauftragten verschicken an die türkischen Lehrer Publikationen des türkischen Kultusministeriums, die Propaganda für die Ideologie der nationalistischen Bewegungspartei machen, mit der Aufforderung, türkische Schulkinder zum Abonnement zu veranlassen.

Die türkischen Lehrer weisen ausdrücklich auch diese Versuche des türkischen Kultusministeriums zurück, die im hessischen Schuldienst stehenden türkischen Lehrer zur Indoktrination der Schulkinder zu mißbrauchen."
Kontakt für weitere Informationen: Inci Hilbert, Tel.: 0611/ 412974.

FRAUENAKTION BEIM VDS

KÖLN
5. April

Auf der VDS-Mitgliederversammlung in Köln vom 21. bis 25. März brachten Frauen der BASIS-Gruppen, Frauen der Frauenreferate in Aachen, Bochum, Berlin und der Frankfurter Frauen-AStA die Forderung nach einem „Autonomen Frauenreferat ein" ; von den Männern der Basisgruppen unterstützt mit dem Lied „wehrt euch, leistet Widerstand, gegen den Chauvinismus hier im Land." Sämtliche Fraktionen des VDS zerstritten sich über den Antrag, der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus und der Sozialistische Studenten Hochschulbund (SHB) wehrten sich am heftigsten dagegen. Sie brachten vom MSB-Frauenreferat in Hamburg den Vorschlag ein, ein „Frauenprojekt " einzurichten und unter dem Tagesordnungspunkt „ Verschiedenes " zu behandeln.

Da MSB und SHB die absolute Mehrheit im VDS haben, wurde der Antrag abgeschmettert. Jusos und der Liberale Hochschul-Verband (LHV) hatten sich über den Antrag völlig zerstritten. Jetzt existiert also ein „Frauenprojekt" im VDS.

Der Antrag für ein „autonomes Frauenreferat" war so begründet:

(. . .)

„Das ganze Politikverständnis des VDS zeigt sich daran, daß er bisher ignoriert hat, daß Frauen an der Uni politisch arbeiten, in Form von Frauenreferaten — Unifrauengruppen — und im Frauenasta. Seit drei Semestern existieren Frauengruppen an Unis, PHs und FHs, Frauen aus Frankfurt, Berlin, Tübingen, Göttingen, Aachen, Fulda, Bochum und Heidelberg, Freiburg und Darmstadt nahmen an dem ersten nationalen Frauentreffen im Januar dieses Jahres in Frankfurt teil. Wenn Mann es nicht glaubt, es existiert bereits eine Broschüre von diesem Uni-Frauentreffen in Frankfurt.

Bei dem zweiten nationalen Treffen in Aachen beschlossen wir, ein autonomes Frauenreferat im VDS, um einerseits den VDS auch öffentlich zu zwingen, seine Ignoranz und Dummheit in bezug auf die bestehende Frauenbewegung an den Unis, PHs, und FHs aufzugeben und ihn zu konfrontieren und andererseits die Mittel für unsere nationalen Frauentreffen und unsere Publikationen bereitzustellen.

Unsere Forderung ist die nach einem autonomen Frauenreferat, weil wir nicht in einem Männerklüngel, wie er der VDS darstellt, Politik machen wollen und damit eine Feigenblattfunktion, wie etwa das Frauenreferat im Hamburger MSB-AStA einnehmen. Wir sind Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, deren Stärke und Relevanz im Kampf um den § 218 nicht nur in der BRD, sondern in allen Ländern Europas, aber auch in den USA deutlich wurde.

Wir sind Frauen, die seit mehreren Semestern an den Hochschulen Politik machen, die sich auch in den Streiks der letzten Semester ausgedrückt hat, in dem viele Frauen-Intiativen in phantasievollen Aktionen aktiv in den Kampf eingegriffen haben. Unsere Forderung zu erfüllen ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, obwohl das Selbstverständlichste dem MSB und auch anderen politischen Parteien und Gruppen abgeht, für sie sind die Bedürfnisse und Forderungen der

zu den Sie herzlich eingeladen sind. *Sollte kein Referat vorbereitet sein,wird Prof. Fetscher über „Theoretische Probleme der Frauenemanzipation" sprechen.*

Mit freundlichen Grüßen

i.A. gez. Eichner

BERUFUNG IM ASTA-PROZESS

MARBURG April 77 Mitte März fand in Marburg der Berufungsprozeß gegen die KSV-Genossin Almuth E. statt. Almuth war in erster Instanz zu neun Monaten Gefängnis mit zweijähriger „Bewährungsfrist" verurteilt worden (Begründung: „generalpräventive Maßnahme"), weil sie im November 1975 während einer Versammlung zum Aktionsbündnis der AStA-Amtsenthebung den Spitzel Reumann von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" entlarvt hatte und seine Notizen zerriss. Im ersten Prozeß stand Aussage gegen Aussage (Reumann gegen einen Entlastungszeugen für Almuth). Dem Entlastungszeugen wurde dann noch ein Meineidverfahren angehängt.

Der neue Prozeß begann mit dem Verteidiger-Antrag auf Vertagung, bis dieses Verfahren abgewickelt sei, weil dieser und neun weitere Zeugen eingeschüchtert würden. Man lehnte ab. Eine beisitzende Richterin flippte aus, als die Angeklagte in einer Erklärung die politischen Hintergründe dieses Prozesses klarmachte. Dem Ablehnungsantrag der Verteidigung wegen Befangenheit der herumschreienden Dame wurde entsprochen und alles begann von vorne mit Ersatzrichter.

Die Staatsanwaltschaft konnte ihre ursprüngliche Klage auf Raub nicht aufrechterhalten und stieg auf gemeinschaftliche Nötigung unter Berufung auf Reumanns Aussagen um. Die Verteidigung konterte mit der Feststellung, daß Reumann selbst Hausfriedensbruch begangen habe und als Provokateur aufge-

sie sich nach eigenen Worten nicht als 'verlängerter Arm des Verfassungsschutzes' verstehen. Einige fühlten sich an Zustände im Hitlerdeutschland erinnert. Andere Lehrer dagegen nahmen den Direktor mit der Behauptung in Schutz, es handele sich lediglich um eine Fehlinterpretation des Erlasses. Wie allerdings erklärt es sich dann, daß Herr Hillmann schon am 17. 2. zu unserem Schülersprecher sagte: 'Wieviele Schüler strömen denn am Sonnabend nicht in die Leistungskurse, sondern nach Brokdorf?' Auf die Antwort: 'Das werden nicht viele sein.' entgegnete der Schulleiter: 'Wenn die aus dem 13. Jahrgang sind, können sie ihr Abi in den Schornstein schreiben!' Der Erlaß des LSA erreichte den Direktor nach eigenen Worten erst zwei Tage nach dieser Äußerung. Das zeigt, daß er von vornherein plante, Schüler, die ihr Demonstrationsrecht in Anspruch nehmen wollten, nicht ungeschoren davonkommen zu lassen.

Als Herr Hillman in der Schulkonferenz zu dem von ihm wissentlich gefälschten Erlaß Stellung nehmen sollte, weigerte er sich strikt, dazu eine Erklärung abzugeben. Auf Druck der Lehrer, Schüler und Eltern war er dann doch noch zu einer windigen Erklärung gezwungen, in der er sich mit seiner Fürsorgepflicht herausredete."

AKW-AUSSTELLUNG AN DREI BASLER SCHULEN VERBOTEN

BASEL 5. April An der Diplommittelschule wurde die Ausstellung verboten, weil darin die AKW-BEFÜRWORTER nicht genügend zu Wort kämen. Am Gymnasium Bäumlihof wurde die Ausstellung ohne nähere Begründung verboten. Am Humanistischen Gymnasium wurde die Ausstellung von Rektor B. Marzetta verboten, ohne daß er den Text überhaupt gesehen hätte...: „..Weil Ausstellungen eine noch schärfere Form der Agitation darstellten als Flugblätter und Flugblätter auf dem Schulareal sind verboten."

lich davon abgehalten hatte, zu unserem Schutz geeignete Maßnahmen zu ergreifen - . Dem Abzug der Polizei gaben wir durch unser ‚Wehrt euch'-Lied noch die richtige musikalische Untermalung.

Anschließend machten wir noch, von zwei Werksschutzleuten nebst Hund verfolgt, eine Rundumbesichtigung des Bauplatzes. Wir konnten uns der Vorstellung nicht erwehren, daß eine Wiese eigentlich viel schöner wäre.

Zu Hause angekommen hatten wir alle das Gefühl, aus diesem trüben Sonntag eigentlich noch was ganz Vernünftiges gemacht zu haben.'

KEIN KKW IN BAYERN UND AUCH NICHT ANDERSWO!

AKW–GEGNER GRÜNDETEN BÜRGERINITIATIVE

NÜRNBERG 30.März „Solang uns kaner von dei großen Bollidiker garantieren kann, daß die Kernkraftwerke ungefährlich sin, solang müß mer dagegn kämpfn. Drum unterstütz ich unser Jugend, wenn sie sagt: Na, na so mach mer net weiter!"

So eröffnete ein 64-jähriger Nürnberger die Diskussion der KKW-Gegner Frankens am vergangenen Samstag (26.März 77). Rund 500 Bürger beschlossen, eine gemeinsame Initiative gegen AKWs zu gründen. Der Bund Naturschutz, die AUD (Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher), die ESG (Evangelische Studentengemeinde) und vor allem viele Unorganisierte, die sich durch die Beteiligung an der letzten Demo in Brokdorf kennengelernt hatten, luden ein. Und es kam nicht nur die Jugend. Friedlich saßen die Herren im Anzug und die Damen im Kostüm neben den Langhaarigen, als eine Frau vom Gründungskomitee von den KKW–Plänen der bayrischen Staatsregierung berichtete:

Auch in Bayern gibt es eine ganze Reihe von Anlässen zum Protest. Fest steht bisher, daß in G-undremmingen zwei ten. Wir sollten aber uns nicht davon zum Narren halten lassen: Wie schon gesagt wurde, gibt es genügend Orte, die mit Sicherheit Standorte für AKWs sind oder werden sollen. Wir sollten also den organisierten Protest dagegen aufnehmen und uns nicht davon beirren lassen, wenn einige Herren uns vorhalten, wir hätten doch keinen Grund zum Protest, da ja schließlich kein AKW direkt vor unserer Haustür geplant ist.

Im übrigen: vor unserer Haustür wird schon gebaut, wie ein Mitglied der Initiative ergänzte, der sich das neueste Landesentwicklungsprogramm für Bayern angesehen hat. Denn darin heißt es, daß im Raum Bamberg, 30 km von Nürnberg, ein Standort für ein Kraftwerk freigehalten werden soll. Und zufällig hat das Bayernwerk in Viereth am Main, Landkreis Bamberg, auch schon Grundstücke gekauft ..."

Die Gründungsversammlung verabschiedete deshalb eine Grundsatzerklärung, die allen AKW-Gegnern eine gemeinsame Arbeit in der Initiative ermöglicht. Erste Aktionen sind eventuell in Ohu geplant, die Kontaktadresse für Informationen und andere bayerische Initiativen ist:

Hans Hundlinger, Bucherstr. 101, 8500 Nürnberg
Tel.: 0911/34 16 15

Spendenkontonummer bei der Stadtsparkasse Nürnberg:
1.945.140.

Nächste Vollversammlung: 15. April, 19.30 Uhr, Gaststätte Schlachthof.

KKW – KURZES

MERKWÜRDIGE FUNKPAUSE

5. April Im Hessischen Rundfunk, 1. Programm, am 14.3. um 13.45 Uhr wollte ein Reporter das Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichts zu Wyhl kommentieren. Er sprach von „Ohrfeige" für KKW-Bauer und -Betreiber. Er-

Hälfte der Menschheit – oder der Hälfte des Himmels – wie Mao die Frauen nannte, ein Nebenwiderspruch im Kapitalismus.

Für uns hat der Begriff Unterdrückung eine andere und weitreichendere Bedeutung. Dies soll hier am Beispiel der Berufsverbote exemplarisch dargestellt werden. Die Praxis der Berufsverbote ist für uns nichts Neues, denn wir haben seit je her keinen Zugang zu bestimmten Berufen. Deshalb lassen wir eine Trennung in Frauenfrage und sogenannter großer Politik nichtllänger zu und gehen in den Uni-Frauengruppen unsere Situation als Studentionnen unter einer feministischen Perspektive an, nicht nur in Diskussionen, sondern auch praktisch.

Die Initiativen der Frauen an den einzelnen Hochschulen soll auch hier im VDS ihren Ausdruck finden, deshalb fordern wir ein autonomes Frauenreferat. Damit jeder weiß, was mit a u t o n o m gemeint ist, betonen wir hier, daß Frauen den Inhalt und die Form ihrer Politik selbst bestimmen und unabhängig von parteipolitischen Einflüssen arbeiten."

NOTFALLS WIRD AUCH ÜBER FRAUEN GEREDET

FRANKFURT 3. April — Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt am Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften lädt in einem Schreiben die Teilnehmer des Doktoranden-Kolloquiums von Prof. Dr. Iring Fetscher folgendermaßen ein:

Sehr geehrte Damen und Herren,
am Montag, den 4. April 77, 18-20 Uhr, Raum 501 (AfE-Turm), findet das nächste Doktoranden-Kolloquium statt, zu den Sie herzlich eingeladen sind. *Sollte kein Referat*

treten sei. Das Fazit des Gerichts: 900 DM Geldstrafe und Prozeßkosten vom ersten Prozeß und die Hälfte von diesem wegen gemeinschaftlicher Nötigung. Begründung: ähnlich wie oben. Die Verteidigung hat Revision angekündigt.

Ausführliche Informationen zu erhalten bei: Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg, für 50 Pfennig.

„WER AM 19. FEBRUAR FEHLT, KANN SEIN ABI IN DEN SCHORNSTEIN SCHREIBEN!"

RATZEBURG 30. März — Am Tag der Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe am 19. Februar fanden die Lehrer an der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg die denkwürdige Eintragung ihres Direktors, Herrn Hillmann, im Mitteilungsbuch, jeden Schüler der Studienstufe, der am 19. fehlt, dem Direktor zu melden. Die Schülerverwaltung (SV) der Ratzeburger Schule schreibt dazu:

„Es war den Lehrern klar, daß der Direktor die Absicht hatte, die Namen der betreffenden Schüler an das Landesschulamt (LSA) weiterzuleiten, zumal die Eintragung als LSA-Rundbrief ausgegeben war. Es bestand und besteht die Befürchtung, daß die betroffenen Schüler mit Benachteiligungen zu rechnen haben (Radikalenerlaß). Am nächsten Schultag stellte sich dann heraus, daß der Erlaß von der Schulleitung in gröbster Weise verfälscht worden war. Die Originalversion des Erlasses sah lediglich vor, daß die Schüler zur Teilnahme an der Demonstration weder ermutigt werden sollten, noch daß sie dazu beurlaubt werden dürften.

Einige Lehrer weigerten sich, dem 'Erlaß' Folge zu leisten, da

SONNTAGSVERGNÜGEN IN GRAFENRHEINFELD

NÜRNBERG 2. April 77 — ‚Wohin wollen wir an diesem ziemlich trüben Sonntagnachmittag spazierengehen? ‘ Das fragten sich am 27. März einige KKW-Gegner aus Nürnberg. Jemand kam auf die Idee, dem KKW in Grafenrheinfeld (bei Schweinfurt) einen Besuch abzustatten. Einige klemmten sich ans Telefon, und schließlich zuckelten drei Autos mit 16 KKW-Gegnern gen Schweinfurt.

Am KKW angekommen strömten wir gleich ins ‚Informationszentrum‘ der KKG (Kernkraftwerksgesellschaft), wo uns und viele aus der Umgebung herangereiste Spaziergänger einige ausgesuchte ‚Fachleute‘ vom ‚Segen der Kernenergie‘ überzeugen wollten. Diesmal standen sie allerdings auf verlorenem Posten. Wir konnten eine ‚Information‘ nach der anderen als das entlarven, was sie ist: gezielte Täuschung der Bevölkerung und Verharmlosung der Gefahren der Kernenergie.

Was diesen gekauften ‚Wissenschaftlern‘ aber am meisten stank: je länger wir diskutierten, desto mehr zogen die anderen Spaziergänger aus der Umgebung mit. Vollends lächerlich machten sich die ‚Experten‘, als draußen der Werksschutz zusammengezogen wurde, und dann auch noch zwei VW-Busse und drei Käfer voll mit Polizisten ankamen, die wohl die Diskussionsrunde zu schützen gedachten.

Eine ältere Frau sagte den Ankommenden: ‚Euch kann man ja nichts glauben, denn ihr werdet ja eh dafür bezahlt!‘ Und ein Mann, der draußen das Zusammenbrauen der ‚Schutzmächte‘ beobachtete, sagte zu einem Polizisten: ‚Ich hob fei meinen Stock dabei!‘

Am Schluß war die Stimmung der Leute fast geschlossen auf unserer Seite. Schließlich zogen die Polizisten wieder ab, nachdem sie die für uns so positive Stimmung wahrschein-

weitere riesige Reaktorblöcke gebaut werden sollen, nachdem im letzten Jahr das alte AKW nach einem schweren Unfall vorläufig stillgelegt wurde. Weiter in Grafenrheinfeld bei Schweinfurt, wo schon ein Kühlturm steht und trotz des derzeit laufenden Prozesses fieberhaft weitergearbeitet wird. Ein dritter Schwerpunkt soll für die Atomenergie die Gegend um Ohu/ Niederaichbach bei Landshut werden. Dort steht schon eine ‚ewige‘ Ruine, ein veraltetes AKW, das für immer stillgelegt ist und trotzdem natürlich eine immense Gefahrenquelle bedeutet.

Direkt daneben wurde das AKW Isar I errichtet, von dem zwar die Bayrische Staatsregierung behauptet, es würde erst dann in Betrieb genommen, wenn die nach dem letzten Unfall in Gundremmingen nötig gewordenen Sicherheitsmaßnahmen eingebaut sind. Nach Aussagen eines dort arbeitenden Ingenieurs soll es aber dennoch schon Ende April anfangen zu arbeiten. Ein drittes AKW in Ohu (Isar I) ist schon in der konkreten Planung. Darüberhinaus läuft derzeit die Entscheidung über den Bau eines AKWs in Rehling bei Augsburg, für das allerdings der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann schon einen „Ersatz-Standort", nämlich Pfaffenhofen in die Diskussion gebracht hat.

Überhaupt scheint es der bayrischen Staatsregierung äusserst unangenehm zu sein, ihre wirklichen Pläne betreffs AKW-Pläne offenzulegen. Seit einigen Jahren zögerte sie schon den berüchtigten Standortplan hinaus, der über sämtliche geplanten AKWs, Atommülldeponien usw. Auskunft gibt. Stattdessen werden immer mal wieder Standorte in die Diskussion gebracht, anschließend wieder verworfen, dementiert und erneut diskutiert. Da man mit Sicherheit davon ausgehen kann, daß längst detaillierte Pläne ausgearbeitet sind, kann das ganze Standort-Theater nur einen Zweck haben: die Bevölkerung im Unklaren zu lassen in der Hoffnung, damit reichlich Verwirrung zu stif-

marsch gegen KKWs vorzubereiten. Er wird von Dänemark aus über Ribe, Skaerbek und Tondern zur deutschen Grenze führen. Der deutsche Zug geht in Husum los und soll drei Tage dauern. Man trifft sich gemeinsam zu einem Fest der Solidarität, die ebenso wie Radioaktivität keine Grenzen kennt. Kontakte zu KKW-Gegnern aus Holland, Baden-Württemberg und Schweiz werden noch aufgenommen. Anfang April ist ein weiteres Vorbereitungstreffen.
Kontakt: Margrit Albers, Theodor-Storm-Straße 11, 2250 Husum, Telefon 04841/4215.

LETZTE OSTERTOUR–MELDUNGEN:
–Zum schneller Brüter kalkar fahren um 7.30 Uhr an der Aachener Mensa Busse ab (siehe auch S.3).
–Ostermontag: Radtour von Maastricht nach Viseé (29 km von Aachen). Auskunft: Rene Schulz Tel. 02405/4175

DRAHTHANDEL SORGT FÜR VERBESSERTEN OBJEKTSCHUTZ

HAMBURG
5. April

Die Dobbertin Drahthandel KG in Hamburg macht sich mit Widerhaken-Sperrdraht (Nato-Draht, spätestens seit Brokdorf bekannt): *„Die unaufhaltsame, ständig steigende Nutzung des technischen Fortschritts hat dem Leben in der Industriegesellschaft große Erleichterung gebracht. Gleichzeitig ist aber die Verwundbarkeit der hochtechnisierten Zivilisation gewaltig gewachsen. TERRORISTEN, ANARCHISTEN und VERBRE-*

zu machen". Neben vielen anderen Aktionen und Neuherausgaben war dies ein Protest gegen den § 88 a.

Jetzt fällt auch diese Dokumentation unter die Zensur. Gegen den Geschäftsführer der Siegener Buchhandlung „Bücherkiste" läuft deshalb seit einigen Tagen ebenfalls ein Ermittlungsverfahren.

Wir meinen, daß die Freiheit von Wort und Schrift eines der grundsätzlichen demokratischen Rechte sein muß. Immer mehr Gesetze werden verschärft, Verbote und Zensuren ausgesprochen. Nicht nur bei unserer Tätigkeit gegen atomare Anlagen sehen wir zunehmend Versuche, fortschrittliche und kritische Bürger zu kriminalisieren und mundtot zu machen. Wir wehren uns gegen diese immer weiter gehende Entdemokratisierung und fordern sofortige Abschaffung des „Maulkorbparagraphen" 88 a und aller anderen Gesetze und Verbote, die zu einer Entdemokratisierung führen.

Weiter fordern wir, sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Gerichtsverfahren gegen Herausgeber und Autoren von zensierten Büchern."

Bürgerinitiative Umweltschutz Siegerland c/o Klaus Wolf Mattenbachstr. 11, 5910 Kreuztal 5

SOFORTIGE HAFTVERSCHONUNG FÜR LOTHAR GEND

WERL
2. April

Im ID 162 berichteten wir, daß der Gefangene Lothar Gend bereits seit Anfang Januar sehr bedrohliche Krankheitssymptome hat. Schon damals wurde ihm nicht nur die ärztliche Behandlung verweigert („Simulant"), sondern sogar rechtswidrig der Besuch seines Verteidigers

entsprechend nicht behandelt. Die Feststellung des Arztes Michaelis, es bestehe kein Blutungsübel im Darm des Gefangenen Gend, ist widerlegt. Trotzdem weigert sich die Anstalt bis heute, den Gefangenen zu behandeln.

Wir fordern: Haftverschonung für den Gefangenen Lothar Gend! "

Die Verteidiger:
RA Brentzel, Dortmund
RA Fuhrmann, Hagen

5 MONATE KNAST – MEUTEREIPROZESS IN SCHWÄBISCH GMÜND

SCHWÄBISCH GMÜND
5. April

Der Prozeß gegen Bettina Vake, Beate Kolloseike und andere ehemalige Gefangene wegen Gefangenenmeuterei in Gotteszell (siehe ID 171) wurde am 30.3.77, dem 3. Verhandlungstag, beendet.

Schon um 8.00 Uhr früh bevölkerte die Polizei alle Zufahrtsstraßen nach Schwäbisch Gmünd und kontrollierte fast alle PKW's, die großen Mercedesse natürlich ausgenommen. Um dem BKA-Computer die neuesten Informationen bezüglich Anzahl der Insassen, Zusammenhänge unter den Leuten und die Inhaber der Autos zu übermitteln wurden nur kurz die Papiere kontrolliert. Im Gerichtsgebäude erreichten die Kontrollen ihren Höhepunkt. Einzelner Einlaß, Name, Adresse und Personalausweisnummer wurden aufgeschrieben, Leibesvisitationen, grimmiges Polizeispalier und besondere Eintrittskarten für den Gerichtssaal. Von vornherein sollte jedem eingeimpft werden, daß Protest die schlimmsten Folgen haben wird. Der Richter Röhrle überschlug sich fast vor Hektik; es war klar, daß er den Prozeß an diesem Tag durchziehen wollte, um seine von vornherein feststehende Verurteilung so schnell wie möglich zu verkünden.

Daß Beate sich immer wieder übergeben mußte, daß sie starke Kopfschmerzen hatte, viele Verletzungen und anschließend 12 Tage im Krankenhaus behandelt werden mußte. Sie beschrieb die Schlägerpraktiken der Frau Kasper und zeigte einiges an der Knaststruktur auf; die Einschüchterung, die Nichtbeachtung von Anzeigen, die Gefangene stellen, die darauffolgenden Repressalien seitens der Anstaltsleitung, gegen die man sich nicht wehren darf, die durch Grausamkeit und Perfektion des Vollzuges sogar beliebig gesteigert werden können. Der Richter schaute während der gesamten Aussage aus dem Fenster und dokumentierte seine geistige Abwesenheit. Jedesmal, wenn die Zeugin Pausen machte, wachte er auf, wollte sie vereidigen und mußte dreimal feststellen, daß er sie nicht hat ausreden lassen.

Es folgten die Verlesung des ärztlichen Gutachtens, in dem die diversen Verletzungen alle noch einmal ausführlich beschrieben wurden, und die protokollierte richterliche Vernehmung einer Mitgefangenen, die bei den Auseinandersetzungen dabei war. In dem üblichen Stil der Gerichtsbehörden wurde in dieser Niederschrift mindestens 6mal darauf hingewiesen, daß die Beate von den Vollzugsbeamten gebeten wurde mitzukommen, daß sie sich aber geweigert habe. An etwaige Schlägereien konnte sich die Zeugin nicht erinnern.

Die Verteidigung stellte nach Abschluß der Beweisaufnahme Beweisanträge, die ersten, die sie während des ganzen Prozesses stellen konnte. Geladen werden sollten die Verantwortlichen der Anstalt, um bestimmte Widersprüche zu klären, alle Mitgefangenen, um den Tathergang zu rekonstruieren, ein von den Angeklagten in der Zwischenzeit erstellter Film über Haftbedingungen; und der ehemalige Studentenleiter, der vergeblich versuchte im Knast was zu ändern, und weil er sich nicht anpasste, gegangen wurde.

15.00 Uhr. Nach der Mittagspause gibt der Staatsanwalt seinen Kommentar zu den Beweisanträgen der Verteidigung.

wähnt wurde, daß der 1300-Megawatt-Reaktor, den die Richter für unsicher befunden hatten, bereits zehnmal in der BRD läuft und an zwölf weiteren Orten im Bau ist. Daraufhin wollte der Reporter folgenden Satz anschließen: „Man darf vielleicht erwarten, daß nun Bürgerinitiativen mittels einstweil...". krrx, spotz, aus. Jedenfalls im Radio. Der Satz sollte so weitergehen: „... mittels einstweiliger Verfügung den Bau und Betrieb dieses Reaktortyps auch an anderen Orten verhindern werden."

Die Funkpause nach dem abgebrochenen Bericht wurde mit Musik aufgefüllt. Später meldete sich der Moderator wieder: „Unsere Leitung ist leider unterbrochen worden, aber ich möchte den letzten Satz unseres Reporters wiederholen, und wir haben eben auch die entsprechende Meldung hereinbekommen, daß die Badenwürttembergische Landesregierung gegen dieses Urteil Einspruch einlegen wird." So ein Zufall, daß gerade bei einer Quasi-Aufforderung zum Widerstand die Technik versagt.

EIN LIEDERHEFT FÜR KKW-GEGNER

hält die BUU/Itzehoe für wichtig, weil „Lieder für den Kampf von großer Bedeutung sind, da sie ein emotionales und politisches Ausdrucksmittel der Bewegung sind". Es soll ein Liederheft und kein Buch werden. Etwa in der Form eines Schnellhefters, in den immer wieder neue Lieder kommen. Lieder, Texte, Sketche, Vorschläge, Hinweise auf ähnliche Projekte etc, bitte an: BUU/Itzehoe, Marianne Senge, Sürgen 7, 2211 Oelixdorf, Telefon 04821/61621.

INTERNATIONALER PFINGSTMARSCH GEGEN KKWs

Vertreter der Westküstenkonferenz trafen sich am 20.3. mit Leuten von der dänischen OOA (organisatuonen til oplysning om atomkraft), um einen internationalen Pfingst-

CHER stellen weltweit in den Industriestaaten eine zunehmende Gefahr dar. Zum Schutze unserer, von der Technik abhängigen Gesellschaft, sind neue, stärkere Sicherungsmaßnahmen erforderlich.



PROTEST GEGEN PARAGRAPH 88 a

KREUZTAL 3. April — *Die Bürgerinitiative Umweltschutz Siegerland hat in einem Offenen Brief an den Bundesinnenminister ihren Protest gegen den § 88 a in Aktion (siehe ID 171) ausgedrückt:*

„Mit Erschrecken haben wir von dem neuesten Versuch vernommen, mit Hilfe des im Januar 1976 im Bundestag verabschiedeten sogenannten „Maulkorbparagraphen" 88 a politische Unterdrückung gegen fortschrittliche Buchläden auszuüben.

Nachdem die ersten Bücher mit Hilfe des § 88 a verboten, beschlagnahmt, Autoren und Herausgeber strafrechtlich verfolgt und Buchhandlungen durchsucht wurden, gaben etwa 60 Buchläden gemeinsam eine Dokumentation „88 a in Aktion oder: Wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen" heraus. Neben vielen anderen Aktionen und Neu-

untersagt. Von den Anwälten Lothars kommt die folgende Presseerklärung, die sich an die Anstaltsleitung des Knastes Werl richtet:

„Anfang Februar haben wir an Sie eine Presseerklärung gesandt, in der wir unsere große Sorge über den Gesundheitszustand von Lothar Gend ausdrücken.

Am 8. Februar 1977 stellten wir einen Antrag bei der Strafvollstreckungskammer auf Untersuchung durch einen Arzt, der nicht von der Justizverwaltung abhängig ist. Im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung Werl fand eine Untersuchung in einer Dortmunder Klinik statt. Der untersuchende Arzt faßte das Ergebnis so zusammen:

'Wir fanden auf internem Fachgebiet:

1. *Gelenkrheuma – positives Geschehen*
2. *Verdacht auf ulcus bulbus duodeni*
3. *Colitis ulcerosa (Stadium I).'*

Es ist also neben dem Gelenkrheuma eine geschwürige Dickdarmentzündung festgestellt worden. Weiter besteht der starke Verdacht auf Zwölffingerdarmgeschwür.

Der wirkliche gesundheitliche Zustand des Gefangenen Gend läßt sich nur feststellen, wenn eine Darmspiegelung und ein EKG vorgenommen wird. Dies ist dringend erforderlich, denn nach diesem Befund ist eine GEFAHR FÜR DAS LEBEN des Gefangenen Gend nicht auszuschließen. Dies insbesondere deshalb, da sich im Stuhl des Gefangenen Blut befand.

Alle Untersuchungsergebnisse widersprechen der bisherigen Auffassung der Anstalt Werl. Die dortigen Anstaltsärzte haben den Gefangenen als Simulanten bezeichnet und dementsprechend nicht behandelt. Die Feststellung des Arztes

Der erste Zeuge, seines Zeichens Knastaufseher, beschrieb die Situation, die angeblich eine Meuterei sein soll. Die Beate sollte in eine andere Abteilung verlegt werden, von ihren Freundinnen getrennt werden, weil sie sich verbal gegen irgendetwas gewehrt hatte. Das wollte sie sich nicht so einfach gefallen lassen, sie weigerte sich mitzugehen, da sie zunächst mit der Anstaltsleitung sprechen wollte, die diese Anordnung verfügt hatte. Die anderen Frauen solidarisierten sich, hakten sich ein, es kam zu einer Auseinandersetzung mit den Wachteln, die der Zeuge als ‚Ziehen und Zerren' beschrieb. Wie die Beate zu ihren zahlreichen Verletzungen gekommen sei, konnte er sich nicht erklären.

Die nächste Zeugin, auch Schließerin, produzierte sich leise und lieb, fast wehleidig erzählte sie, daß die Gefangenen auf die Wächter eingeschlagen hätten, wie sie ein Messer geworfen hätten und daß daraufhin ‚natürlich' auch zurückgeschlagen worden sei. Da die drei beteiligten Schließbullen bisher alle konform ausgesagt hatten, daß keine Gewalt angewendet worden sei, hielten die Verteidigerinnen der Zeugin vor, daß sie jetzt wohl lüge, daß sie wegen Meineids angeklagt werden könne. Als sie den Satz „ die Gefangenen haben geschlagen" protokollieren lassen wollten, wurde dem Richter die Situation zu gefährlich. Er erklärte lang und breit den Unterschied zwischen Ziehen und Schlagen, bis die Zeugin meinte „...ja in so einem Moment ist man ja so durcheinander" und angab nichts mehr über die konkrete Situation zu wissen. „...aber ein Messer ist geflogen." Zu allen weiteren Fragen, wo sie zu konkreten Vorwürfen über ihre grausame Behandlung gegenüber den Gefangenen Stellung nehmen sollte, verweigerte sie die Aussage, da sie sich selbst belasten könnte. Kommentar überflüssig.

Barbara, eine Mitgefangene, beschrieb als nächste Zeugin, wie sie die Beate nach der Auseinandersetzung erlebt hatte.

gegeben (stimmt!).

Er konstatiert schuldhaftes Verhalten bei den Angeklagten, denn sie hätten sich ja auch auf dem Behördenweg beschweren können. Außerdem hätten sie kein Recht sich zu wehren, denn die Anstaltsleitung bestimmt, was im Knast passiert und unter anderem auch den Aufenthaltsort der Gefangenen. Die Angeklagten hätten gewaltsam und unter Zusammenrottung die Vollstreckung der Anordnung behindert: Also Meuterei. Daß der eine Bulle wegen einer Herzattacke umgefallen ist, will er den Angeklagten fast noch als Mordversuch anhängen und fordert eine Strafe im unteren Drittel des Strafmaßes (3 Monate bis 5 Jahre), will kurz gesagt 5 Monate. Eine Bewährung lehnt er ab, weil die Angeklagten vorbestraft sind und nicht reumütig. Das Rederecht hätten die beiden mißbraucht, um die Beamten zu beleidigen.

Rechtsanwältin Tilgner geht in ihrem Plädoyer auf die systematische Behinderung der Verteidigung ein. Sie stellt nochmals die völlig ausgelieferte, rechtlose Situation der Gefangenen im Knast dar. Sie sind so rechtlos, daß schon der Versuch sich gegen ungerechtfertigte schikanöse Maßnahmen zu wehren, strafbar ist. Die Gewaltanwendung der Beamten war dagegen nicht zu rechtfertigen. Sie plädiert deshalb für Freispruch und stellt für den Fall, daß dies nicht eintritt, weitere Hilfsanträge. Rechtsanwältin Driest schließt sich an.

Beate betont in ihrem Schlußwort nochmals, daß sie nicht nur von den anderen Frauen festgehalten worden sei, sondern daß sie sich aus Angst an ihnen festgeklammert habe. Außerdem sei der Prozeß eine Farce, weil wieder einmal im Namen des Volkes die wahren Henker und Folterknechte straffrei ausgehen würden und somit ungestraft weiterhin ihre Schweinereien praktizieren könnten.

Bettina: „Dieser Prozeß ist nichts anderes, als wieder ein offene Darlegung dessen, wessen Recht das existierende ist, wem es dient, einer bestimmten Schicht nämlich. Die Berufs-

3. daß u.a. aufgrund dieser Verflechtungen der Entscheidungsspielraum der Bundesregierung während der Amtsperiode des Zeugen als Bundeskanzler dort völlig eingeschränkt war, wo entscheidende Interessen der Politik der Regierung der USA berührt wurden;
4. daß die BRD im Verhältnis zu den USA nur über beschränkte Souveränität verfügt;
5. daß die BRD unter seiner Amtsführung die Kriegsführung der USA und ihres Marionettenregimes in Südvietnam sowohl durch Finanzhilfe, Waffenlieferungen und ähnliche Hilfsaktionen als auch durch die Duldung der strategischen Nutzung des Territoriums der BRD für die Kriegsführung der USA in Indochina unterstützte und unterstützen mußte.

I. Die beantragte Beweiserhebung wird insbesondere ergeben:

A.

1. daß der Zeuge bereits als junger Sozialdemokrat während seines Exils in Schweden während des zweiten Weltkriegs Kontakte zur amerikanischen Botschaft unterhielt;
2. daß in den Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Besetzung Deutschlands nicht nur Kontakte zwischen den offiziellen Stellen der Militärregierungen und der SPD bestanden, sondern auch geheime ständige Kontakte zwischen der SPD und dem US-Geheimdienst;
3. daß einer der Verbindungsleute zwischen der CIA und den Führungskräften der SPD ein gewisser Fred Valtin war;
4. daß die CIA in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren neben diesen Kontakten spezielle Kontakte zu dem Zeugen unterhielt, in deren Verlauf sie ihn finanziell „förderte";
5. daß diese nachrichtendienstliche Operation das Ziel hatte, einer bestimmten politischen Linie innerhalb der Sozialdemokratie zum Durchbruch zu verhelfen und sie gleichzeitig an die machtpolitischen Interessen der USA zu binden;
6. daß die „Förderung" des Zeugen durch die CIA das Ziel hatte, innerhalb der Sozialdemokratie ein Gegengewicht zum damaligen Vorsitzenden der SPD und Oppositionsführer in Bonn, Kurt Schumacher, zu schaffen. der in US-Regierungskreisen als anti-amerikanischer Politiker gegolten hatte.

gen und Einsichten" — ausführt:

„Vietnam war für mich ein Bereich, über den ich einfach nicht genug wußte; vielleicht wollte ich auch nicht genug wissen, weil mich dies in einen Konflikt mit der amerikanischen Politik gebracht hätte, auf die ich als Berliner Bürgermeister, aber auch in der Zeit danach in starkem Maße angewiesen war ...
Wir konnten uns nur behaupten in vertrauensvollem Zusammenwirken mit der amerikanischen Schutzmacht. Soviel war mir klar. Mein Dilemma bestand darin, daß es sozusagen ‚nicht zu verantworten' zu sein schien, in unserer Lage eine offen kritische Haltung gegenüber unserer wichtigsten Garantiemacht in mir aufkommen zu lassen. Solche Vorgänge eines gleichsam inneren Denkverbots sind wahrscheinlich häufiger als man gemeinhin annimmt."

II.

Die beantragte Beweiserhebung ist für das vorliegende Verfahren im Hinblick auf die rechtliche Würdigung — Frage der Rechtswidrigkeit — der von der Roten Armee Fraktion während des Vietnam-Krieges durchgeführten Aktionen in der BRD von entscheidungserheblicher Bedeutung. Dies ergibt sich aus folgendem:

Die Verteidigung hat am 4. Mai 1976 durch umfangreiche Beweisanträge den Charakter der Kriegsführung der USA, ihre Methode, ihre Folgen und ihrem Charakter nach den Kategorien des Völkerrechts unter Beweis gestellt, desgleichen die Verstrickung der BRD in diese Kriegsführung. Der Senat mit seinem damaligen Vorsitzenden hat diese Anträge seinerzeit mit einer für die Verteidigung ebenso unfaßlichen Argumentation zurückgewiesen wie am 22. Juni 1976 die von der Verteidigung zu diesem Komplex geladenen Zeugen. Die genannten Beweisanträge (auszugsweise nachzulesen in ID 124) gelten nun als abermals gestellt. Einer erneuten Verlesung bedarf es nicht. Sie sind in das Verfahren eingeführt und Bestandteil der Akten.
Unabhängig davon kann jedoch der völkerrechtswidrige, verbrecherische Charakter der Kriegführung der USA in Indochina als gerichtsbekannt gelten.

Bereits 1967 ist einer breiten Weltöffentlichkeit und damit auch den Mitgliedern dieses Gerichts unter anderem durch Veröffentlichung eines Berichts des Senators Edward Kennedy vom 31. 10. 1967 in der Weltpresse bekannt geworden, daß die monatliche Zahl der verletzten Zivilpersonen in Vietnam zu diesem Zeitpunkt bereits 150.000 betrug.

Vom allgemeinen Gewaltverbot läßt die UN-Charta in Art. 51 nur eine Ausnahme zu: nämlich das Recht zur Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, und zwar ausdrücklich als „das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung."

Am 8. 8. 1945 hat die Regierung der USA das Londoner Abkommen unterzeichnet, in welchem als Völkerrechtsverbrechen kodifiziert worden sind (Art. 6 des Status des internationalen Militärtribunals):

„a. Verbrechen gegen den Frieden:
nämlich Planung, Vorbereitung, Auslösung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges, der internationale Verträge verletzt; ferner Zustimmung oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer Verschwörung, die irgendeine der oben genannten Handlungen ermöglichen soll.

b. Kriegsverbrechen:
nämlich Verletzung des Kriegsrechts oder Kriegsbrauchs. Solche Verletzungen schließen ein: Mord, Mißhandlung oder Verschleppung der Zivilbevölkerung besetzter Gebiete in Arbeitslager oder zu irgendeinem anderen Zweck; Mord oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Schiffbrüchigen, Plünderung öffentlichen Eigentums, willkürliche Zerstörung von Stadtzentren, Städten oder Dörfern oder nicht durch militärische Erfordernisse gerechtfertigte Verwüstungen, . . .

c. Verbrechen gegen die Menschlichkeit:
nämlich Mord, Völkermord, Versklavung, Verschleppung und andere unmenschliche Handlungen, die an der Zivilbevölkerung vor dem Krieg oder während des Krieges begangen wurden; . . ."

Der Kern dieser Charta besteht in dem Gedanken, daß jedermann internationalen Verpflichtungen unterworfen ist, die über den bürgerlichen Gehorsam, den jeder einzelne Staat fordert, hinausgehen.

Der einzige Antrag, den er akzeptiert: Ladung der Anstaltsleitung, allerdings nur um zu bezeugen, daß sie damals nicht mehr in der JVA anwesend war, und sich am folgenden Tag zu den Forderungen der Frauen geäußert hätten. Mit dem lapidaren Hinweis alles andere wären ‚Rechtsfragen' hält er die anderen Anträge für überflüssig. Die Verteidigerinnen begründen daraufhin nochmals ihre Anträge, um klarzumachen, daß die tatsächlichen Vorfälle nur über alle Zeugenaussagen aufgezeigt werden können. Außerdem gehts um die Verhältnismäßigkeit der Mittel, was auf die Gewaltanwendung und Schläge der Bullen zielt, die ja völlig überflüssig waren.

Nach der Beratungspause um 16.00 Uhr lehnt der Richter alle Anträge ab. Durch sein hektisches Genuschel hört man permanent das Wort Prozessverschleppungsabsichten. Er sieht die Funktion der Verteidigung also nur darin, daß sie Zeit herausschlagen wollen; seine schon feststehende Rechtssprechung könnte also verzögert werden. Gleichzeitig unterstellt er damit die Aussagen der Bullen als wahr. Alles andere sind für ihn Rechtsfragen, stehen also nicht zur Debatte, Schluß aus!

Die Verteidigerinnen forderten die Aussetzung des Verfahrens, da sie beraten müßten, wie sie den Prozeß weiterführen wollen. Wie erwartet, lehnt der Richter den Antrag auf Aussetzung ab, er geht einfach darüber hinweg, daß die Verteidigerinnen keine Zeit hatten sich auf das Plädoyer, geschweige denn die Angeklagten auf das Schlußwort vorzubereiten.

Es folgt das Plädoyer des SA. Dieser den ganzen Prozeß über gelangweilt aus dem Fenster blickende Typ mit dem dümmlichen Gesicht wird jetzt langsam etwas aktiver. Er meint, es gäbe keine Beweise für die Gewaltanwendung durch die Bullen (er glaubt wohl, daß sich Beate die Verletzungen selbst zugefügt hat, außerdem wurde die Beweisführung gerade von ihm und dem Richter verhindert). Seiner Meinung nach hätte es ja auch gar keinen Grund für die Gewaltanwendung

schläger, Bullen und wirklichen Täter hocken da hinten und lachen und praktizieren weiter alles das, wie wir es hier geschildert haben. Wir werden für nichts verurteilt, und wir verteidigen lediglich uns als Menschen mit Würde. Mit solchem Recht und Gesetz habe ich nichts zu tun, das ganze Verfahren und das Gericht sind einfach absurd."

Das Urteil nach 1/2stündiger Beratung (wir müssen alle aufstehen, um von diesem Schweinerichter ein ihm wahrhaft angemessenes Urteil zu erfahren) lautet auf 5 Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung!!!! Die Begründung ist im wesentlichen dieselbe, wie die des SA. Außerdem hätten die Angeklagten eine solche Rechtsfeindschaft an den Tag gelegt, daß eine Aussetzung der Strafe auf Bewährung nicht möglich sei. Die Kosten gehen zu Lasten der Angeklagten, Das war das traurige Ende.

Wer dabei war, hat die faschistische Praxis deutscher Rechtssprechung klar und offen gezeigt bekommen. Wir können solch ein Urteil nicht hinnehmen.
(geschrieben von Prozeßbeobachtern)

BEWEISANTRÄGE IM STAMMHEIMER PROZESS

STAMMHEIM
7. März

„In der Strafsache gegen Andreas Baader wird beantragt, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschland und ehemaligen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willi Brandt als Zeugen zu laden und zu vernehmen zum Beweis dafür,

1. daß er persönliche Verbindungen zum Geheimdienst der Vereinigten Staaten von Amerika, CIA, unterhielt;
2. daß ihm im Rahmen dieser Verbindungen seitens der CIA finanzielle Zuwendungen gemacht wurden;

7. daß dieser mit nachrichtendienstlichen Mitteln durchgeführte Politik der USA die strategische Konzeption zugrundelag, die deutsche Sozialdemokratie auf einen streng antikommunistischen Kurs festzulegen – sowohl innerstaatlich als auch international im kalten Krieg bezüglich der Staaten des Warschauer Pakts als auch im Hinblick auf die Politik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien insbesondere Westeuropas und seiner Peripherien, die in der sozialistischen Internationale zusammengefaßt sind –;
8. daß u.a. das für geheime Ostkontakte 1947 eingerichtete und inzwischen aufgelöste Ostbüro der SPD enge nachrichtendienstliche Kontakte mit der CIA unterhielt und gehalten war, Erkenntnisse über wichtige Vorgänge in der SPD und der DDR an die CIA und andere US-Dienststellen weiterzugeben.

B.

Die beantragte Beweisaufnahme wird des weiteren ergeben,

1. daß die Bundesregierung der BRD während des Indochinakrieges dem Aggressor USA und seinen Marionettenregierungen in Indochina zumindest gezielte wirtschaftliche und waffentechnische Hilfe leistete, die für die Dauer des Krieges mit verantwortlich war;
2. daß die Regierung der BRD in der Amtsperiode des Zeugen um die militärische und nachrichtendienstlichen Operationen der USA auf dem Terrotorium der BRD wußten, die Bestandteil der Kriegsführung der USA in Indochina waren;
3. daß die Bundesregierung und insbesondere der Zeuge in seiner Eigenschaft als Regierungschef gerade wegen seiner zuvor dargelegten persönlichen Verbindungen zum US-Geheimdienst CIA nicht versucht haben, gegen diese offenen und verdeckten kriegerischen Operationen auf dem Territorium der BRD zu intervenieren;
4. daß in einem Fall einer vorsichtigen Intervention der Bundesregierung gegen die Nutzung von US-Basen auf dem Territorium der BRD während des Jom-Kippur-Krieges im Nahen Osten für Nachschublieferungen an die kriegsführende Partei Israel die Regierung der USA der Regierung der BRD zu verstehen gab, sie verfüge nur über beschränkte Souveranität;
5. daß der Zeuge als ehemaliger Regierungschef der BRD seine Verantwortung um die Rolle der BRD während des Indochinakrieges kannte, sein Nichteingreifen gegen die Einbeziehung durch die USA gleichwohl damit zu rechtfertigen sucht, daß er – so in seinem Buch „Begegnungen und Einsichten" – ausführt:

Im gleichen Jahr lagen bereits weltweit Dokumentationen vor, welche die Kriegsführung der USA in Vietnam nach ihren Intentionen, ihren Mitteln und ihren Wirkungen als Völkermord erkennen ließen, so zum Beispiel, um die bekanntesten zu nennen, die beiden Bände über die Vietnam-Tribunale in Schweden und Dänemark, lagen auch spezielle völkerrechtliche Untersuchungen vor, mit eben dieser Würdigung, so zum Beispiel des amerikanischen Völkerrechtlers Quincy Wright, seines deutschen Kollegen Walter Rudolf.

Als gerichtsbekannt muß auch gelten, daß noch danach, am 31. 3. 1968 US-Präsident Johnson die Ausweitung und Intensivierung der Bombenangriffe befahl, die ihrem Ausmaß und ihren Absichten nach als genozide (völkermörderische) Aktionen zu bezeichnen sind.

Gerade diese Bombenangriffe aber wurden durch den in der Hauptverhandlung schon verschiedentlich erwähnten Computer der US-Armee in Heidelberg aus sicherem Hinterland koordiniert, die Zielphotos bereits erfolgter oder geplanter Flächenbombardements unter anderem von Nachrichtendiensten im Hauptquartier des 5. US-Corps im IG-Farben-Haus in Frankfurt (Main) ausgewertet.

Dies hat der Zeuge als Regierungschef der BRD gewußt und gleichwohl aus den im Beweisthema genannten Gründen nichts dagegen unternommen.

Dies ist ein Verstoß gegen Grundsätze des geltenden Völkerrechts:

Die Satzung der Vereinten Nationen, die die Regierungen – auch die der USA – am 26. 6. 1945 in San Franzisko unterzeichnet haben, die der US-Senat am 28. 7. 1945 mit 89 zu 2 Stimmen ratifiziert hat, enthält als Grundsatz allgemein anerkannten Völkerrechts das Gewaltverbot. Art. 2 Nr. 4:

> "Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt."

Art. 33 der UN-Satzung postuliert eigens die Verpflichtung zur friedlichen Streiterledigung.

Allgemeines Völkerrecht also, nämlich der Grundsatz des allgemeinen Gewaltverbots, speziell ferner die Genozide-Konvention hätten die Bundesregierung verpflichtet, jeglichen Tatbeitrag des Aggressors vom Terrritorium der BRD aus zu verhindern.

Hat demnach die BRD als in der kriegerischen Auseinandersetzung neutraler Staat unter der Kanzlerschaft des Zeugen eine Benutzung ihres Gebiets für militärische Aktionen geduldet, so hat sie selbst das Recht verletzt; dagegen steht das völkerrechtliche Selbstverteidigungsrecht. Vermochte sie die Benutzung ihres Gebiets nicht zu hindern, so wird dieses dadurch zur Außenposition des Angreifers.
Dieser Tatbestand setzt folgende aus dem Völkerrecht abzuleitenden Rechte frei, die hier entscheidungserheblich sind:

Die eben zitierte Kodifikationen allgemein anerkannten Völkerrechts gehen übereinstimmend von den Menschenrechten aus (nicht also von den Souveränitätsrechten) und bezwecken Individualschutz, auch dort, wo dieser wie in der Genozid-Konvention an Gruppenzugehörigkeit knüpft; andererseits von der individualen Verantwortlichkeit und Haftung für Völkerrechtsdelikte. Die zu keiner Zeit unwidersprochene, seit Ende des zweiten Weltkrieges weniger denn je herrschende Meinung, Individuen fehle die völkerrechtliche Subjektfähigkeit, erweist sich daran als unhaltbar.

Die gegenteilige Auffassung, welche Individuen als Völkerrechtssubjekte begreift, wird als allgemein anerkanntes Völkerrecht belegt durch die ständig zunehmende Zahl völkerrechtlicher Konventionen, die unmittelbar, d. h. ohne innerstaatliche Transformationsgesetze, Menschenrechte für jedermann als individuale Rechtsposition anerkennen und diese zudem mit sozusagen justizieller Effektivität ausstatten, zum Beispiel die europäische Menschenrechtskonvention, die europäische Sozialcharta, das internationale Übereinkommen zur Beseitung jeder Form von Rassendiskriminierung, der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Daraus ist zu folgern:
Dem Selbsthilferecht des Staates nach Art. 51 der UN-Charta entspricht das Notwehrrecht des Individuums gegen völkerrechtswidrige Verletzung seiner Rechte. Das Recht zur „kollektiven Selbstverteidigung", das als „naturgegeben" die UN-Charta in Art. 51 anerkennt, das Recht also dritter Staaten, dem angegriffenen Staat gegen den Aggressor angriffsweise zu Hilfe zu kommen, hat seine Parallele im Nothilferecht des Individuums.

Daraus ergibt sich des weiteren:
Erweisen sich gegen die Fortsetzung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit innerstaatliche Rechtssysteme wie demokratische Willenskundgebung andauernd als hilflos, so bedürfte es des Rückgriffs auf das „legalisierte Widerstandsrecht" des Grundgesetzes nicht, um innerstaatliche Friedenspflicht zu suspendieren. Widerstandsrecht als ultima ratio ist vorstaatliches Menschenrecht.

Hat also — wie unter Beweis gestellt — während des Indochinakrieges

1. die Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtswidrige Aggression der USA durch Hilfsmaßnahmen und durch Duldung der strategischen Nutzung ihres Territoriums für die Kriegsführung unterstützt und

2. mit dem Zeugen ein Kanzler an der Spitze der Regierung gestanden, der in nachrichtendienstliche Operationen des Aggressors verstrickt war, indem er zu einem früheren Zeitpunkt Zuwendungen durch den Geheimdienst des Aggressors erhalten hatte,

so ergibt sich,

daß die Regierung der BRD unter der Kanzlerschaft des Zeugen während des Indochinakriegs aufgrund der historisch durchgängigen Verwobenheit mit dem Aggressor zu keinem Zeitpunkt in der Lage oder Willens war, gegen die Benutzung ihres Territoriums für permanente logistische Aktivitäten/Operationen durch den Aggressor einzuschreiten;

daß alle Versuche von Bürgern der BRD, die den völkerrechtswidrigen, verbrecherischen Charakter der US-Intervention in Indochina erkannt hatten, die politischen Instanzen der BRD bis hin zur Bundesregierung unter Einflußnahme auf den sogenannten politischen Willensbildungsprozeß dazu zu bewegen, gegen den auf dem Territorium der BRD tätigen Aggressor einzuschreiten, von vornherein zum Scheitern verurteilt waren;

daß daher Gewalt gegen den auch vom Territorium der BRD aus operierenden Aggressors als ultima ratio nach den Normen des Völkerrechts zulässig war.

Der Senat wird hier auch zu prüfen haben, inwieweit innerstaatliches Recht durch die Bundesregierung verletzt wurde und ob dadurch die Voraussetzungen des grundgesetzlich garantierten Widerstandsrechts erfüllt sind.

Das geschilderte Verhalten der Bundesregierung unter der Amtsführung des Zeugen stellt jedenfalls eine Verletzung von Art. 26 Abs. 1 Satz 1 des GG dar. Dieser kennzeichnet jede Art von Politik als verfassungswidrig, die sich negativ auf das friedliche Zusammenleben der Völker auswirkt. Tatbestandlich im Sinne dieser Verfassungsnorm wäre insbesondere die Unterstützung eines Aggressors, gleich, ob materiell oder moralische Unterstützung.

Für die Beurteilung der rechtlichen Relevanz der unter Beweis gestellten Themen und ihrer rechtlichen Würdigung kommt es nicht entscheidend darauf an, ob die Mitglieder der RAF zum damaligen Zeitpunkt, dem Zeitpunkt ihrer Angriffe auf das Hauptquartier des 5. US-Corps in Frankfurt und auf das Computer-Zentrum in Heidelberg und andere Aktionen letztendlich um die Verstrickung des Regierungschefs der BRD in Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA gewußt haben oder nicht. Die RAF hat ausweislich ihrer Erklärungen und Schriften, die als Beweismittel in die Hauptverhandlung eingeführt worden sind, in ihrer Analyse der BRD immer die Auffassung vertreten, die BRD sei das wichtigste Subzentrum des US-Imperialismus. Die hier unter Beweis gestellte persönliche und politische Abhängigkeit des Regierungschefs dieses Landes von der US-Administration kann nur die Richtigkeit dieser These bekräftigen. Die Mitglieder der RAF handelten somit in Kenntnis und im Bewußtsein der Tatsachen, die die Voraussetzungen für die Anwendung des Rechtfertigungsgrundes bilden.

Am 11. 12. 1946 hat auf Antrag der USA die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Charta und die Urteile des Nürnberger Gerichtshofs und die von ihm aufgestellten Völkerrechtsnormen durch einstimmigen Beschluß bestätigt.

Seit dem 12. 1. 1951 gilt die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Die UN-Vollversammlung hat sie am 9. 12. 1948 einstimmig und ohne Stimmenthaltung angenommen. Sie ist für die BRD am 22. 2. 1955 in Kraft getreten.

Verbrechen im Sinne dieser Konvention ist auch die „Teilnahme am Völkermord" (Art. III e). Nach allgemeinen strafrechtlichen Regeln ist die Teilnahme durch Unterlassen rechtspflichtgemäßen Handelns möglich.

In unserem innerstaatlichen Recht findet sich das völkerrechtliche Verbot als § 220 a StGB (vgl. auch § 111 StGB).

Wie der Charta des internationalen Militärtribunals liegt dieser Konvention die Rechtsauffassung zugrunde, daß jedermann internationalen Verpflichtungen unterworfen ist, die im Konfliktfall innerstaatlicher Gehorsamspflicht vorgehen.

Das 4. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen vom 12. 8. 1949 ist für die BRD am 3. 3. 1955 in Kraft getreten.

NEUER BUCHVERSAND IN DER PROVINZ

OLDENBURG
April 77

In Oldenburg ist der Willi Münzenberg Buchversand GmbH gegründet worden (Willi Münzenberg lebte von 1889 bis 1940, gründete die erste Jugendinternationale, leitete Verlage der Arbeiterbewegung, ist Autor des Buches „Propaganda als Waffe", trat während der Moskauer Prozesse aus der KP aus). Der Versand ist nicht verlagsgebunden und steht im Arbeitszusammenhang mit der Provinzbuchladengruppe im Verband Linker Buchhändler. Die erste Buchliste liegt bereits vor. Sie enthält Angebote zu den Themen Belletristik, Klassenkampf, Emanzipation, Kunst, Geschichte der Arbeiterbewegung, Antiquariat und Kernenergie. Nächstens sollen die Themenlisten „Repression in der DDR" (Biermann und die Folgen) und „Anti-KKW-Bewegung und Umweltschutz" erscheinen. Zum 2.Juni 77 ist dann noch was zum Komplex Studentenbewegung geplant. Buchlisten können gegen Rückporto angefordert werden bei: Willi Münzenberg Buchversand GmbH, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg.

FILME FILME FILME FILME FILME FILME FILME

WESTBERLIN
1. April

Das Medienzentrum Kreuzberg hat ein Verzeichnis von über 300 Filmen „zur Unterstützung von Auseinandersetzungen in Betrieb, Schule und Sozialisationsbereich" herausgegeben. Die Themenbereiche sind:

- Betrieb und Gewerkschaft
- Erziehung, Schule
- Miete, Wohnen, Freizeit
- Geschichte der Arbeiterbewegung
- Internationale Klassenkämpfe (mit Extra-Abteilung: Filme in Originalfassungen)
- Zur besonderen Lage der Frauen
- Geschichte, Kapitalismus, allgemeine Filme
- und (in der Neuauflage 1977 zum ersten Mal) Filme für kleine Menschen.

Da ist also alles drin, vom „Kampf um 11 Prozent" und „Erwitte – Wir halten den Betrieb besetzt" über „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" und „Kinder von Wounded Knee" bis „Jetzt gehn wir Türken verhau'n" und „Zazie in der Metro". Die Leute vom Medienzentrum haben alle Filme selbst angesehen und bringen die notwendigen technischen Daten, Verleih-Bedingungen und -Adressen, sowie eine kurze Inhaltsangabe. Die Filme sind aus 20 Verleihstellen, darunter „atlas" (Duisburg), Freunde der deutschen Kinemathek, Mai-Film Frankfurt und den Landesbildstellen. Nur verfügbare Lichtton- und Magnettonkopien im Format 16 und 35 mm sind aufgenommen.

Das Verzeichnis mit dem Titel „Filme der Arbeiterbewegung" gibt es beim Medienzentrum Kreuzberg, Mariannenplatz 2, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/614 90 21, für 7,80 DM.

„Wehren müssen wir uns täglich" heißt ein Film, der an den Druckerstreik 1976 anknüpft: ein junger Schriftsetzer, der im Streik aktiv was gemacht hat, wird entlassen und landet in einem Kleinbetrieb.

Der Film (60 Min. 16 mm) und weitere Informationen sind zu beziehen bei: Dokumentarfilmgruppe, Grunewaldstr. 76 1000 Berlin 62, Tel.: 030/78 23 809.

IRISCHER FRÜHLING –
TERMINE DER RUNDREISE


Die Terminliste für die geplante Rundreise mit Vertretern irischer Organisationen Sinn Fein/IRA, IRSP und einer Frau aus Belfast (s. ID 171) ist da. Zusätzliche Termine sind noch frei. Kontaktadresse, über die alles Nähere über die Organisation erfahren werden kann, ist das **Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee, Postfach 35, 6370 Oberursel, Tel.: 06171/73212.**

LISTE:

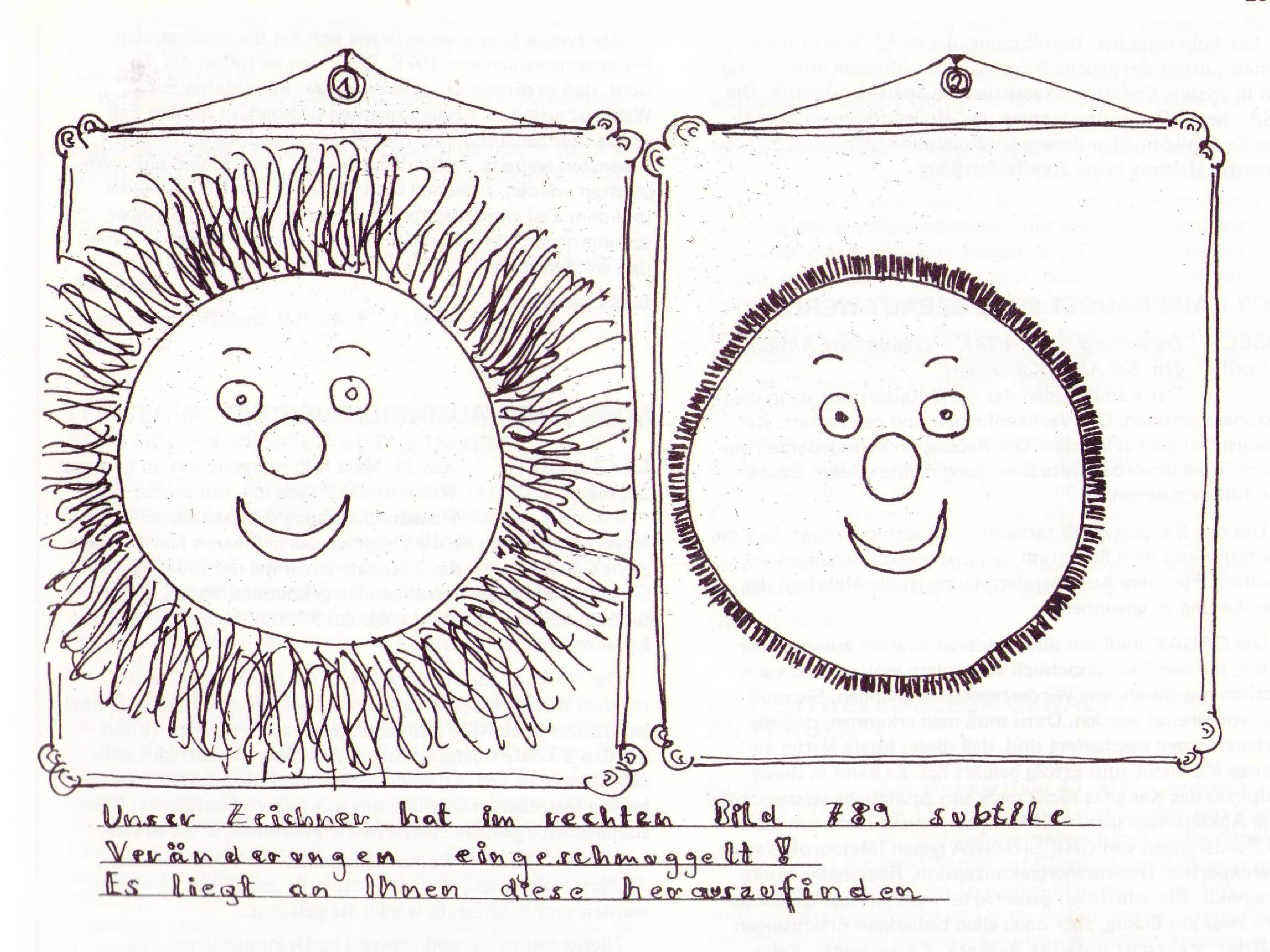
Mo 25.4.	Amsterdam	(Kontakt: Ierlandkomitee-Postbus 11618, Amsterdam)
Di 26.4.	Nijmegen	(A. Rijkenberg-Neer (L.) – Fortweg 1)
Mi 27.4.	Groningen	(Kontakt: Ierland-Komitee Amsterdamm)
Do 28.4.	Aachen	(U. Heinisch Bismarckstr. 23-51, Aachen oder AStA Uni Aachen, Turmstr. 3, Tel.: 22824)
Fr. 29.4.	Köln	(Ges. f. Völkerfreunsch., 5 Köln 21, PF 211061, Tel.: 0221/760 16 21)
Sa. 30.4.	Mühlheim	(Vereinigte Linke, 4330 Mühlheim, PF 140 121)
So. 1.5.	Bochum	+
Mo.2.5.	Bochum	(Pol. Buchhandlung, Im Westenfeld 22, 4630 Bochum)
Di. 3.5.	Hamburg	(Antifasch. Gruppe, 2 HH, c/o. Schwarzmarkt, Bundesstr. 9)
Mi. 4.5.	Celle/ Hannover	(Lutz Hüttel, Mauernstr. 24, 31 Celle)
Do. 5.5.	Braunschweig	(M. Ambroch, Gliesmaroderstr. 127, 33 Braunschweig)
Fr. 6.5.	Salzgitter	(Prometheus, Lindenstr. 8a, 3321 Salzgitter-Bleckenstedt, Tel.: 05341/63027)
Sa. 7.5.	Göttingen	(R. Scholten, Johannisstr. 28 - 34, Göttingen)
So.8.5.	Wiesbaden	(J. Schneider, Adelheidstr. 56, Wiesbaden)
Mo. 9.5.	Frankfurt	(WISK, 637 Oberursel 5, PF 35)
Di. 10.5.	Mannheim	(D. Opitz, U 3,19, 68 Mannheim)
Mi. 11.5.	Heidelberg	(H. Feiling, Schneidmühlstr. 9, 69 Heidelberg)
Do. 12.5.	Saarbrücken	(SAK Lüko Wilsm, 66 Saarbrücken, Universität, postlagernd)
Fr. 13.5.	Tübingen	(H.G. Bürker, Vogtshaldenstr. 51, 74 Tübingen)
Sa. 14.5.	Meerstädten	(B. Plagemann, PF 1165, 7420 Münsingen)
So. 15.5.	Zürich	(Urs Jordi, Münstergasse 53, CH - 3014 Bern)

Mo. 16.5.	Bern	(siehe oben)
Di. 17.5.	München	(D. Neumann, Clemenzstr. 76, 8 München 40)
Mi. 18.5.	Salzburg	(F. Stelzer, Burggasse 102/6, A 1070 Wien, Tel.: 0222/ 930 8914)
Do. 19.5.	Wien	(siehe oben)

So, das wärs.
Falls Ihr noch Gruppen wißt, die noch Termine wünschen, so sollen die sich sofort mit uns in Verbindung setzen.



So sieht die Titelseite der neuen Ausgabe vom PFLASTERSTRAND der Zeitung für KRANKFURT von vorne aus.



Und so schauts auf der Titelseite des INFO-BUG (Berliner Undogmatischer Gruppen) aus

* * * * * * *

INTERNATIONALES

APARTHEID–SIEDLER NACH BOLIVIEN VERPFLANZT

LA PAZ
5. April 77/ Einhundertfünfzigtausend weiße Siedler aus Rhodesien, Namibia und Südafrika, in ihrer Mehrzahl deutscher und holländischer Abstammung, werden ab Mitte dieses Jahres nach Bolivien einwandern.

Diese Nachricht wurde erstmals in Bolivien bekannt durch eine Veröffentlichung der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR Bolivien) vom 12. Februar 77. Vier Tage darauf war sie in der katholischen Tageszeitung ‚Presencia' veröffentlicht, am 18. Februar auch im ‚Le Monde', Paris. Das Projekt wird von der bolivianischen Regierung unterstützt, ebenso wie von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die zur Finanzierung einen Kredit in Höhe von 150 Mio. Dollar bereitstellen will.

Schon Mitte 1975 verhandelte die bolivianische Regierung in Genf mit portugiesischen Siedlern aus Angola zwecks Einwanderung, es kam aber offenbar zu keiner Übereinkunft. Die Verschärfung des bewaffneten Kampfes in Rhodesien und Namibia sowie das Anwachsen der Volksbewegungen in Südafrika stellt die europäischen Regierungen wieder einmal vor die Frage nach der Unterbringung der weißen Kolonisten. Da die europäischen Länder sich selbst nicht in der Lage sehen, die schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer Integration dieser Siedler zu tragen, machen sich die BRD und - in geringerem Maße - auch . Holland und Großbritannien auf die Suche nach einer Lösung in Lateinamerika.

Ende 1969 ruft die BRD die Regierungen von Argentinien, Bolivien, Brasilien, Uruguay und Venezuela zu einer geheimen Konferenz nach Costa Rica. Während Brasilien und Venezuela nur hochqualifizierte Techniker aufnehmen wollten, Argentinien und Uruguay wegen innerpolitischer Probleme die Umsiedlung zurückwiesen, bot sich die Militärclique General Banzers für dieses Projekt an.

Die Landesteile, in denen die künftigen Einwanderer sich niederlassen sollen, stehen schon fest: San Borja, Secure und Abapo, Izozog, alles Gegenden mit großen landwirtschaftlichen Möglichkeiten und großen Erdölreserven. Diese Zonen haben außerdem den Vorteil, daß dort schon große Anstrengungen seitens des Landes unternommen wurden auf den Gebieten des Wegebaus, der Bewässerung und allgemeiner Dienstleistungen. Diese Verbesserungen der Infrastruktur waren ursprünglich dazu vorgesehen, die Umsiedlung tausender bolivianischer Bauern zu ermöglichen, die aus den dichtbesiedelten Tälern und aus dem Hochland kommend, hier bessere Lebensmöglichkeiten erhalten sollten.

Der bolivianischen Bevölkerung, die zu 65 % aus Indios besteht, droht das gleiche Schicksal wie Millionen von Schwarzen in Afrika, Opfern der rassistischen Apartheid-Politik. Die USA, die BRD, Großbritannien und Holland können dort einen Kern bilden, über dessen antikommunistische und erzkonservative Haltung keine Zweifel bestehen.

AKW KAISERAUGST SOLL GEBAUT WERDEN

BASEL
5. April

Darstellung der GAGAK – Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst:

Der Kampf gegen das AKW Kaiseraugst ist in die Endphase getreten. Die Verhandlungen sind gescheitert. Kaiseraugst soll gebaut werden. Der Baubeginn kann jederzeit einsetzen. Eine unvorbereitete Bewegung müßte diesem Baubeginn hilflos zusehen.

Um den Bau des AKW tatsächlich zu verhindern,ist die Konfrontation mit dem Staat und den Energiekonzernen unvermeidlich. Für diese Auseinandersetzung ist die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen.

Die GAGAK muß mit allen anderen Kräften zusammenarbeiten, die den Bau tatsächlich verhindern wollen. Das kann letztlich nur durch eine Wiederbesetzung gelingen. Sie muß jetzt vorbereitet werden. Dazu muß man erkennen, daß die Verhandlungen gescheitert sind, daß dieses legale Mittel ein zweites Mal nicht zum Erfolg geführt hat. Es kann in dieser Endphase des Kampfes nicht mehr um zusätzliche wissenschaftliche Abklärungen gehen. Es kann auch nicht mehr um die alten Forderungen von GAK und NWA gehen (Meteorologischer Oberexpertise, Gesamtenergiekonzeption, Regionaler Volksentscheid). Ein schriftlich garantierter mehrjähriger Baustopp wäre zwar ein Erfolg, aber nach allen bisherigen Erfahrungen muß der Verzicht auf das A-Werk Kaiseraugst gefordert werden.

TREFFEN DER ÖKOLOGIE–GRUPPEN FRANKREICHS ZU DEN WAHLERGEBNISSEN

PARIS
29. März

Am WOchenende (26./27. März) fand in Lons le Saulnier ein nationales Treffen der fanzösischen Ökologie-Gruppen statt, die sich an den französischen Gemeindewahlen beteiligt hatten. (Vgl. ID Nr. 171). Es waren etwa 50 Gruppen aus allen Regionen Frankreichs anwesend, auch aus dem Elsaß, wo die höchsten Stimmerfolge gewesen waren.

Alle waren sich zunächst darüber einig, daß die Teilnahme bei den Wahlen ein großer Erfolg gewesen ist. Ein Erfolg, der es der Ökologie-Bewegung ermöglicht hat, ihre Kämpfe und die Inhalte der Bewegung zu popularisieren und endgültig die Phase von kleineren Aktionen zu überwinden. Aber über zwei Punkte gab es Kontroversen:

Einige Teilnehmer meinten, daß man sich nun, gestärkt durch die Wahlerfolge, feste Organisationsstrukturen geben könne, ein allgemeines Programm schaffen und nach dem Muster der großen Parteien formieren müsse. Sie setzten sich dafür ein, im Hinblick auf die Effizienz der Bewegung, eine „gewisse Macht anzustreben."

Aber die große Mehrheit der Teilnehmer war der Meinung, daß die Ökologiebewegung ihre Geschmeidigkeit und ihre große interne Autonomie behalten solle, in deren Rahmen jeder neue Aktionsformen entwickeln kann. Die Ökologisten werden auch weiterhin nicht den Charakter einer Partei annehmen.

Die zweite Kontroverse bezog sich auf die kommenden Parlamentswahlen von 1978. Die Einen vertraten die Ansicht, daß es günstig sei, wieder ‚grüne' Kandidaten zur Wahl aufzustellen. Andere meinten dagegen, in diesem Fall würde dies bedeuten, daß man für den Staat bürgt, den man ansonsten angreift. Außerdem solle der Unterschied aufrechterhalten werden, zwischen dem Ziel einer Machtübernahme und dem Ziel einer Machteinflußnahme. Am 11.November soll ein neues Treffen stattfinden,auf dem die Frage entschieden werden soll.

(aus Liberation)

NOCH EINE HAUSDURCHSUCHUNG

LA CLAYETTE
28. März

Am 25. März früh morgens traf an unserem Wohnort die Polizei ein, um erneut eine Hausdurchsuchung durchzuführen. Ende November suchten sie die Originale des nuklearen Katstrophenplans ORSEC-RAD, die 2 Monate zuvor bei der Präfektur in Grenoble den Behörden abhanden gekommen waren. Diesmal suchten sie die Dokumente, die am 9.März bei der NERSA in Lyon mitgenommen wurde.

Die NERSA (societe nucleaire europeenne a neutrons rapides) ist die europäische Gesellschaft, die den Bau des schnellen Brüters in Malville durchzuführen hat. Bei dieser Aktion wurden 2 Leute frestgenommen. Allerdings kamen im Laufe des Abends 14 Leute nacheinander zum Polizeirevier , wo die beiden festgehalten wurden, um sich selber ebenfalls des Diebstahls anzuzeigen. Da einerseits die Polizeiräume für so viele Leute etwas zu klein waren, andererseits die Polizeibeamten die Nase voll hatten, so viele Protokolle anfertigen zu müssen, wurden sämtliche Leute wieder freigelassen.

Nichtsdestotrotz sind etwa 60 kg Dokumente aus den Büros der NERSA entfernt worden.
Darunter:
– ein Bericht, Stunde nach Stunde, des Widerstands gegen den Bau des schnellen Brüters „Super-Phénix" und der Name der Person, die die EDF (Electricité de France) und die NERSA darüber verständigte;
– jede Menge wissenschaftliche Erläuterungen über den inneren Sicherheitsplan;
– finanzieller Bericht;
– Angaben über den aktuellen Stand der Bauarbeiten;
– Protokoll des allerletzten Sicherheitskommissionstreffens mit Angaben über den (nicht sehr wirkungsvollen) Werkschutz;
– Buchhaltungsbericht: u.a. der Name sämtlicher am Bau und am Vertrieb beteiligten Firmen (darunter einige deutsche sonst auch bekannte Firmen) und der Preis der Arbeitsbehinderungen des 21. Februar: 149 FF und einige Centimes;
– Außerdem einige hochgeheime Briefwechsel zwischen verschiedenen Direktoren, die halt überlegen, wie der Widerstand am besten zu widerlegen sei(!).

Die Dokumente, die noch nicht alle untersucht worden sind, bestätigen die Tatsache, daß der jetzige Bau der Anlage ohne Baugenehmigung erfolgt. Eine Anzeige wurde gegen die EDF erstattet. Der Prozeß wird am 19. April um 9.30 Uhr am Justizpalast in Lyon stattfinden. Zwar haben wir keine Illusionen bzgl. des Urteils, aber wenn viele Leute anwesend sind. . .

Die Dokumente werden z.Z. in verschiedenen Zeitungen der freien Presse stückweise veröffentlicht (Super-Pholix, Combat Non Violent, Liberation).

Die Hausdurchsuchung dauerte etwa 3 Stunden. Nachher wollten die Polizeibeamten eine Hausdurchsuchung in den Büros der Zeitung in La Clayette durchführen. Obwohl der

Durchsuchungsbefehl dafür nicht ausreichte, wurde weiter gewühlt, allerdings ergebnislos. Sie hätten doch besser unter dem Salat im Garten schauen sollen. . . .

Bei Fr. Odile Lanza, Presseverantwortliche der Koordination gegen Super-Phénix wurde ebenfalls zur selben Zeit eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Diese verlief leider nicht so frustrierend für die Beamten: 1 bis 2 kg Dokumente konnte „zurückerobert" werden.

„Bis zum nächsten Mal!" sagten uns die Beamten beim Abschied!

Combat Non Violent, B.P. 26, F - 71800 La Clayette, Frankreich

ITALIENISCHE FEMINISTINNEN ORGANISEREN SICH GEGEN VERGEWALTIGUNGEN

MAILAND 29. März 77 'Wir sind keine Prostituierten und keine Heilige, wir sind Frauen', ‚Schweine, Faschisten, Vergewaltiger - wir Frauen werden Euch kriegen!', ‚Ein Gerichtsprozeß reicht nicht, wir Frauen müssen uns selber bewaffnen.' Am letzten Freitag morgen, 25. März, haben über tausend Frauen, vor allem Schülerinnen und Studentinnen, inden Straßen von Mailand demonstriert und die Straße zum Mailänder Flughafen blockiert.

Die Aktion war am Tag vorher auf einer Versammlung vor einer Mailänder Schule (Donatelli-Gymnasium) beschlossen worden. Dort hatten sich etwa 400 Frauen verschiedener Frauengruppen aus Mailänder Schulen getroffen, um einen Typ zu suchen, der eine Frau vergewaltigt hatte. Der Typ ist Schüler, 19 Jahre alt, heißt Sergio Brambilla, ‚ein kleiner Zwerg von 1.60 m', sagen die Feministinnen. Sergio trägt spitze Schuhe, fährt ein metallik-graues Auto, ist ein Muttersöhnchen und Preisträger im Modellflugzeugbasteln und der Freund von der 15jährigen Carmen. Carmen ist Schülerin eines technischen Instituts. Sie ist Feministin. Am Montag vergangener Woche holte Sergio sie mit seinem metallik-grauen Alfa Romeo vom Institut ab. Außerhalb von Mailand will er im Auto mit ihr schlafen. Sie will nicht. Er besteht darauf und vergewaltigt sie.

Sergio sieht das - natürlich - anders. Er sei kein Faschist, wie die Feministinnen behaupten. Er kümmere sich nicht um Politik. Und daß sich Carmen ein bißchen gewehrt hat, bedeutet seiner Meinung nach nur, daß sie ein bißchen Theater gespielt hat. Und als das Ganze geschehen war, haben sie sich ja auch wiedergesehen. Sie hatten auch schon früher miteinander geschlafen: ‚Und wir haben dasselbe gemacht wie früher auch. Nichts anders. Außerdem war ich nicht der Erste.'

Für Carmen war es eine ungeheure Erniedrigung. Sie hat es Freundinnen aus der Schule erzählt. Drei Tage später haben sie eine Versammlung von 400 Feministinnen in der Schule von Sergio organisiert. ‚Wir haben endlich genug von der Gewalt der Typen - also haben wir uns organisiert. Wir wollen hier keine Diskussion führen, keinen Prozeß veranstalten. Dann haben die Typen und die kleinen Faschisten angefangen zu pfeifen und ihre üblichen Schweinereien loszulassen. Da haben wir sie aufgefordert, wegzugehen. Das haben sie dann auch getan, nur bei den kleinen Faschisten mußten wir etwas nachhelfen. Sergio ist dageblieben. Aber er war nicht unser Gefangener; die Türen waren offen. Nach einiger Zeit sind seine Eltern, von den Lehrern informiert, dazugekommen. Sergio hatte sichtbar Angst und wie in einem Photo-Roman wiederholte er dauernd: ‚Ich liebe sie, sie war meine Freundin.' Seine Mutter hat sich auf uns gestürzt und als Nutten beschimpft. In dieser gespannten Atmosphäre hat es dann eine Rangelei gegeben und dabei konnte Sergio abhauen. Er ist ins Direktorzimmer geflüchtet. Dort hat er gewartet, bis die Polizei kam und ihn heraus geleitet hat, den armen Kleinen...'

Carlo Ponti, ein Freund von Sergio, hat bei der ganzen Sache ein paar Schläge abbekommen und ist 5 Tage krankgeschrieben. Die Schule wurde sofort bis zum Dienstag geschlossen. In Mailand hat die Aktion leidenschaftliche Diskussionen provoziert. Radio Populare, das größte ‚freie Radio' von Mailand, das von Gruppen der außerparlamentarischen Linken gemacht wird, wurde ständig von Frauen angerufen, die ihre Freude über die Initiative ausdrückten: ‚Jetzt ist es aus mit der Nachsichtigkeit und dem Schweigen, jetzt ist Schluß mit der falschen Solidarität mit männlichen Genossen, mit Polizisten, die uns ins Gesicht lachen, und mit Gerichten, die die Opfer zu Angeklagten machen.'

Ein Mädchen aus einem Stadtteil von Mailand hat inzwischen auch mehrere Jugendliche genannt, die sie vergewaltigt hatten: mit Namen und Vornamen. In dem Stadtteil sollen ähnliche Demonstrationen stattfinden.

Sergio ist inzwischen oftmals von den Reportern der großen Zeitungen interviewt worden. Er erzählt eine altbekannte Geschichte: eine Geschichte von Eifersucht und Rache, vor deren Hintergrund Carmen alle Frustrationen bei ihren Freundinnen mobilisiert hätte. Seine Mutter erzählt allen, die es hören wollen, daß ihren Töchtern so etwas nicht passieren könnte: , Die halte ich im Hause zurück.'

(Aus: ‚Liberation')

PROTESTWELLE GEGEN GEWALTTATEN AN FRAUEN

ROM 31. März 77 Am Donnerstag, 31. März, demonstrierten 15.000 Frauen in den Straßen von Rom, die Mädchengymnasien traten in den Streik. Anlaß war der erneute Überfall auf Claudia Caputi. Bereits im letzten August war sie von 16 jungen Männern in der Umgebung von Rom überfallen und vergewaltigt worden. Daraufhin hatte sie zusammen mit einer Frauenorganisation Anklage gegen die 16 Männer erstattet, obwohl sie mit dem Tod bedroht wurde. Am 30. März wurde sie mitten im Zentrum von Rom von 4 Männern entführt und den ganzen Nachmittag festgehalten. Als ‚Vorwarnung' für den Fall, daß Claudia Caputi ihre Anzeige nicht zurückzieht, zerschnitten die 4 Männer, von denen sie drei bei dem letzten Überfall im August Beteiligte erkannte, ihr das Gesicht, die Brust, den Unterleib und die Beine.

In dem Krankenhaus, in das Claudia Caputi eingeliefert wurde, war sie weiter der Aggression ausgesetzt, diesmal der des diensthabenden Arztes. Er erklärte ihre schweren Verletzungen für harmlos und beschimpfte die anwesenden Frauen, die Claudia nicht mehr allein lassen wollten, als Huren.

Innerhalb weniger Stunden nach Bekanntwerden dieser Nachrichten versammelten sich 15.000 Frauen, aufgerufen von den Frauengruppen Roms und der UDI (Unione delle donne italiane), die mit der KPI verbunden ist. Wegen der kurzen Mobilisierungszeit führten die Frauen kaum Spruchbänder mit sich, aber sie riefen ‚Ich gehöre mir', ‚Männer, das Fest ist zu Ende' und ‚Wir haben keine Angst mehr'. Die Demonstration führte durch das Stadtviertel Appio, eine Hochburg der Neo-Faschisten in Rom, woher auch die Aggressoren stammen. Die wenigen Männer am Straßenrand hüllten sich in verlegenes Schweigen; für vereinzelte Äußerungen wurden sie von den Frauen zur Rechenschaft gezogen.

Die Gewerkschaften und die Stadtverordneten der Linken und der extremen Linken wandten sich in einer Erklärung scharf gegen die Gewalttaten und das Verhalten der Ärzte: Die Staatsanwaltschaft von Rom hat nichts unternommen, um die Vergewaltiger festzunehmen, im Gegenteil, sie beschuldigt Claudia Caputi, den Überfall vorgetäuscht und sich die Verletzungen selbst beigebracht zu haben. Ihre Begrün-

dung dafür: angeblich sei die Vergewaltigung der Vorwand dafür, daß die Feministinnen jetzt mit einer breiten Mobilisierungskampgane beginnen. Die Unterstellung stützt sich darauf, daß ein Polizeibeamter beim Verhör von Claudia Widersprüche festgestellt habe.

Am 4. April fand ein Tribunal der Frauen vor dem Gerichtsgebäude in Rom statt, an dem 5.000 Frauen sich beteiligten. Sie wandten sich auch gegen die Berichterstattung in den Massenmedien, die die Aktionen der Frauen im Fall Claudia verleumdet haben. Durchgesetzt haben sie, daß im italienischen Fernsehen eine Erklärung für den Ausschluß des Staatsanwalts in diesem Verfahren verlesen wurde.

(Aus: ‚Liberation' und ‚Lotta Continua')

WIEDERAUFNAHME DES PROZESSES GEGEN MARIE MURRAY VOR DEM SONDERGERICHT

DUBLIN
4. April 77

‚Das Murray Defense Committee in Irland ruft zur verstärkten Wiederaufnahme der Protestkampgane gegen Sondergerichte und Todesurteile auf. Am 25. April beginnt in bekannter Manier der neue Prozeß gegen Marie Murray - unter der alten Anklage ‚capital punsigment' (Todesstrafe) und unter denselben Bedingungen, nämlich Sondergericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit selbstverständlich auferlegter Pressezensur. Nach den partiellen Erfolgen, welche die internationale Pressekampagne in der Freilassung der Mitgefangenen Ronald Stenson und der Umwandlung des Todesurteils gegen Noel Murray in Lebenslänglich erkämpft hat, ist es dennoch realistisch davon auszugehen, daß die irische Regierung jetzt zur Durchführung eines kalt geplanten Exempels den Kopf von Marie Murray fordern wird.

Marie & Noel Murray und Ronald Stenson waren im Oktober 75 unter dem Verdacht, den Polizisten Reynolds erschossen zu haben, festgenommen worden. Nach den irischen Notstandsgesetzen können Festnahmen über 7 Tage erfolgen, ohne daß ein Richter Anklage erheben muß. Während dieser 7 Tage ist Ronald Stenson so brutal gefoltert worden, daß er ein vorgelegtes ‚Geständnis' unterschrieben hat. Weil er später sein ‚Geständnis' widerrief, wurde er weiter gefoltert mit der Konsequenz, daß er - physisch und psychisch zerstört - prozeßunfähig wurde und in die Psychiatrie eingewiesen werden mußte. Zeitlich parallel wurden Noel und Marie Murray gleichermaßen gefoltert: auch sie unterschrieben ein ‚Geständnis'. Für eine einzige abgefeuerte Kugel gibt es mithin jetzt drei Täter. In der Zwischenzeit sickern mehrere Fälle brutaler Folter von Inhaftierten in die Öffentlichkeit. Nationale Proteste erreichen dann die Freilassung eines der Inhaftierten, Ronald Stenson, sein ‚Geständnis' wird nun plötzlich gerichtlich für ‚nichtig' erklärt. Offenbar hat man für einen Fall zu viele Geständnisse produziert, weswegen ‚sortiert' werden muß.

Jedenfalls werden Marie und Noel Murray im Juni 76 zum Tode verurteilt. Im November 76 befaßt sich der Oberste Gerichtshof mit der Frage, ob die Anklage ‚Polizistenmord' auch dann aufrechtzuerhalten ist, wenn der Polizist in Zivil war, also als solcher nicht erkennbar gewesen ist. Für Noel wird dies zugestanden, er ‚hat nicht erkannt', sein Todesurteil wird in lebenslänglich umgewandelt. Marie Murray, soll angeblich ‚erkannt haben', ihr wird unter der alten Anklage ein neuer Prozeß gemacht (25. April 77).

Die Widersprüche nehmen zu. Als rettender Trick fällt den Richtern des Sondergerichtshofes ein, daß Ronals Stensons Inhaftierung während der ersten 7 Tage ohne Anklage illegal war, und damit ist sein ‚Geständnis' plötzlich keines mehr. Erstaunlicherweise erklärt das Gericht jetzt, was vergeblich monatelang von allen Kritikern erkannt worden war, daß es sich um eine ‚illegale Inhaftierung' gehandelt hat. Damit ist der Fall Folter ebenfalls umgangen; und Marie und Noel bleiben weiter in Haft. Ronald Stenson arbeitet nach seiner Freilassung mit im Murray Defense Committee.

Die Haftbedingungen von Marie Murray entsprechen dem Stammheimer Standard, der für politische Gefangene in Europa sich durchsetzt. Kein Kontakt nach draußen, kein Kontakt zu anderen Gefangenen. Das Westdeutsche Irland Solidaritäts-Komitee ruft dazu auf, die Murray Kampagne fortzusetzen.'

HUNGERSTRIK IM SÜDIRISCHEN PORTLAOISE GEFÄNGNIS

Seit etwa 3 Wochen befinden sich 25 Häftlinge der IRA in einem unbefristeten Hungerstreik im Portlaoise Prison. Sie haben erklärt, den Streik erst dann zu brechen, wenn ihnen minimale Rechte (Besuche etc.) zugebilligt werden. Inzwischen befinden sich 10 der Häftlinge in lebensgefährlicher Lage. Bei einer Demonstration vor dem Gefängnis versuchten am 2. April ca. 3.000 Menschen den Knast zu stürmen, wozu sie gekaperte Busse benutzten, um die Polizeisperren zu durchbrechen. Drei der Demonstranten wurden dabei von der Polizei lebensgefährlich verletzt.

IRISCHER FRÜHLING II

OBERURSEL
5. April

IRA IN DER OFFENSIVE
- Militärisch -

Anfang Februar eröffnete die IRA eine neue militärische Offensive, sowohl in England als auch im Norden Irlands. Insgesamt 13 Bomben explodierten in London und legten für eine Wochenende die feudale Geschäftsgegend in der Oxford Street Region lahm. Wie üblich wurden entsprechende Vorwarnungen gegeben, es wurde niemand verletzt. Allerdings wurde ein Sachschaden in Millionenhöhe angerichtet, der dadurch verschärft wird, daß die betroffene Gegend Haupteinkaufszentrum für Wochenendtouristen vom Kontinent ist, die dort – den niedrigen Kurs ausnutzend – Shopping machten.

Eine ähnlich intensive militärische Kampagne ereignete sich in Norirland; sie fand ihre Verschärfung in den ANgriffen der IRA auf Mitglieder des imperialistischen Top-Managements. Ihr erstes Opfer war der Chef des amerikanischen Chemiekonzerns Du-Pont, Jeffrey Agate, dem inzwischen vier weitere Herren seines Standes folgten. Die nordirische Handelskammer warnte daraufhin alle Top-Manager, sich in der Öffentlichkeit sehen zu lassen.

Während der Bombenanschläge in London in Zusammenhang gebracht wurden mit dem dort gerade stattfindenden Prozeß gegen vier Freiwillige der IRA (Balcombe Street four) und der Erinnerung an den Blutsonntag in Derry von 1971, betonte einer der Stabschefs der IRA den strategischen Aspekt der neune Kampagne.

Seamus Twomey: „Wir werden den Krieg gegen die Briten in den besetzten Grafschaften (Ulster) und auf dem Festland eskalieren. Wir haben – unschlagbar – unsere Aktionen nun 7 Jahre lang durchgehalten, wir sind zuversichtlich, sie weitere 70 Jahre zu realisieren, jedenfalls so lange, bis der britische Rückzug erreicht ist. Wir führen also einen Krieg gegen England, und es ist nur zu verständlich, daß dieser Krieg auch das Terrotorium unseres Feindes einschließt, weswegen das englische Mutterland selber legitimes Ziel unserer Angriffe ist."

Anläßlich der Intensivierung der ANgriffe auf führende Mitglieder der nordirischen Bourgeoisie und des internationalen Managements, erklärte die Belfaster IRA-Zeitung Republican News: „Wir wissen, daß die herrschende Klasse nicht allein durch individuelle Attacken niedergeschlagen werden kann.

Deshalb waren die herrschenden Ausbeuter in der Geschichte konfrontiert mit Streiks, Massenkämpfen und gewerkschaftlicher Agitation. Dies galt und gilt aber hautpsächlich für ihre Mutterländer. In den von ihnen geschaffenen Kolonien und Neokolonien jedoch neigen sie dazu, sich zu tarnen hinter dem von ihnen vorgeschobenen Militärapparat und hinter den von ihnen kre irten lokalen „Bourgeoisien". Deshalb scheint es so, als gelte der Kampf etwa nur den Soldaten oder der für Nordirland typischen Mischung von Orangismus-Loyalismus, während die internationalen Ausbeuter im Hintergrund ihre Ausbeutung umso ungestörter betreiben können.

Dieses Verhältnis wollen wir mit unseren jüngsten Angriffen auf führende Mitglieder internationaler Ausbeuter wieder in den Vordergrund rücken.

Die Herren fühlen sich so sehr wohl, sperren streikende Arbeiter aus und denken, das ist eine akzeptable Sache, aber zu Hause sitzen bei einem guten Brandy und unter Bomben- und Gewehrattacken kommen, ist eine unliebsame Überraschung. Sie dachten, es würde genügen, wenn Meilen von ihren noblen Häusern entfernt, ihre Soldaten die irischen Arbeiter in den Ghettos in Schach halten.

Nun zittern sie: zwei Manager, ein Amerikaner und ein Westdeutscher, weigerten sich an einer BBC 2 Sendung teilzunehmen, weil ihre Gesichter so bekannt würden.

Die Richtung des Kampfes ist somit klarer geworden: gegen Ausbeutung, Okkupation durch den Imperialismus.

SIEG FÜR DIE IRA!
SIEG FÜR DIE IRISCHE ARBEITERKLASSE!

II) IRA IN DER OFFENSIVE
- politisch -

Im Herbst 1976 wurde ein Plan der Gefangenen aus Long Kesh veröffentlicht, der sich für die Einrichtung von Volksräten in Nordirland ausspricht. Das damals schon technisch detailliert vorgelegte Konzept revolutionärer Räte befindet sich zur Zeit in einer lebendigen Diskussion, die etwa in der Zeitung Republican News zu viel Kritik und Zuspruch geführt hat. Hier der auszugsweise Abdruck eines Artikels von Peter Dowling (Belfast) in der Rep. News (19.2.77):

„Auf den Weg der Verwirklichung eines Konzepts von Volksräten bringt uns die Vorstellung von der Notwendigkeit der militanten, organisierten, politisch bewußten und bewaffneten Arbeiterklasse. Von daher benötigen wir Organisationsformen, die breiter angelegt sind als es die Republikanische Bewegung ist. Volksräte könnten fungieren zunächst in der Form der Selbstverwaltung der Kommunen, sie könnten alle alltäglich-praktischen Probleme lösen, sie könnten vor allem auch die vielen differenzierten Kämpfe zusammenfassen und koordinieren. Ihr Vorteil ist nicht zuletzt, daß sie vielen Mitgliedern der Arbeiterklasse die Einbeziehung ermöglichen, die üblicherweise (noch) nicht am allgemeinen Kampf beteiligt sind, indem sie diesen die Möglichkeit aufzeigen, ihr alltägliches Leben selber zu bestimmen.

Ich will noch weiter gehen: in Nordirland könnten die Räte ein Anfang für ein gesamtirisches Räteprogramm werden, fundiert auf und ausgehend von den Strukturen der Basis.

Nun sehe ich ein Problem: eine solche großartige Sache kann nicht dadurch allein lebendig werden, daß man sie propagiert, sie muß entwickelt werden durch ein konkretes „Schritt-für-Schritt-Verfahren". Diese Entwicklung umschließt einen Prozeß konkreter politischer Forderungen und spezifischer Kämpfe. Allein von unserer Avantgarde aus, kann die Sache keine wirkungsvolle Gestalt annehmen, niemand wird sich beteiligen, nur weil wir eine gute Idee haben, sondern die prkatischen Vorteile müssen erst erfahren, die weiteren Ziele im Kampf vermittelt werden. Nur bei Berücksichtigung dieses Prozesses wird es möglich sein, die Volksräte wirklich aufzubauen. Gelingt dies aber nicht so, dann wird der Gedanke der revolutionären Räte für die Zukunft gebrandmarkt sein. Nur so können die Räte zu jenem Brennpunkt auf dem Weg zur Freiheit werden, indem sie kontinuierlich die Basistrukturen der zukünftigen Sozialistischen Republik vorbereiten."
(Gekürzt)

Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, 637 Oberursel 5, Postfach 35

DER MÖRDER VON PIERRE OVERNEY WURDE GETÖTET
NACHRICHTEN AUS FRANKREICH

PARIS 25. März — Am Mittwoch, dem 23. März, wurde in Limeil-Brévannes der ehemalige Renault-Werkschützer Jean-Antoine Tramoni von zwei Unvekannten erschossen. Tramoni hatte vor fünf Jahrem am 25.2.72 im Renault-Werk Billancourt den Arbeiter Pierre Overney während einer Demonstration der gauche prolétarienne erschossen. Tramoni war zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden und bereits im Oktober '74 wieder freigelassen worden. Am Mittwochabend veröffentlichte eine bisher nicht bekannte Gruppe „Noyau armé pour l'autonomie populaire Pierre Overney" (Bewaffneter Kern für die Volks-Autonomie) folgende Presseerklärung:

„Tramoni, Privatbulle bei Renault, ermordete den revolutionären Arbeiter Pierre Overney. Tramoni ist Beispiel des straffreien Terrors der Kapitalisten geblieben. Da die sogenannten revolutionären Organisationen nicht in der Lage waren, den Rache-Schwur für Pierrot zu erfüllen, den zweitausend Leute an seinem Grab geleistet haben, zeigen wir heute den Anfang neuer revolutionärer Kräfte, bei denen Worte und Taten übereinstimmen und die nichts unbestraft lassen werden."

Am 29. März wurde im Renault-Werk Flins von einer Gruppe von etwa 10 Leuten versucht, 119 neue R 12 in Brand zu stekken. Der Anschlag, der nur teilweise gelungen ist, wurde in einer Presse-Erklärung der „Noyau armé pour l'autonomie populaire" mit der Schuld des „liberalen Unternehmens" Renault am Tod des Arbeiters Pierre Overney begründet.

Außerdem hat Paris jetzt seinen eigenen Piraten-Sender, der seit dem 17. März im UKW-Bereich als Stadtteil-Sender noch zu unregelmäßigen Zeiten sendet. Ab Mitte April soll der „grüne" Sender, der von den „Amis de la Terre" (einer Ökologie-Gruppe) betrieben wird, täglich zwei Stunden senden. Es sind in einigen Stadtteilen auch Sendungen für die arabisch und portugisisch sprechende Bevölkerung vorgesehen. In Frankreich besteht wie in der BRD ein staatliches Rundfunk-Monopol, das aber unter gewissen Umständen gelockert werden kann.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

(Nr. 172/173)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Frankfurter Informationsdienst e.v. Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 22.00 Uhr (Dienstschluß)

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG SOLL GESCHLOSSEN WERDEN

EL SALVADOR
2. April

Die Februar-Wahlen haben dem Volk von El S alvador außer einem reaktionären Präsidenten, wobei offen von Wahlbetrug gesprochen werden kann, noch mind. 6 Tote und 52 Verletzte gebracht. (AFP, 4.3.77, El Tiempo. Kolumbien).

Die engagierte unabhängige Tageszeitung 'La Cornica del Pueblo' wurde wegen der Berichterstattung über die 'Wahlumstände' von der Regierung geschlossen.

Sollte diese Tageszeitung endgültig geschlossen werden, ist ganz Zentralamerika ohne kritisch-unabhängige Presse.

Bereits im vorigen Jahr sollte die Zeitung geschlossen werden. Durch internationale Proteste wurde das verhindert.

Es wird daher dringend gebeten, Protesttelegramme oder Protestbriefe zu verschicken:

Textvorschlag:
An General Arturo Armando Molina
Palacio del Gobierno
San Salvador

'Protestamos energicamente contra el cierre de la 'Coronica del Pueblo' y exigimos su reaperatura'.
(Wir protestieren energisch gegen die Schließung von 'Die Chronik des Volkes' und fordern die Wiedereröffnung)

Es wäre gut, wenn eine Kopie gehen würde an
Jose Napoleon Gonzales
Director de 'la Cronica del Pueblo'
San Salvador S.A.

ANKLAGESCHRIFT GEGEN OTELO CARVALHO

LISSABON
3. April 77

Im Disziplinarverfahren gegen führende Offiziere der Bewegung der Streitkräfte (MFA) - (siehe ID 171) - wurden nun die konkreten Vorwürfe gegen Major Otelo de Saraiva Carvalho in einer Anklageschrift bekanntgegeben.

Auf der langen Anklageliste steht vor allem die Zersetzung der Disziplin in der traditionellen Armee und die Unterstützung von Basisorganisationen der Volksmacht. Durch Teilnahme an deren Aktivitäten habe er zur Instabilität der etablierten Macht beigetragen. Weiter habe er die Soldatenorganisation SUV gefördert und die Operation Maio - Nordost, eine der kulturellen Dynamisierungskampagnen, gebilligt. Gegenüber den Verantwortlichen des von Spinola am 11. März versuchten Gegenputsches habe sich Otelo willkürlich verhalten und am 25. November 1975 eine doppeldeutige Haltung angenommen. Seine Unentschlossenheit sei verantwortlich, daß sich die Situation zu einem militärischen Konflikt zugespitzt habe. Es fällt auf, daß die Vorwürfe, die sich auf die Zeit vor dem 25. November beziehen, weitaus schwerer wiegen als die den ‚Militärputsch' betreffenden. Offenbar wird gegen Otelo Anklage erhoben wegen seiner Unterstützung der wichtigsten Organe und Ziele des revolutionären Prozesses überhaupt: der Organisation dei poder popular und der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in die Revolution.

(Aus: ‚Liberation')